Nr. 139. 13. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 M., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 17. Juni 1896. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Daß Gemeinsamkeit der Anschauungen

auch hinsichtlich der internationalen Fragen die Sozialdemokratie aller Länder verbindet, ist bürgerlichen Politikern ein vollständiges Räthsel. Es gehört zu ihren unverbrüchlichen Ueberzeugungen, daß die Einwohner verschiedener Staaten einander mit unverbrüchlichem Mißtrauen, das jederzeit zu offener Feindschaft auswachsen kann, gegenüberstehen müssen. Eine derartige Auffassung entspringt ja auch ganz erklärlich aus dem Konkurrenzkampf innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Wie sich Geschäftsleute der gleichen Branche in dem nämlichen Orte in der Regel gegenseitig spinnefeind sind, erblickt der Bourgeois in dem Bourgeois des Nachbarlandes nur den Konkurrenten, der ihm im Wettbewerb auf dem Weltmarkte unterbieten will; die chauvinistische Presse sorgt dann durch ihre alberne Verhetzung dafür, daß er „Feinde ringsum" wittert und Moloch Militarismus giebt wohlgefällig seinen Segen dazu.

In solcher Weise für die Nationalfeindschaft präparirt, sieht der Bourgeois dann mit Staunen und Mißtrauen, daß Vertreter des für den Emanzipationskampf vorgebildeten Proletariats die Gemeinsamkeit ihrer Interessen in allen Ländern betonen, daß sie eine gemeinsame internationale Politik haben, daß sie in Deutschland, in Frankreich, in England, kurz, wo es sein mag, die gleichen Vorgänge schwarz, die gleichen weiß nennen, daß sie die Unthaten der einheimischen Kolonialrowdies ebenso scharf verurtheilen, wie die der ausländischen, während der brave Bourgeois da stets einen feinen Unterschied macht, ob die dunkelfarbigen Menschenbrüder im Interesse seines eigenen Vaterlandes oder im Interesse eines „perfiden" Erbfeindes von europäischen Abenteurern mißhandelt und begaunert werden.

Und hört unsere Chauvinistenpresse gar, daß ein deutscher Sozialdemokrat in England oder Frankreich, wie dies Genosse Liebknecht gethan hat, sich unter begeistertem Beifall unserer dortigen Genossen über alle möglichen internationalen Beziehungen und kolonialen Verhältnisse aussprechen konnte, so wittert sie sofort so etwas wie Vaterlandsverrath oder sucht wenigstens ihrer leichtgläubigen und unwissenden Leserschaft das glauben zu machen.

Man braucht aber nur einmal zu hören oder zu lesen, was denn ausländische Sozialdemokraten, z. B. Engländer, über die Unthaten ihrer einheimischen Ausbeuter zu sagen haben, um von der Gemeinsamkeit der sozialdemokratischen Anschauungen in der ganzen Welt ein klares Bild zu gewinnen. So geht aus dem, was die englische Wochenschrift „Justice", das Organ der „Sozialdemokratischen Föderation", über die englischen Leistungen im Sudan und im Transvaal sagt, deutlich genug hervor, daß unseren englischen Genossen der Blick nicht durch nationale Vorurtheile getrübt wird. Die „Siegesnachrichten" aus dem Sudan entlocken der „Justice" die folgenden entrüsteten Worte:

„Haben die Engländer alles Gefühl für Scham verloren? Man sollte es glauben, wenn man die Plakate sieht, auf denen „glänzende Kämpfe im Matabililande und im Sudan" angekündigt werden. So tief sind die Nachkommen der Helden von Poitiers und Azincourt gesunken, daß sie nicht erröthen, wenn die obige Bezeichnung angewandt wird auf die feigen Niedermetzelungen tapferer Wilder, die ihre Unabhängigkeit und ihre Heimath vertheidigen, auf Niedermetzelungen, die unter Umständen völliger Sicherheit für die Schlächter vor sich gehen. Wir alle wissen doch, daß Barbaren und Wilde sich in der Lage einer Heerde Schafe angesichts der Repetirbüchsen und der Maschinengeschütze der Europäer befinden."

Und von der Raubspekulation der Chartered Company sagt „Justice":

„Während dieses ganzen für uns Engländer alle höchst schimpflichen Transvaal-Invasionsgeschäfts hat „Justice" niemals geschwankt in ihrer Verurtheilung der Chartered Company und ihrer prinzlichen, herzoglichen, hebräischen, aristokratischen, finanziellen und ärztlichen Werkzeuge. Und der ganze Lauf der Ereignisse hat uns gerechtfertigt. Nicht nur das, sondern Präsident Krüger, der so unwürdig verleumdet und verlästert wurde durch die leitenden englischen Zeitungen und den Haufen der kapitalistischen Presse hierzulande, hat bewiesen, daß ein schlichter, rauher, holländischer Bauer gleichzeitig in Takt, Großmuth, Klugheit und Staatskunst jenen geriebenen Geschäftsmann aus Birmingham schlagen kann, der uns die Ehre anthut, jährlich 100 000 M. Gehalt als Kolonialminister anzunehmen. Nie zuvor in der Geschichte, so weit wir wissen, sind politische Verbrecher von einer so bösartigen Sorte, wie Oberst Rhodes, Dr. Jameson, mit solcher Milde behandelt worden, wie sie Präsident Krüger diesen schurkischen Verschwörern bewiesen hat."

Diese Beispiele, die sich leicht vervollständigen und vermehren ließen, sollten füglich auch den beschränktesten Bourgeois-Philister in Deutschland überzeugen, daß Leute, die so denken wie „Justice" — und die englische Sozialdemokratie denkt durchweg gleich über diese Fragen — von nationalen Vorurtheilen ebenso wenig befangen sind, wie die deutschen Sozialdemokraten und daß deshalb, wer sich ihren Beifall errungen hat, sicherlich nicht der nationalen Eitelkeit der englischen Chauvinisten geschmeichelt haben konnte, sondern ihren eigenen Haß gegen Ausbeutung und Unterdrückung in der ganzen Welt wirkungskräftigen Ausdruck gegeben hat. Die Sozialdemokraten aller Länder wissen sich nicht nur eins in dem, was sie erstreben, sondern auch in der Feindschaft gegen das, was sie bekämpfen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 16. Juni.

Im Reichstage kam es heute zu einem etwas plötzlichen Ende. Nachdem einige Posten des Nachtragsetats ohne Widerspruch erledigt waren, sollte die noch ausstehende Schlußabstimmung über die Gewerbenovelle stattfinden. Die große Zahl derer aber, welche nicht da waren, ließ es den Herren vom Zentrum nicht geheuer erscheinen, diese Abstimmung vornehmen zu lassen, da sie — und wohl nicht mit unrecht — einen Antrag auf Auszählung befürchteten. Die Abstimmung wurde also vertagt. Aber schon bei dem nächstfolgenden Punkt der Tagesordnung trat das befürchtete Ereigniß doch ein. Die Petitionskommission beantragte Petitionen, welche sich für den Befähigungsnachweis aussprechen, der Regierung als „Material" zu überweisen. Bei der Abstimmung über diesen Antrag bezweifelte der Abgeordnete Fischbeck die Beschlußfähigkeit des Hauses und die nun folgende Auszählung gab dem Zweifler recht; es waren von den 397 Volksboten nur 176 anwesend. Die nächste Sitzung findet morgen bereits um 11 Uhr vormittags statt. Dies geschah auf Wunsch des Kanzlers, welcher die Jesuiteninterpellation persönlich beantworten will, aber im Laufe des Nachmittags in Begleitung des Kaisers verreist. —

Das preußische Abgeordnetenhaus nahm am Dienstag nach längerer Debatte den Antrag Arendt, betr. Aufhebung der Bestimmungen des Bundesraths betr. den Betrieb in Bäckereien und Konditoreien an. Der Handelsminister Freih. v. Berlepsch, der sich gestern so entschieden gegen den Antrag erklärt hatte, war heute am Erscheinen verhindert; er war deshalb nicht in der Lage, die Angriffe einiger konservativer Redner auf die soziale Gesetzgebung im allgemeinen und auf den Minister im besonderen gebührend zurückzuweisen. Das Haus war wiederum nur schwach besetzt, und auch die Tribünen wiesen dieselbe gähnende Leere auf wie gestern. Die Kosten der Debatte wurden auch heute von den beiden konservativen Parteien und dem Zentrum bestritten, von nationalliberaler Seite hatte sich nur Abg. Möller und von den freisinnigen Parteien niemand zum Worte gemeldet. Abg. Möller polemisirte namentlich gegen den Handelsminister, der den Anhängern des Antrages Arendt gestern den Vorwurf gemacht hatte, daß sie die Arbeiterschutzgesetzgebung stecken lassen wollten. Er erklärte, daß er mit dem größten Theil seiner Freunde für den Antrag stimmen werde, um seiner Mißstimmung darüber Ausdruck zu geben, daß die Kommission für Arbeiterstatistik, die lediglich Material zu sammeln habe, ihre Befugniß überschritten und sich nicht durch Thatsachen, sondern durch Raisonnements habe leiten lassen. Die Kommission nehme sozialpolitische Experimente am Körper der Handwerker vor. Auch Abg. Brütt (k.) griff die Kommission heftig an, deren Arbeiten er als minderwerthig bezeichnete. Die Rechtsgiltigkeit der Verordnung wurde von verschiedenen

Sklavenleben im klassischen Alterthum.

I. Hellas.

Geschichtsforscher, Rechtsgelehrte und Volkswirthe, welche nichts weniger thun als mit der Sozialdemokratie sympathisiren, haben ihre Ueberzeugung dahin ausgesprochen, daß der Sklave des Alterthums hundertmal besser daran gewesen sei als der sogenannte „freie Arbeiter" des ausgehenden 19. Jahrhunderts, der Lohnsklave unserer Tage. Der antike Eigenthümer der Sklaven hatte ein Interesse daran, sein menschliches Arbeitsthier am Leben und arbeitsfähig, also gesund zu erhalten, genau so wie sein Reitpferd oder seinen Pflugstier. Dieses Interesse am Arbeiter hat der moderne großkapitalistische Unternehmer nicht, er hat zu seinen „Händen" meist gar kein persönliches, hausgenossenschaftliches oder gar herzliches Verhältniß. Wie seine Arbeiter „frei" sind, staatsrechtlich natürlich nur, nicht ökonomisch, so ist er es noch um so mehr: fällt einer, wird er krank, nun, so giebt es genug Stellvertreter für den Ausfall: es giebt beschäftigungslose Arbeiter genug, man möchte sagen mit dem alten Sprichwort: nicht nur eine handvoll, sondern ein ganzes Land voll. Den Lesern dieses Blattes brauchen wir nicht erst darzulegen, wie stark der jubelnde Hochgesang über den berühmten deutschen Arbeiterschutz herabgestimmt werden muß, von dem man unaufhörlich so viel Rühmens macht. Im folgenden werden wir aber sehen, daß auch das Sklaven haltende Alterthum schon seinen Arbeitssklaven gegenüber sich eines sogenannten warmen Herzens berühmen durfte. Das Freilassungsgebot bezüglich der einheimischen jüdischen Sklaven nach sechsjähriger Dienstbarkeit ist aus der Bibel alten Testamentes bekannt. Auch sonst kennt das mosaische Gesetz gewisse Schutzbestimmungen gegen die sehr große Gewalt der Herren über ihre Sklaven.

Hier sollen uns aber vornehmlich die Sklavenverhältnisse Griechenlands und Roms beschäftigen, über die wir eine umfangreiche und jahrhundertelang emsig durchforschte Quellenunterlage besitzen.

Kultur- und entwickelungsgeschichtlich betrachtet war das Aufkommen der Sklaverei unter den Menschen eine Naturnothwendigkeit, ja in gewissem Sinne sogar ein Fortschritt. Der Urmensch schlug, um ein fremdes Gut sich anzueignen (Land, Heerden, Schätze), deren Besitzer einfach todt; ihm das Leben zu schenken und ihn nur zum Arbeitsthier zu degradiren, war immerhin eine Milderung früherer härterer Sitte. Das einfache Todtschlagen wieder war ein Fortschritt im Verhältniß zum Kannibalismus, zum Brauch des Auffressens besiegter Feinde, der viel weiter verbreitet gewesen sein muß, als man sich gewöhnlich träumen läßt, nimmt man ihn doch für die Urzeit selbst bei so verhältnißmäßig hochkultivirter Völker an wie Germanen und Hellenen auch im Stadium der Barbarei schon es waren.

Ueber die Abschaffung des Kannibalismus hat in mir ein Kannibalenlied, das Montaigne zuerst in weiteren europäischen Kreisen bekannt machte und das dann Goethe in dem sogenannten Tiefurther Journal verdeutschte, eigenartige Gedanken angeregt. Ein Kannibalenheld ist besiegt, gefangen und des Schicksals gewiß, von den Siegern gefressen zu werden. Da legt ihm nun das Lied folgende Betrachtungen in den Mund. (Ich zitire nach Goethe):

Kommt nur kühnlich, kommt nur alle
Und versammelt euch zum Schmause,
Denn ihr werdet mich mit Dräuen,
Mich mit Hoffnung nimmer beugen.
Seht, hier bin ich, bin gefangen,
Aber noch nicht überwunden!
Kommt, verzehret meine Glieder —
Und verzehrt zugleich mit ihnen
Eure Ahnherrn, eure Väter,
Die zur Speise mir geworden
Dieses Fleisch, das ich euch reiche,
Ist, ihr Thoren, euer eignes,
Und in meinen innern Knochen
Steckt das Mark von euren Ahnherrn.
Kommt nur kommt, mit jedem Bissen
Kann sie euer Gaumen schmecken.

Nach Menschenfressermoral ist das Verzehren von Menschen des eigenen Stammes schwere Sünde — dieser Sünde zeiht der kannibalische Dialektiker seine Besieger! Vielleicht ward nun das hier angeregte moralische Bedenken allmälig in den völkerrechtlichen Codex der Kannibalen aufgenommen und wirkte zersetzend auf den Brauch der Menschenfresserei. — Vielleicht auch nicht! Ich denke kein Patent zu nehmen auf diese Entdeckung!

Jedenfalls aber ist nicht abzuweisen, daß die Sklaverei, richtig verstanden, allerdings als eine nothwendige und gegen frühere Zustände höhere Entwickelungsstufe zu betrachten ist.

Ueber die Sklaverei als Arbeits-Organisation hat schon John Stuart Mill (Political Economy, 2. Buch 5. Kapitel) Aufschlüsse gegeben.

Neuerdings hat interessant über die Geschichte der Sklaverei und der Hörigkeit der Irländer John Kells Ingram geschrieben, dessen Buch Leopold Katscher (Dresden und Leipzig bei Reißner, 1895) deutsch bearbeitet herausgegeben hat.

Nachdem Ingram von der Bedeutung der Sklaverei als Fortschritt aus früheren Zuständen gesprochen, fährt er fort: „Minder allgemein anerkannt als dieser Fortschritt ist die Thatsache, daß die Sklaverei sehr bald gewichtige Aufgaben zu erfüllen hatte. Erstens ermöglichte ihr Vorhandensein dem militärischen Geist den für das Eroberungssystem, welches dessen Bestimmung bildete, nöthigen Grad von Stärke und Ausdauer zu entfalten". Die zweite Aufgabe soll Ueberwindung der tiefwurzelnden Abneigung der Menschennatur gegen regelmäßige und anhaltende Arbeit sein. Letzteren Punkt lassen wir dahingestellt, betreffs des ersteren aber ist interessant, wie Ingram Sklaverei, Militarismus und Eroberungssystem als eine Art innig verbundene Dreieinigkeit aufstellt, die zu denken giebt. Es fällt einem dabei ein Goethe'sches Sprüchlein aus dem zweiten Theil des Faust ein mit einer anderen lieblichen und löblichen Trinität:

Krieg, Handel und Piraterie,
Dreieinig sind sie, nicht zu trennen. —

„Als die Eroberungspolitik," sagt Ingram dann weiter, vom römischen Militarismus, bei dessen „sozialer Aufgabe" die Sklaverei ihren richtigsten Platz gehabt — ihre natürliche Grenze erreichte, begann man das „Sklavenwesen" umzugestalten, d. h. es ward nach Beseitigung des Angriffssystems und dessen Ersatz durch das mittelalterliche Vertheidigungssystem in die Leibeigenschaft verwandelt.

Interessant ist ferner auch folgende Bemerkung (nach Comte's „positivistischer Philosophie"): „Die von dem Militärsystem erforderte strenge und beständige innere Zucht wurde durch die Vereinigung des materiellen Einflusses mit der geistlichen Macht begünstigt .... Auch dort, wo die Sklaverei als Eroberungsergebniß zusammen mit Monotheismus (Eingottesverehrung) herrschte, finden wir die Verquickung der beiden Gewalten."

Man begreift darnach wohl, wie auch fanatische Vertheidigung selbst moderner „Auswüchse des Militarismus" mit streng kirchlicher Gesinnung sich gar wohl vertragen kann.

(Fortsetzung folgt.)

Seiten bestritten, so namentlich von dem Abgeordneten v. Brockhausen (k.) und vom Abgeordneten v. Kardorff. Dieser glaubte sogar den Bäckern den guten Rath ertheilen zu müssen, es zu recht vielen Prozessen kommen zu lassen, damit die Gerichte sich recht oft mit der Frage der Rechtsgiltigkeit zu befassen hätten — ein Beweis dafür, in welch' ohnmächtige Wuth die Herren das bischen Arbeiterschutz versetzt. Herr v. Brockhausen bedauerte es, daß diese Verordnungen erlassen wurden, bevor das Bäckereigewerbe eine Interessenvertretung erhalten hat. Seine weiteren Ausführungen über den schlechten Ruf, den die Bäckergesellen in kleinen Städten genießen, wurde von seinen Parteifreunden beifällig aufgenommen. Die Herren vergessen eben, daß die Bäckergesellen gerade infolge ihrer übermenschlichen Ausnutzung nicht Zeit und Sinn für eine geistige Beschäftigung haben und daß sie deshalb die kurze Zeit, die ihnen zur Erholung übrig bleibt, oft leider nicht allzu nützlich verwenden. Es macht sich hier die natürliche Reaktion gegen die unmenschliche Ausbeutung geltend.

Für die Aufrechterhaltung der Verordnung traten die Mitglieder des Zentrums Stöhel, Dr. Bachem und Pleß, sowie der keiner Partei angehörende Abg. Stöcker ein. Charakteristisch für die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses ist es, daß Stöcker am energischsten die Interessen der Bäckergesellen wahrnahm. Wer auch nur einen Schatten von Sympathie für soziale Reformen besitze, der müsse hier eingreifen, wo es sich darum handle, Handwerkern Schutz angedeihen zu lassen, die 16—18 Stunden täglich zu arbeiten haben.

Die Frage, welche Einwirkung die Verordnungen auf die Sozialdemokratie hätten, zog sich wie ein rother Faden durch die ganze Debatte. Herr Bachem ist seiner „christlichen" Bäckermeister sicher, die sich durch eine solche Verordnung nicht in die Fangarme der Sozialdemokratie treiben lassen. Andererseits würde man die Bäckergesellen dadurch vor der Verführung der bösen Sozialdemokraten schützen, und sie würden allezeit „christliche" Bäckergesellen bleiben. Nach Bachem's Meinung ist die Sozialdemokratie überhaupt nur deshalb angewachsen, weil wir noch nicht vor 50 Jahren die herrlichen Arbeiterschutz-Gesetze gehabt haben. Abg. Stöcker stimmt insofern mit Bachem überein, als auch er der Meinung ist, daß die Regierung die Sozialdemokratie großgezogen hat, weil sie sie bis zum Jahre 1878 ruhig gewähren ließ. Daß gerade nach 1878, während der Zeit des Sozialistengesetzes, die Sozialdemokratie ungeheuer angewachsen ist, sollte doch auch Herr Stöcker wissen. Vielleicht schreiben Stöcker und Bachem einmal gemeinsam eine Abhandlung über die Entstehung und das Wachsthum der Sozialdemokratie. Wir würden dabei sicher manches neue erfahren. Im übrigen haben die sozialen Gesetze nach den Ausführungen Stöcker's die sozialdemokratische Partei vollständig geändert. An die Stelle der revolutionären Drohungen ist ein Mitarbeiter in Parlamenten getreten, und deshalb habe man die Sozialdemokratie nicht mehr zu fürchten. Diese Ansicht scheint aber doch nicht ganz zutreffend zu sein, wenigstens bezeugte Abg. Kardorff, daß er gerade vor dieser „zahmen" Sozialdemokratie, die jetzt mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen kann, daß sie einen Wahlkreis nach dem anderen erobert und mit der Zeit die Macht gewinnt, große Furcht hat.

Von dem vielen, was sonst noch über die Sozialdemokratie gesagt wurde, seien nur noch die geistreichen Ausführungen des Duellpfaffen Schall, des eifrigsten Gegners der Verordnung des Bundesraths, hervorgehoben. Er führte aus, daß durch soziale Gesetze die Sozialdemokraten nicht bekehrt, sondern daß im Gegentheil, wenn man zu viel für die Arbeiter thut, deren Begehrlichkeit erweckt würde. Schließlich verbreite sich die Meinung, daß, „wenn die Arbeiter nur recht kühn und recht viel fordern und recht unverschämt ihre Forderungen aufstellen, dann die Gesellschaft genöthigt würde, die Forderungen zu erfüllen." Die praktische Konsequenz hieraus wäre die, daß die Sozialdemokraten mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts auch die politische Macht in ihre Hand zu bekommen suchten. Die Bäckergesellen selbst verlangten gar keine Verkürzung der Arbeitszeit. Die ganze Bewegung sei nur der sozialdemokratischen Agitation zuzuschreiben (Lebhafter Beifall rechts), und diese Agitation sei dem Aerger darüber entsprungen, daß von den Bäckergesellen bisher so wenige zur Sozialdemokratie übergegangen seien.

An diese Herzensergüsse der Sozialistenfresser wird sich die Sozialdemokratie wenig kehren, ihr Weg ist ihr vorgeschrieben, und sie wird sich von diesem Wege auch nicht durch die heutigen Debatten abbringen lassen. Im Gegentheil, sie wird die einzige Partei sein, die davon Nutzen hat; denn wer bis jetzt noch nicht von der Arbeiterfeindlichkeit der besitzenden Klassen überzeugt war, dem werden diese Verhandlungen die Augen geöffnet haben, zumal wenn sich die harmlose Natur der am 1. Juli in kraft tretenden Verordnung herausstellen wird.

Zum Schluß der Sitzung begründete Abg. Graf Kanitz noch eine Interpellation betreffend das Kohlensyndikat in dem westfälischen Kohlenrevier, das angeblich mit der Eisenbahn-Verwaltung einen für diese nachtheiligen Vertrag abgeschlossen hat. Die hierauf von dem Regierungsvertreter gegebene Auskunft zerstreute die Bedenken der Mehrheit des Hauses, so daß eine Besprechung der Interpellation nicht erfolgte.

Mittwoch: Kleinere Vorlagen und Petitionen.

Auf der Konvention der republikanischen Partei in St. Louis werden nach den vorliegenden Nachrichten die Silberfreunde eine entschiedene Niederlage erleben. Ein neueres Telegramm darüber meldet:

„Die republikanischen Parteiführer der Oststaaten nahmen das seitens der Führer der Mittel- und Weststaaten vorgeschlagene Währungsprogramm an, dem die Konvention zustimmen dürfte. Dasselbe spricht sich rückhaltslos für „sound money" (gesundes Geld) aus und tritt der freien unbegrenzten Silberprägung entgegen, den Fall ausgenommen, daß ein internationales Abkommen eine Regelung der Frage treffe. Bis dahin ist die Goldwährung beizubehalten. Die Verwendung des Silbers als Währungsmittel wird begünstigt, jedoch nur in solchem Umfange, daß die Parität mit Gold aufrecht erhalten bleibt. Nach einer Schätzung des Senators Lodge sind 524 Delegirte für das Goldprogramm; aus einigen Delegationen, welche stark für die Goldwährung eintreten wollen, fehlen noch die Schätzungen."

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung stand gestern ferner die Handelsfrau Johanna Brodöhl vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I. Sie hatte bei einer sich bietenden Gelegenheit eine beschimpfende Aeußerung über den Kaiser gemacht und diese war von zwei ihr nicht wohlgesinnten Personen zur Anzeige gebracht worden. Da kein Grund vorlag, den Belastungszeugen nicht zu glauben, so wurde die Angeklagte zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt.

Als ein Opfer schlimmer Rachsucht erschien der Maler Hermann Schulz aus Charlottenburg heute vor der zweiten Strafkammer am Landgericht Berlin II unter der Anklage wegen Majestätsbeleidigung. Schulz wohnte bis vor einigen Monaten bei den Nachtwächter Holtz'schen Eheleuten in Charlottenburg als Chambregarnist. Da er mit der Pension sehr unzufrieden war, gab er die Wohnung auf, wurde aber nicht wenig überrascht, als er bald darauf eine Vorladung vor den Untersuchungsrichter erhielt und hier erfuhr, daß er wegen Majestätsbeleidigung denunzirt worden sei. Er sollte am 1. März d. J. von seiner Wirthin verlangt haben, ein Bild des Kaisers aus seinem Zimmer zu entfernen und dabei die Worte gebraucht haben, welche eine schwere Majestätsbeleidigung darstellen. Als Belastungszeugin trat neben der Denunziantin eine eheverlassene Frau Stöcker auf, die sich bei der Frau Holtz aufhielt; indessen erklärte der Vorsitzende bei der öffentlichen Publizirung des Urtheils (die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt), daß der Gerichtshof sich nicht in der Lage gesehen habe, den Aussagen der beiden Zeuginnen, obwohl dieselben durch den Eid bekräftigt worden seien, auch nur den mindesten Glauben beizumessen, weshalb das Urtheil auf Freisprechung laute.

Wegen Majestätsbeleidigung war ebenfalls vor der 2. Strafkammer am Landgericht Berlin II der Arbeiter Friedrich Wilhelm Tahn aus Charlottenburg angeklagt. Der Angeklagte will am 19. März d. J. in der Berlinerstraße zu Charlottenburg durch einen Radfahrer belästigt worden sein und deshalb dem Radler ein landläufiges Schimpfwort zugerufen haben. Ein Schutzmann jedoch, der in der Nähe stand, hat gemeint, daß das beleidigende Wort der Person des Kaisers galt, der zufällig in demselben Augenblick vorüber fuhr. Ein anderer Zeuge theilte die Auffassung des Schutzmanns nicht und deshalb hielt der Gerichtshof die Sache nicht für genügend aufgeklärt, so daß auf Freisprechung erkannt werden mußte.

Wegen Majestätsbeleidigung ist der Handelsmann Friedrich Wilhelm Fritzsche aus Rochlitz in geheimer Sitzung des Landgerichts Chemnitz zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden. — Von demselben Gericht wurde am 9. Juni der Handarbeiter Petzsch in Chemnitz ebenfalls wegen Majestätsbeleidigung zu zehn Monaten Gefängniß verurtheilt.

Das „Volksblatt für Halle" theilt mit:

Gehaussucht wurde heute früh in der Redaktion, Expedition und Druckerei unseres Blattes nach Nr. 133 des Volksblattes vom 11. Juni. Die Beschlagnahme erfolgte wegen „Majestätsbeleidigung", die in einer Notiz unter Tagesgeschichte enthalten sein soll. Die Notiz behandelt die Verurtheilung des Genossen Diederich in Hamburg wegen Kaiserbeleidigung und die Verwerfung der von ihm eingelegten Revision durch das Reichsgericht. Wie in dieser Notiz etwas Strafbares enthalten sein soll, ist uns einfach unerfindlich, da sie lediglich aus dem Abdruck einer Korrespondenz bestand, die an sehr viele Blätter, auch an solche bürgerlicher Richtung, versendet wird.

Der verantwortliche Redakteur des „Nürnb. Anz." ist wegen einer angeblichen Majestätsbeleidigung, begangen durch die Reproduktion der bekannten Quidde'schen Aeußerung, durch Beschluß der Strafkammer des kgl. Landgerichtes Nürnberg vom 10. Mai außer Verfolgung gesetzt worden. Dagegen ist auf Antrag des Staatsanwalts das sogenannte objektive Verfahren auf Einziehung und Unbrauchbarmachung der Nr. 104 des „Nürnb. Anzeiger" eingeleitet worden, worüber am 9. Juli vor dem Landgericht Verhandlung stattfinden soll. —

* * *

Deutsches Reich.

— Der preußische Partikularismus wird jetzt sogar von seinen Bewunderern abgekanzelt. Der Graf Limburg-Stirum hatte bekanntlich im Abgeordnetenhause an dem Fürsten Hohenlohe sein Mäthchen gekühlt, weil der alte Herr angeblich die preußischen Interessen nicht richtig wahrgenommen habe. Vermuthlich hatte den diplomatischen Grafen der Moskauer Zwischenfall dazu ermuntert. Jetzt reagirt auf diese Limburg-Stirumerei der nationalliberale „Hannov. Courier" mit einem Angriff auf den preußischen Partikularismus:

„Die Blüthe der preußischen Konservativen, des ostelbischen Junkerthums, dessen waschechte Typen in der Fraktion des Abgeordnetenhauses dominiren, empfindet es als eine herbe Beeinträchtigung ihrer angestammten und traditionellen Rechte, daß ein Nichtpreuße preußischer Ministerpräsident ist. In diesen Kreisen ist die Berufung des Fürsten Hohenlohe auf den höchsten Posten im Reich und in Preußen von Anbeginn an mit verhaltenem Widerwillen aufgenommen worden. Die Herren grollten seinerzeit, als ein Mann mit bürgerlichem Namen, Herrfurth, Minister des Innern wurde; sie haben denselben, obwohl er ihnen, was die politische Gesinnung betraf, sehr nahe stand, fortgesetzt mit Intriguen befehdet, blos weil er nicht einer der Ihrigen war und weil er bei Anstellung von Beamten nicht ausschließlich, wie sie es von einem Minister des Innern verlangen, den preußischen Adel bevorzugte. Sie können sich mit dem Freiherrn v. Hammerstein-Loxten als Landwirthsschaftsminister nicht befreunden, weil er aus der Provinz Hannover stammt, wie sollten sie sich da den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe als preußischen Ministerpräsidenten „im Nebenamt" auf die Dauer gefallen lassen! Der Angriff des Grafen Limburg-Stirum sollte das Signal sein zum allgemeinen Sturmlaufen gegen den preußischen Ministerpräsidenten aus Süddeutschland. Es war in diesen Tagen viel vom Partikularismus der Süddeutschen die Rede. Aber darüber wollen wir uns keiner Täuschung hingeben, daß der schlimmste Partikularismus im Nordosten des Reiches östlich der Elbe sitzt. Der spezifisch preußische Adel will eine Sonderstellung im Staate einnehmen, beansprucht eine solche für sich und seine Nachkommen."

Die Einsicht kommt etwas spät; denn bisher haben die Herren v. Bennigsen und Konsorten diesen preußischen Junkern die Steigbügel gehalten und sie werden es auch weiter thun. —

— Bei der Reichstagsverhandlung über das Detailreisen erklärte Abg. Frhr. v. Stumm: „Ich habe in meinem Geschäft niemals Reisende gehabt und lasse überhaupt keine Bestellungen aufsuchen, sondern warte dieselben ruhig ab. Glücklicherweise bin ich in der Lage, das thun zu können." — Der „Freisinnigen Zeitung" wird dazu geschrieben: „Das ist unrichtig. Frhr. v. Stumm als Mitbesitzer der Hallberger Hütte läßt reisen und wartet auch nicht immer ab, bis Bestellungen an ihn kommen. Sein Schwager und Kompagnon Kommerzienrath Böcking hält es nicht unter seiner Würde, unaufgefordert dort, wo größere Lieferungen in Aussicht stehen, einen Besuch zu machen. Auch die Behauptung des Frhrn. v. Stumm, daß „seine" Handelskammer sich gegen das Detailreisen erklärt habe, ist unrichtig. Nur eine öffentliche Versammlung, welcher u. a. einige Mitglieder der Handelskammer beiwohnten, hat stattgefunden. In dieser Versammlung wurde der Beschluß gefaßt, auf den sich Stumm stützte." — Herr von Stumm scheint also an bedauerlicher Gedächtnißschwäche zu leiden. —

— Schulstatistische Erhebungen in Preußen sollen am 27. Juni d. J. ähnlich den im Jahre 1886 und 1891 vollzogenen Zählungen, stattfinden. Die Erhebungen sollen sich auf die allgemeinen Schulverhältnisse, eine Statistik des Bewegungsspiels an den Schulen, auf die öffentlichen und Privatschulen, deren Besuch und Lehrkräfte, auf das zur Gewährung des Stelleneinkommens der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen vorhandene Vermögen, die zur Bestreitung der persönlichen Kosten der öffentlichen Schulen erfolgenden Aufwendungen, sowie die zur Bestreitung der sächlichen Kosten erfolgenden Aufwendungen erstrecken. —

— Herr v. Plötz reitet sich immer tiefer herein. Er hat in einer am 14. d. M. zu Cannstatt gehaltenen Rede wiederum sich über seine Betheiligung am Terminhandel mit Getreide ausgesprochen. Er spielte natürlich nur, wie er auch im Reichstage behauptet hatte, um die ganze Verwerflichkeit des Terminhandels kennen zu lernen. „Wenn ihm", so führte er nach dem „Schwäb. Merkur" aus, „mit einem gewissen Rechte vorgeworfen werde, kleine Getreidespekulationen gemacht zu haben, so möchte er nur wünschen, daß jeder Landwirth einmal Gelegenheit hätte, zu sehen, wie bei solchen Spekulationen die Landwirthe über die Ohren gehauen werden." (Beifall.) Dem „Beob." zufolge fügte er mit Rücksicht auf das eigene Börsenspiel hinzu: „Hätte er mehr Geld gehabt, so hätte er noch höher spekulirt!"

Herr v. Plötz, der sich nun als eine Autorität im Börsenwesen entpuppt hat, würde sich um Wissenschaft, Gesetzgebung und berufsmäßiges Börsenspiel verdient machen, wenn er für die neue Broschürensammlung „Stimmen aus dem agrarischen Lager" die nun brennend gewordene Frage, „bei welcher Summe beginnt das Termingeschäft unsittlich zu werden" behandeln wollte. —

— Ein weißer Rabe. Unsere großen Dichter erfreuen sich bekanntlich bei den rechtgläubigen Eiferern aller Konfessionen eines tiefbegründeten Hasses. Aber es giebt auch unter der Geistlichkeit Ausnahmen. Wie die „National-Zeitung" mittheilt, brach kürzlich in der von dem klerikalen Professor Einig in Trier herausgegebenen Zeitschrift „Pastor bonus" ein Dr. Müller eine Lanze für die deutschen Klassiker:

„Man gefällt sich jetzt", so schrieb er, „so gern in frommen Lamentationen über die Unchristlichkeit und Gefährlichkeit der modernen Literatur und möchte am liebsten Goethe und Schiller auf den Index setzen. Wäre es aber nicht besser und ersprießlicher, statt wie Baumgartner und Sebastian Brunner jeden Flecken im Leben und in den Werken unserer großen Dichter aufzuspüren und hämisch darüber zu Gericht zu sitzen, lieber das Edle, Große und Erhebende derselben ins Licht zu stellen? Ich dächte sogar, es wäre christlicher. Wenn wir jeden Dichter, jedes Buch verwerfen, die nicht bis in den kleinsten Zug christlich, ja katholisch sind, was bleibt denn da noch übrig? Es hat sich offen gestanden seit etwa zwanzig Jahren ein so engherziger, lieblos er und kleinlicher Zug in die katholische Journalistik eingebürgert, daß es sich bitter rächen muß, wenn solchem Treiben nicht endlich Einhalt gethan wird. Unwissenheit wird nicht schöner, wenn sie sich in das Gewand der Religion hüllt, oder wenn sie vielmehr frevelhaft hinter diesem erhabenen Schild sich versteckt."

Der Jesuit von Hammerstein kanzelt darauf den Freund der Klassiker in der nächsten Nummer des Blattes folgendermaßen ab:

„Also, „Man möchte am liebsten Goethe und Schiller auf den Index setzen." Aber weiß denn der Herr Verfasser nicht, daß Goethe selbst jenem italienischen Bischof recht gab, der seinen „Werther" für ein nach katholischen Begriffen schlechtes Buch erklärte und demgemäß die italienische Uebersetzung in seiner Diözese verbot? Weiß der Verfasser nicht, daß zahlreiche andere Werke Goethe's, auch einige Schiller's, ganz entschieden von den allgemeinen Regeln des Index getroffen werden?"

Goethe hat eben seine Widersacher von grund aus gekannt. Die Anschauung dieses großen Heiden verträgt sich auch wirklich nicht mit dem offiziellen Christenthum. Um so schlimmer für dieses Christenthum! —

— Gegen das über den Pfarrer Kötschke gefällte Urtheil fand am Sonnabend in Sangerhausen eine von ca. 700 Personen besuchte Protestversammlung statt, die der „Saale-Zeitung" zufolge folgenden Beschluß faßte: „Die heute Abend in der Schweizerhütte hierselbst tagende, aus ca. 600 Personen (gezählt sind 657) aller Stände zusammengesetzte Volksversammlung ist erstaunt über die Härte des gegen Herrn Pastor Kötschke gefällten Urtheils des königlichen Konsistoriums zu Magdeburg und fordert Herrn Pastor Kötschke auf, im vollen Umfange Berufung an den evangelischen Oberkirchenrath dagegen einzulegen." Zugleich beauftragte die Versammlung das bisher in der Kötschke-Angelegenheit thätig gewesene Komitee, eine Petition an den evangelischen Oberkirchenrath zu richten, in welcher die genannte obere Kirchenbehörde ersucht wird, das gegen Herrn Pastor Kötschke ergangene Urtheil des königlichen Konsistoriums zu Magdeburg aufzuheben und dadurch den genannten Seelsorger seiner Gemeinde zu erhalten. Die Versammlung sprach die Ueberzeugung aus, daß nur durch die Beibehaltung des Herrn Pastors Kötschke als Seelsorger in der St. Ulrichsgemeinde der ohne dessen geringstes Verschulden stark erschütterte Frieden wieder hergestellt werden kann.

— Wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, geschehen in einem „Das Henkerbeil" überschriebenen Artikel über eine Hinrichtung wurde die Elberfelder „Freie Presse" konfiszirt. Bei der Haussuchung fiel ein Exemplar der Konfiskation zum Opfer. —

München, 15. Juni. (Eig. Ber.) Im benachbarten Freising hat nun gestern die Generalversammlung des Bayerischen Bauernbundes stattgefunden. Eine Einigung mit den Oberbayern wurde nicht erzielt, da Baron v. Thüngen trotz seiner scheinbar energischen Abwehr von den etwa 100 Delegirten wieder einstimmig zum Vorsitzenden gewählt ist. Bemerkenswerth war, daß die sich radikaler geberdenden Niederbayern Dr. Gäch und Wieland eifrig für Thüngen warben. Thüngen selbst hatte den „Renommirbauern" Lutz als Kandidaten für den Vorsitz vorgeschlagen. Er meinte, Lutz sei ein „guter Demokrat", der sich den Konservativen nur angeschlossen habe, weil man doch einmal einer Partei angehören müsse. Politisch könne ja auch jeder denken, was er wolle. Demgemäß bewegten sich, mit Ausnahme eines „als Gast und Freund der guten Sache" anwesenden Oberbayern, die Ausführungen der Redner in dem Rathe, die „eigentlich politischen" Programmforderungen ganz als Nebensache zu betrachten. Die wirthschaftlichen Forderungen seien die Hauptsache. Als der Oberbayer bemerkte, er halte den Adel und das Zentrum für die schlimmsten Volksfeinde, sagte Thüngen, das gelte aber nur für den „Geld- und Hofadel". Das Ergebniß der wortreichen und an Klarheit armen Verhandlungen konzentrirte sich schließlich in den Anträgen auf völlige Abschaffung (entschädigungslose Beseitigung) der Bodenzinse und Ausdehnung des Ernteurlaubs.

Tendenz und Art der Thüngen'schen Bewegung ersieht man aus den nachstehenden, sowohl in der Delegirtenversammlung wie in einer öffentlichen Versammlung einstimmig genehmigten Resolutionen:

„1. Der Bayerische Bauernbund hält unentwegt an sämmtlichen Forderungen seines Programms fest und kann sich mit den bisher von der Landesregierung gewährten Zugeständnissen nicht begnügen, insonderheit erwartet er von der zu gründenden Landes-Hypothekenbank nur dann eine segensreiche Wirkung, wenn mit derselben die Ablösung der bayerischen Hypothekenschulden verbunden und sie so reichlich mit Mitteln ausgestattet wird, daß sie den Wettbewerb mit den Aktienbanken mit Erfolg aufnehmen kann. Die Uebertragung des Hypothekengeschäftes an die k. Bank und ihre Filialen wäre einer Neugründung vorzuziehen gewesen, die Mobiliar-Feuerversicherung ist zu verstaatlichen durch eine Monopolanstalt. Entschädigungen an die Aktiengesellschaften sind nicht zu gewähren. In bezug auf die Heimathgesetzgebung erachten wir die durch die Novelle gebotene Entlastung des platten Landes gegenüber den Städten als nicht genügend und erwarten ein dem norddeutschen ähnliches Unterstützungswohnsitz-Gesetz. Der Einschleppung der Viehseuchen ist durch die schärfsten Absperrungsmaßregeln gegen das Ausland zu begegnen. In bezug auf die Versicherungsgesetzgebung erwarten wir von unserer Staatsregierung, daß sie im Bundesrathe für eine durchgreifende Reform auf Grundlage der Leistungsfähigkeit sämmtlicher Steuerzahler eintritt, da es sich bei derselben um einen allgemeinen Staatszweck handelt. Zu allen Gerichten ist das Laienelement zuzuziehen und zwar in solcher Zahl, daß es die Berufsrichter überwiegt."

2. „Die heutige Generalversammlung spricht der Reichsregierung, weil sie seit Beginn des letzten Jahrzehnts 1. nach außen eine Politik der Muthlosigkeit und Schwäche, des Nachgebens und Zurückweichens vor anderen Staaten und Völkern, 2. nach innen eine Politik des

Manchesterthums, des Freihandels und des Kapitalismus geführt hat, durch welchen die Mittelstände in Stadt und Land vernichtet worden, und; 3. insonderheit die Landwirthschaft treibende Bevölkerung durch ihre verkehrte Wirthschafts- und Handelspolitik zuerst an den Rand des Abgrundes gebracht hat und nun die allein helfenden Mittel, Antrag Kanitz und Währungsänderung hartnäckig verweigert, ihr unbegrenztes Mißtrauen aus und fordert alle ländlichen Abgeordneten auf, der Reichsregierung, soweit es gesetzlich zulässig ist, die Mittel zur Fortführung ihrer Geschäfte zu verweigern."

— Der Präsident der Kammer der Abgeordneten Herr v. Walter ist zum Rath am obersten Landesgericht befördert worden. Sein Landtagsmandat ist damit erloschen. Zum Ober-Landesgerichtsrath befördert wurde für Herrn v. Walter der — Lehnsherr von Fuchsmühl, Baron v. Zoller. —

Dem Verdienste seine Krone. —

— Wieder ein Staatsanwalt Richter geworden. Der zweite Staatsanwalt Dr. Guggenheimer am k. Landgerichte München I wurde zum Landgerichtsrath an diesem Gericht ernannt. —

Karlsruhe, 16. Juni. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer wurde die Nothstandsvorlage, betreffend die durch das Hochwasser im März angerichteten Schäden einstimmig angenommen; alsdann genehmigte die Kammer die Vorlage, betreffend den Karlsruher Rheinkanal und Rheinhafen, entsprechend den Kommissionsanträgen, mit 33 gegen 29 Stimmen.

— Ueber die Gemeinderathswahlen in Elsaß-Lothringen entnehmen wir der „Frankfurter Zeitung" folgendes: In Straßburg wurde Böhle (Soz.) gewählt. 25 Nachwahlen sind erforderlich, die sozialistischen Minoritäten sind sehr bedeutend. Aus Mülhausen wird dem Blatte telegraphirt: Von 36 zu wählenden Mitgliedern sind nur 5, die auf drei Listen standen, gewählt. Die klerikale Liste erhielt rund 4000 Stimmen, die sozialdemokratische 4000, die liberale 2500, die altdeutsche 1000. Der sozialdemokratische Stimmenzuwachs ist groß. —

Schweiz.

Bern, 16. Juni. Nachdem der Nationalrath den ganzen Reingewinn der Bundesbank den Kantonen vorbehalten und ihnen eine Erhöhung ihrer Vertreterzahl von 10 auf 15 Mitglieder des Bankrathes eingeräumt, hat er das Bundes-Bankgesetz mit 83 gegen 49 Stimmen angenommen. Dasselbe wird noch behufs Beilegung einiger Differenzen dem Ständerathe zugehen. —

Frankreich.

Paris, 16. Juni. Nach dem amtlichen Kammerbericht wies Graf de Mun in der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer am Schluß seiner Rede auf die Berliner Arbeiterkonferenz 1890 hin, welche er für das Hauptereigniß dieses Jahrhunderts (!! Red.) erklärte. „Ich möchte wünschen", fuhr der Redner fort, „daß Frankreich diesen Gedanken wieder aufnähme, daß Frankreich, bevor es die Nationen einladet, hier die Erzeugnisse und Wunder der Industrie anzustaunen, die Nationen zusammenrufe, damit sie sich aufs neue in dem gemeinsamen Gedanken und der Vorsorge und der Gerechtigkeit gegen die Arbeiter vereinigen. Ich glaube nicht an eine formelle und unmittelbare Wirksamkeit dieser internationalen Verständigungen, aber ich glaube an ihre hohe, mächtige, moralische Wirksamkeit. Ich glaube, daß diese Begegnungen von Männern, welche zwar rivalisirenden Staaten angehören, welche sich aber versammeln, um Mittel zur Heilung der Wunden des industriellen Krieges zu suchen, fruchtbar sein werden, und daß aus ihnen nothgedrungen eine unwiderstehliche Bewegung hervorgehen werde, welche überall über Gebräuche und Gesetze den Sieg davontragen wird. Ich wollte, daß Frankreich diesen Ruhm erwerbe, welcher seinem Genius entsprechen würde, und, wie Goethe sterbend: Mehr Licht! verlangte, so möchte ich, daß man in den letzten Tagen dieses Jahrhunderts mehr Gerechtigkeit und Menschlichkeit verlange." (Stürmischer Beifall rechts und im Zentrum.) —

England.

London, 15. Juni. Oberhaus. Lord Ripon fragt die Regierung, ob sie angesichts der vom Kap-Parlament vorgenommenen Untersuchung der jüngsten Ereignisse in Transvaal die in der Thronrede angekündigte Untersuchung einleiten werde. Parlamentssekretär Lord Selborne erwidert, die Regierung sei der Ansicht, daß die Untersuchung nicht gleichzeitig mit den schwebenden richterlichen Verhandlungen stattfinden könne. Sobald diese beendet seien, würde die zugesagte Untersuchung erfolgen. Kimberley beklagt den Entschluß der Regierung. Wie er höre, solle die Untersuchung durch einen Parlamentsausschuß erfolgen; da es nun heiße, das Parlament würde der Rebhuhnjagd wegen vertagt werden, so könne der Ausschuß nicht vor dem nächsten Jahre ernannt werden. Jameson habe England in großen Mißkredit gebracht; es sei wichtig, zu wissen, in welchem Grade die Chartered Company verantwortlich sei. Premierminister Lord Salisbury protestirt gegen die Aeußerungen Kimberley's betreffend Jameson, der vor Gericht stehe. Es sei unbillig und verstoße gegen das Herkommen, den Verhandlungen gegen einen Angeklagten zu präjudiziren, selbst bei Verhandlungen, wo es sich gegen einen gewöhnlichen Verbrecher handele. Es würde den Verhandlungen gegen Jameson und Genossen präjudiziren, wenn der Untersuchungsausschuß gleichzeitig tage. Sobald es die Regierung im Einklange mit der Rechtspflege thun könne, werde sie Ripon's Anfrage sofort beantworten. Sie wünsche ebenso sehr wie er volle Kenntniß über das Vorgegangene zu haben. Rosebery betont, es sei nicht die Absicht, irgendwie dem Prozeß gegen Jameson zu präjudiziren, aber solange die Angelegenheit nicht erschöpfend untersucht sei, seien die Direktoren der Chartered Gesellschaft, das Ministerium und das Land einem ernsten Argwohn unterworfen, der etwas schwer zu beseitigen sei. Er hätte geglaubt, die so unschuldige mächtige Regierung würde den frühesten Moment benutzt haben, um sich vor der Welt zu rechtfertigen. Die Verschiebung der Untersuchung sei beklagenswerth. —

Im Auswärtigen Amte fand unter dem Vorsitze des Ersten Lord des Schatzes, Balfour, eine zahlreich besuchte Versammlung der Unionisten statt. Wie verlautet, erwähnte Balfour nichts von einem Aufgeben oder einer Verkürzung irgend welcher leitenden Regierungsvorlagen, sondern rieth den die Regierung Unterstützenden, ihre persönlichen Gefühle in bezug auf Einzelheiten zu unterdrücken, um dadurch das Programm der Regierung zu fördern. Balfour sprach die Hoffnung aus, daß das Parlament ungefähr am 12. August vertagt werde, um Mitte oder Ende Januar wieder zusammenzutreten. —

Italien.

Rom, 14. Juni. (Eig. Ber.) Das Arbeitsfeld auf sozialökonomischem Gebiete ist für die italienische Regierung jetzt Sizilien. Die Vorschläge des Ministeriums zur Minderung der Nothlage in Sizilien, die Einsetzung eines besonderen Ministers für die Insel, die Aufhebung des Ausgangszolles auf die Produkte des dortigen Schwefelbergbaues werden von der Kammer, trotz des Widerstandes des Crispi'schen Anhangs, ohne Zweifel genehmigt werden. Der Kommissionsbericht über diese Vorschläge formulirt überdies wichtige Zusatzforderungen; er fordert die Regierung auf, ein Gesetz zur Regelung der agrarischen Kontrakte in Sizilien einzubringen, durch welches die Arbeiter vor wucherischer Uebervortheilung seitens der Grundbesitzer geschützt werden; und er verlangt außerdem die Ueberlassung von verfügbarem Land an die Arbeiter. —

Rom, 15. Juni. Dem „Esercito" zufolge verlautet, der König werde am Donnerstag ein Dekret unterzeichnen, welches den Kriegszustand in Erythrea für beendet erklärt. Es dürfte sich hier um einen Vorläufer des definitiven Friedensschlusses mit Abessynien handeln. —

Türkei.

— Kretensisches. Ein gestern in Kanea veröffentlichtes Irade des Sultans schreibt die Verantwortung für die Ereignisse auf Kreta den Christen zu, ermahnt dieselben zur Unterwerfung und verspricht, sobald solche erfolgt sei, die Forderungen der Christen zu prüfen. 110 Flüchtlinge, welche gestern auf der Insel Santorin eintrafen, melden, daß die Ausschreitungen fortdauern. Das Gerücht von der Landung englischer Truppen wird für unbegründet erklärt.

Das kretensische Zentralkomitee appellirte gestern an die christlichen Großmächte um Hilfe für die christlichen Familien, deren Leben durch Hunger und Mord bedroht sei, und bat, ihnen die Auswanderung von der Insel zu ermöglichen. Eine ähnliche Zuschrift ist auch an die griechische Regierung ergangen. Darin wird derselben vorgestellt, daß ein sofortiges Einschreiten zur Verhütung der drohenden Gefahr nothwendig sei.

Der englische Generalkonsul auf Kreta telegraphirte dagegen an seine Regierung, daß die kretensischen Angelegenheiten beginnen, ein so günstiges Aussehen zu gewinnen, daß eine friedliche Lösung erreicht werden könne. —

Philippopel, 15. Juni. In Konstantinopel wurde am 13. d. M. ein Armenier von einem Softa und am 14. d. M. ein im Dienste der türkischen Geheimpolizei stehender Armenier im Auftrage des armenischen Komitees getödtet.

Die neuliche Besprechung im Reichstag über die Beeinträchtigung des Gastwirthsbetriebes durch die Anwendung der Polizeistunde auch in Rixdorf gegenüber solchen Wirthen, die ihre Lokale zu Arbeiterversammlungen hergeben und ihr Bier nicht aus der Vereinsbrauerei beziehen, scheint behördlichen Wünschen immer bereite Zeitungen immer noch nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Nachdem erst kürzlich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" die im „Vorwärts" zum Abdruck gelangte landräthliche indirekte Bestätigung des von mir im Reichstag vorgetragenen Sachverhalts verbreitet hatte, bringen jetzt einige andere offiziös sein wollende Blätter und Blättchen eine angebliche Erklärung des Amtsvorstehers zu Rixdorf. Nach Inhalt derselben erklärt der Amtsvorsteher, eine nach seiner Behauptung von mir am 10. d. M. im Reichstag aufgestellte Behauptung sei unwahr. Hat der Amtsvorsteher in der That diese Erklärung abgegeben, so hat er geirrt. Denn ausweislich des stenographischen Berichts habe ich das angeblich vom Amtsvorsteher mir Unterstellte überhaupt nicht behauptet. Was ich behauptet habe, ergiebt sich aus dem stenographischen Bericht und den wahrheitsgetreuen Mittheilungen der Presse über die Reichstagssitzung. Selbstredend sind wahrheitsgetreue Berichte von Reptilienblättern nicht zu erwarten. Da der Sachverhalt selbst für jeden Denkenden klar ist und da dutzende von Zuschriften mir beweisen, daß ich vielleicht nicht scharf genug die Mißstände auf dem Gebiete der Polizeistunde kritisirt habe, so werde ich es fortab unterlassen, zur Beantwortung behördlicher Auslassungen in dieser Angelegenheit mir abermals Zeit zu nehmen.

Berlin, den 17. Juni 1896.

A. Stadthagen,
Mitglied des Reichstages.

Achtung, Gewerbegerichtswahl!

Formulare zur Einzeichnung in die Wählerlisten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer betreffs der Gewerbegerichtswahl sind an folgenden Stellen zu haben:

Südost: Tolksdorf, Restaurateur, Görlitzerstraße 58. Meyer, Restaurateur, Görlitzerstraße 63. Trittelwitz, Restaurateur, Falckensteinstr. 7. Köppen, Restaurateur, Reichenbergerstraße 118. Erbe, Restaurateur, Cuvrystraße 25. Seidler, Restaurateur, Ratiborstraße 16. Goltz, Restaurateur, Grünauerstraße 3. C. Scholz, Glasermeister, Wrangelstr. 32. Schayer, Restaurateur, Reichenbergerstr. 54. Brödenfeld, Restaurateur, Manteuffelstr. 69. G. Schulz, Zigarrengeschäft, Admiralstr. 40a. F. Thiel, Zeitungsspediteur, Skalitzerstr. 35. Kruschke, Barbier, Skalitzerstraße 18. Schilling, Restaurateur, Pücklerstr. 55. Köppen, Restaur., Köpnickerstr. 20a. Beyer, Restaurateur, Wrangelstr. 136. Schuhmacher, Restaurateur, Pücklerstr. 49. Rachfahl, Restaurateur, Waldemarstr. 18.

Osten: Otto Zabel, Restaurateur, Frankfurter Allee 90. Wilhelm Lock, Restaurateur, Grüner Weg 46. Otto Franke, Restaurateur, Friedrichsbergerstr. 11. E. Kolms, Restaurateur, Mühlenstr. 38. Friedrichs, Restaurateur, Breslauerstr. 27. F. Wilke, Andreasstr. 26.

Nord-Westen und Norden: J. Pfarr, Restaurateur, Puttlitzstr. 10. Franz Gleinert, Restaurateur, Müllerstr. 7a. Tauschel, Restaurateur, Grenzstr. 4. R. Augustin, Restaurateur, Kastanien-Allee 11. Max Faber, Stephanstraße 15. Remfer, Restaurateur, Beusselstr. 19. Nachgänger, Restaurateur, Swinemünderstr. 124. Marten, Restaurateur, Ackerstr. 123. Witzel, Restaurateur, Ackerstraße 145. Schayer, Restaurateur, Brunnenstr. 44. Meßmann, Restaurateur, Danzigerstr. 78. Nike, Zigarrengeschäft, Saarbrückerstr. 7. F. Lietzke, Restaurateur, Schwedterstraße 34. Haberland, Restaurateur, Bellermannstr. 87. Gaßmann, Zeitungsspediteur, Grünthalerstr. 64. Mörschel, Restaurateur, Schönhauser Allee 28.

Zentrum: R. Babiel, Restaurateur, Rosenthalerstr. 57. Linke, Restaurateur, Jüdenstr. 36. Reul, Zigarrengeschäft, Barnimstr. 42.

Südwesten und Westen: H. Werner, Restaurateur, Bülowstr. 59. Kitzing, Restaurateur, Belleallianceстr. 74. Saß, Restaurateur, Markgrafenstr. 102. Grube, Restaurateur, Mariendorferstr. 5. C. Schonheim, Restaurateur, Gräfestraße 8.

Süden: W. Börner, Zigarrengeschäft, Ritterstr. 15. Paul Müller, Restaurateur, Gräfestr. 31.

Partei-Nachrichten.

Von der Agitation. Während der Agitationstour in Westfalen und Rheinland, die, wie bereits berichtet, vom Genossen Jahn aus Berlin unternommen wurde, fanden weitere Versammlungen in und bei Hagen statt, die wegen der vorher erfolgten Auflösung sehr gut besucht waren und auch einen regelrechten Verlauf nahmen. Dagegen wurde eine für Schwelm geplante Gewerkschaftsversammlung für Männer und Frauen deshalb verboten, weil Jahn „im Auftrage der Agitationskommission" spreche. Erst auf eindringliche Vorstellung beim Herrn Bürgermeister wurde diese Versammlung unter der Bedingung gestattet, daß die Arbeiterinnen ausgeschlossen blieben. Sonderbarer Weise wußten einige Gewerkvereinler früher von dem Verbot, als der Einberufer! Aber die Polizei war hier wie in Hagen der beste Agitator. In Iserlohn hatten die ausgewiesenen Frauen dem Polizeibeamten einen originellen Streich gespielt, indem sie sich in seiner Nähe auf der Bühne hinter den Kulissen postirten und am Schluß der Versammlung unter allgemeiner Heiterkeit hervortraten, so daß der über diese Weiberlist erst verblüffte Polizeibeamte selbst in die Heiterkeit mit einstimmte. In Elberfeld fanden zwei sehr gut besuchte Versammlungen statt, desgleichen je eine in Crefeld und Aachen, wo eine Anzahl Gegner anwesend waren, die aber nicht auftraten. Gerade in den letzten beiden Versammlungen in der „schwarzen Gegend" war der Erfolg äußerst günstig, jedenfalls ein Beweis dafür, daß der Sozialismus auch in den ultramontanen Hochburgen immer mehr Eingang findet; an der nöthigen Arbeit unsererseits soll es nicht fehlen!

In Bonn sind bei den Wahlen zum Gewerbegericht die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei den „Christlichen" unterlegen.

Der 4. unterfränkische Parteitag findet am Sonntag, den 28. d. M., in Schweinfurt statt. Die Tagesordnung erstreckt sich nur auf Kreisangelegenheiten.

Karl Marx' Schrift, Revolution und Kontrerevolution, die vor kurzem in deutscher Ausgabe mit einer Einleitung von Karl Kautsky erschienen ist, wird soeben von der Londoner Verlags-Buchhandlung Swan, Sonnenschein u. Cie. Lim. im englischen Urtexte veröffentlicht. Diese Ausgabe ist mit einer Einleitung von Eleanore Marx-Aveling versehen.

Die ungarischen Parteigenossen werden von ihrer Parteileitung aufgefordert, sie mögen in jeder Stadt und Gemeinde Versammlungen abhalten mit der Tagesordnung:

1. Das allgemeine Wahlrecht und die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien zu demselben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht.

Wo die Abhaltung von Versammlungen unmöglich ist, sollen Konferenzen stattfinden, eventuell Massenunterschriften gesammelt werden zur Annahme der Resolution.

Johannesburg (Transvaal-Republik), 20. Mai. Am 9. Mai dieses Jahres wurde hier ein sozialistischer Arbeiterverein, der Verein „Vorwärts" gegründet. Die dortigen deutschen Genossen bitten, das als ein Zeichen dafür zu betrachten, daß die im Vaterlande ausgestreute Saat auf der ganzen Welt Früchte zu tragen beginnt.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Die Genossen Kiesewetter, Janke, Pieper aus Berlin, sowie vier Genossen aus Neu-Ruppin wurden am 3. Juni von der Anklage, gegen eine Regierungsverordnung aus den Jahren 1832 und 1854, betreffend die Sonntagsruhe, verstoßen zu haben, freigesprochen. Die Genossen hatten während der Wahlzeit an einem Sonntage in Herzberg und Umgegend Flugblätter verbreitet; hierbei soll die Sonntagsruhe verletzt worden sein. Ein jeder erhielt ein Strafmandat in der Höhe von 3 M. Die Genossen erhoben hiergegen Widerspruch und beantragten gerichtliche Entscheidung. Das Schöffengericht zu Lindow erkannte auf Freisprechung und wurden sämmtliche Kosten der Staatskasse auferlegt.

— Genosse Mannigel wurde als verantwortlicher Redakteur des „Volksblatt für Halle und den Saalkreis" zur Vernehmung geladen. Die Staatsanwaltschaft und ihre einzelnen Mitglieder fühlen sich beleidigt durch die im „Volksblatt" veröffentlichte Anfrage, wann gegen die vier vereinigten Parteien wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes (Inverbindungtreten 2c.) eingeschritten werde. Diese Anfrage war allerdings insofern verfehlt, als zur Wahlzeit Vereine zu Wahlzwecken in Verbindung treten dürfen.

— Leipzig. Am 26. April d. J. hatte der Handarbeiter Gustav Emil Knauf gelegentlich der öffentlichen Tanzmusik im Deutschen Haus in Leipzig-Lindenau auf einer Liste für den Unterstützungsfonds der Bauarbeiter etwa 3 M. gesammelt. Wegen unerlaubter Geldsammlung (Vergehen gegen die Polizeiverordnung vom 12. Dezember 1890) wurde, obgleich die Verordnung in erster Linie Geldstrafe androht, Knauf vom Schöffengericht Leipzig zu fünf Tagen Haft verurtheilt. Bei der Strafzumessung hatte das Gericht berücksichtigt, daß er den Kutscher Renner, der sich weigerte, etwas zu geben, beschimpft hat.

— 14 Tage Gefängniß wurde gegen Genossen Karl Breder, den früheren verantwortlichen Redakteur der „Augsburger Volkszeitung" wegen Beleidigung eines Ziegeleibesitzers ausgesprochen. In der Berufungsinstanz wurde das Urtheil bestätigt.

— Mainz, 9. Juni. Vor dem Schöffengericht spielte sich hier heute ein Prozeß ab, der für viele Kreise Interesse haben dürfte. Der Steinbildhauer Wilhelm Winter aus Bingen hatte an die beiden Bildhauer Eisner und Blasdeck eine Postkarte geschrieben, welche an die Bemba'sche Möbelfabrik, woselbst beide arbeiten, adressirt war. Auf der Karte nannte er die Adressaten „Aufwiegler" und sonst noch mehr und drohte ihnen, er werde dafür sorgen, daß sie entlassen würden. Ursache dieser Beleidigung war die Thatsache, daß Blasdeck und Eisner durch ein Inserat in der „Bildhauer-Zeitung" in Berlin im Namen des Mainzer Bildhauervereins vor dem Anwerben von Bildhauergehilfen seitens des Winter durch Inserate warnten. Beide hatten Privatklage gegen Winter und dieser wegen der obigen Warnung Gegenklage erhoben. Der Streit zwischen Winter und den organisirten Arbeitern reicht zurück bis zum Jahre 1894. Damals brach bei der Firma Löffler u. Zöller in Frankfurt am Main ein Streit aus; nach Beendigung desselben veröffentlichte der Bildhauer Georg Fladung aus Frankfurt in der Berliner „Bildhauer-Zeitung" die Namen der Streikbrecher, worunter sich auch der genannte Winter befand. Die Streikbrecher stellten hierauf Strafantrag wegen Beleidigung und die Brausewetterkammer verurtheilte am 25. September 1894 den Bildhauer Fladung und den Redakteur der „Bildhauer-Zeitung" Paul Dupont in Berlin zu vier Wochen Gefängniß.

In der heutigen Verhandlung erkannte das Gericht nunmehr den Winter der Beleidigung der beiden Kläger für schuldig und verurtheilte ihn zu 15 M. Geldstrafe event. 3 Tagen Gefängniß. Die Widerklage des Winter wurde abgewiesen, weil das Gericht in der Warnung vor dem Winter'schen Inserat durch den Vorstand des Bildhauervereins keine Beleidigung erblicken konnte. Der Vorstand habe, so heißt es in den Gründen, nur das Interesse der Vereinsmitglieder durch die erlassene Warnung bezwecken wollen.

Soziale Uebersicht.

Die Arbeitslosen-Statistik auf grund der beiden letzten allgemeinen Zählungen im vorigen Jahre ist vom Hamburger statistischen Amte schon verarbeit und veröffentlicht worden. Hoffentlich folgen die anderen Staaten und das Reich bald nach. —

Von der preußischen Gewerbe-Inspektion. Der „Reichs-Anzeiger" meldet in seinem amtlichen Theile: Die bisherigen kommissarischen Gewerbe-Inspektoren, königlichen Regierungs-Baumeister Fritz Knoll in M.-Gladbach, Fritz Garnn in Trier und Oskar Becker in Arnsberg und die bisherigen kommissarischen Gewerbe-Inspektoren Dr. Ludwig Sprick in Iserlohn und Felix Remertz in Stettin sind, unter Verleihung der etatsmäßigen Stelle eines Gewerbe-Inspektors in den genannten Städten, zu königlichen Gewerbe-Inspektoren ernannt worden.

Zum Achtuhr-Ladenschluß. Auf Veranlassung des sächsischen Ministeriums des Innern veranstalten die sächsischen Handelskammern eine Enquete, um der Regierung über die Anschauung der Kaufleute bezüglich des geforderten 8 Uhr-Ladenschlusses zu berichten. Es werden bei der Enquete auch sozialdemokratische kaufmännische Kreise unter den Angestellten befragt.

In Kiel erklärte eine Volksversammlung gegen eine geringe Zahl von Stimmen sich mit der folgenden Resolution einverstanden:

„Die Versammlung erklärt: daß die Vorschläge der Kommission für Arbeiterstatistik das Mindestmaß dessen sind, was die Handlungsgehilfen zu verlangen haben. Die Versammlung fordert die sozialdemokratische Partei auf, im Reichstage für die Ausdehnung des Achtuhr-Ladenschlusses auch auf die Engrosgeschäfte einzutreten. Die Versammlung erklärt ferner, daß die Bedürfnisse der Arbeiterschaft sehr wohl bis 8 Uhr abends gedeckt werden können und verwahrt sich dagegen, daß die Arbeiterschaft dazu dienen soll, die Durchführung des Achtuhr-Ladenschlusses zu verhindern."

Die in Düsseldorf abgehaltene Generalversammlung der rheinischen Buchhandlungsgehilfen beschloß, ein Bittgesuch an den Reichstag zu richten, derselbe möge sich für den gesetzlichen Achtuhr-Schluß der Ladengeschäfte erklären.

Die vereinigten Konditoren des Regierungsbezirks Düsseldorf hielten in Duisburg ihre Generalversammlung ab und beschlossen, eine Petition an die Handelskammern der jeweiligen Städte zu senden, „falls eine Anfrage über den Achtuhr-Ladenschluß an sie ergehen sollte, gegen die Einführung desselben zu stimmen."

Eine von Breslauer Handlungsgehilfen Hirsch-Duncker'scher Richtung einberufene Versammlung faßte folgenden Beschluß: „Die heut am 14. Juni im Saale des „Café Restaurant" vom Vereine der Deutschen Kaufleute einberufene öffentliche Versammlung schließt sich vollständig der am 22. April cr. von den Vereinigten Berliner Ortsvereinen des Vereins der deutschen Kaufleute gefaßten Resolution an, indem dieselbe ebenfalls die Vorschläge der Reichskommission zum Schutze der Handlungs-Gehilfen dankbar begrüßt und von den gesetzgebenden Körperschaften erwartet, daß der Achtuhr-Ladenschluß baldigst zum Gesetz erhoben wird. Der Vorstand des Ortsvereins Breslau wird ersucht, diese heutige Resolution dem Gewerberath des Vereins der Deutschen Kaufleute zur Uebermittelung an die zuständigen Reichsbehörden einzusenden."

Gewerkschaftliches.

Die Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft hat gestern die Entlassungen fortgesetzt. Wieviel der Angestellten aufs neue von dieser Maßregel betroffen wurden, konnten wir noch nicht ermitteln. In einigen Berliner Blättern wird die Angelegenheit so dargestellt, als ob die Gesellschaft nur einen neuen Kontrakt mit ihren Angestellten vereinbaren wollte. Dem gegenüber weisen wir darauf hin, daß bei Abschluß der Verhandlungen vor dem Gewerbegericht die alten Kontrakte ausdrücklich als aufgehoben bezeichnet wurden und der vereinbarte neue Kontrakt nunmehr durch Namensunterschrift in kraft treten sollte. Es ist keinem Angestellten eingefallen, diesen Kontrakt abzulehnen, vielmehr war man allseitig mit dem Resultat der Verhandlungen einverstanden. Dagegen macht nun die Direktion den gerade nicht sehr ehrenvollen Versuch, sich der eingegangenen Verpflichtung, die unter anständigen Leuten gehalten werden sollte, zu entledigen und entläßt diejenigen, die ihr als Zeugen ihres Wortbruches unangenehm erscheinen.

Wir nehmen gleichzeitig Veranlassung, aus einem zur Vertheilung gelangten Flugblatt, das von den Entlassenen herausgegeben wurde, unseren Lesern folgenden kurzen Auszug zu unterbreiten:

Es ist wohl allgemein bekannt, daß vor zirka Monatsfrist die Angestellten der Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft in einer Lohnbewegung standen, um ihr so trauriges Loos ein wenig zu verbessern. Die Lage dieser Angestellten war damals eine derartige, daß selbst Herr Weigert, Fabrikbesitzer und Ausschußmitglied des Gewerbegerichts, in seinem Vortrage bei der Versammlung des Bundes der Industriellen diese Bewegung als sehr berechtigt anerkannte. Die Direktion der Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft hatte auch die Forderungen zum Theil bewilligt, und sowohl den Angestellten gegenüber mündlich, als vor dem Gewerbegericht schriftlich ihr **Ehrenwort** dahin abgegeben, daß sie keinen an der Bewegung betheiligt gewesenen Angestellten entlassen werde. Die Direktion hat dieses ihr Ehrenwort schnöde gebrochen, obwohl seit längerer Zeit bereits wieder Ruhe und Frieden in den Betrieb eingekehrt waren und die Angestellten selber nichts sehnlicher wünschten, als die Ruhe und das Wohl des Betriebes, dessen Interessen sie energisch zu wahren suchten. Da, am Montag, den 15. Juni, früh morgens, wurden sämmtliche Vertrauensleute der Angestellten ohne die geringste Veranlassung entlassen, alle übrigen Angestellten aber gekündigt. Alle erst bewilligten Vergünstigungen, so die halben Tage und verschiedenes andere wurden uns wieder entzogen. Wir haben sowohl unseren Arbeitgebern wie der Berliner Bevölkerung treue, gewissenhafte Dienste geleistet und wollen es auch fürderhin thun. Für unsere pflichttreue Arbeit, für unser Bestreben, jedem einzelnen unserer Kunden gerecht zu werden, hoffen wir, daß uns die Berliner Bevölkerung nicht im Stiche lassen, nicht verhungern lassen wird. Wir haben der Packetfahrt Jahre lang treue Dienste geleistet, wir haben alles Mögliche gethan, um den Betrieb hochzubringen, das Publikum zufrieden zu stellen, und jetzt werden wir zum Dank dafür entlassen, nachdem wir vielfach durch den angestrengten Dienst unsere Gesundheit geopfert haben, zu Invaliden geworden sind, die nirgends oder nur sehr schwer Arbeit finden werden.

Auf die Hilfe der Berliner Bevölkerung bauend, zeichnen ergebenst Die Vertrauensleute. (Folgen die Namen.)

Arbeiterverhältnisse in städtischen Gasanstalten. Unter dieser Ueberschrift brachte vor einigen Tagen das „Berliner Tageblatt" eine längere Zuschrift, die dazu bestimmt erschien, den Bericht des „Vorwärts" über die am 31. Mai stattgefundene Versammlung der in Gasanstalten und auf Kohlenplätzen beschäftigten Arbeiter zu dementiren. Von zuständiger Seite war dem Organ des Herrn Mosse angeblich eine berichtigte Darstellung der in Rede stehenden Verhältnisse zugegangen. Waren dieselben in der Versammlung und demgemäß auch im „Vorwärts" in düstersten Farben geschildert worden, so behauptet dagegen die Zuschrift, es sei alles in schönster Ordnung. Zwar wird eine Arbeitszeit von 18 Stunden zugegeben, jedoch behauptet, dieselbe treffe nur alle 14 Tage zu; im übrigen sei die Arbeitszeit nur eine 12stündige. Ganz abgesehen davon, daß eine 12stündige Arbeitszeit uns trotz der mitgetheilten Unterbrechungen bei der Glüthitze vor den Oefen noch sehr unbillig erscheint und die 18stündige Arbeitszeit, auch wenn sie nur alle vierzehn Tage eintreten sollte, sozialpolitisch nur von einem ganz manchesterlichen Standpunkt vertheidigt werden kann, wollen wir doch darauf hinweisen, daß die Arbeiter weiter nichts verlangten, als daß diejenigen Reformen, die in der Gasanstalt Gitschinerstraße und Danzigerstraße eingeführt sind, allgemein Eingang finden mögen. Die hier durchgeführte Arbeitszeit von zwölf Stunden und dem Durchschnittslohn von 3,50 Mark anstatt 2,80 Mark täglich wollen auch die Arbeiter anderer Gasanstalten durchsetzen. Das sind doch in der That keine großen Ansprüche. Aber bei der bekannten Stellung, die der Magistrat in Arbeiterfragen einnimmt, stoßen solche bescheidenen Forderungen noch auf Widerstand. Zum Schluß heißt es in jener Erklärung:

„Dies zur Steuer der Wahrheit mit dem Hinzufügen, daß eine große Zahl von älteren, tüchtigen und braven Arbeitern, welche sich eine Aenderung dieser Arbeitsverhältnisse, welche ihnen nur eine Einbuße an Verdienst bringen könnte, gar nicht wünschen. Es ist zu hoffen, daß sich dieselben endlich ermannen und mit Erfolg Front machen gegen jene Agitation."

Das ist eine der bekannten freisinnigen Redensarten, die stereotyp wiederkehren, wenn über die Verkürzung der Arbeitszeit das Urtheil gesprochen wird. Das heißt soviel wie arbeitet nur recht lange, dann werdet ihr auch viel verdienen. Wundern könnte man sich nicht, wenn die Verwaltung der Gasanstalten am Ende ihren Arbeitern bei einer Verkürzung der Arbeitszeit bei dem jämmerlichen Lohn von 3,50 und 2,80 M. auch noch Abzüge macht. Halten die Herren diese weise Politik inne, dann werden sie sich vergebens gegen die zunehmende Agitation wenden.

An die Berliner Metallarbeiter! Am Montag, den 15. Juni, wurde in sämmtlichen Fabriken, welche zu dem Verbande der Metallindustriellen gehören, das folgende Plakat den Arbeitern zur Kenntniß gebracht:

Verband Berliner Metall-Industrieller.

Berlin, den 14. Juni 1896.

Infolge unberechtigten Aussetzens der Arbeit seitens der Arbeitnehmer am 1. Mai sowie infolge von Lohndifferenzen befinden sich die Arbeiter folgender Firmen im Ausstande:

C. Christ u. Co., E. Dahms, W. Eitner, E. Haberlandt, R. Frister (Inhaber Engel u. Heegewaldt), G. Heinze, R. Heinze, G. Heussler, E. Krans, C. Kramme, H. Kube, A. Lehmann, W. Nürnberg, F. Raebiger, O. Rütter, O. Sauer, G. Thielicke, E. Krone u. Cie, Schäffer u. Oehlmann, O. Schlüter, Schmädicke Nachf. R. Krüger, G. H. Speck, E. Stabenow.

Die Unterzeichneten erklären die von den ausständigen Formern und Arbeitern unter dem 4. Mai cr. gestellten Forderungen:

1. Bezahlung der gesperrten 2 bis 3 Tage,
2. Anerkennung des 1. Mai als Arbeiterfeiertag durch Arbeitsruhe,
3. Regelung der Einstellung von Formern und Arbeitern nur durch die Lohnkommission des Metallarbeiter-Verbandes

für **durchaus unberechtigt** und lehnen sämmtliche Forderungen hierdurch ab.

Ferner erklären die Unterzeichneten, daß sie die Feiernden nur in dem Falle und bei eintretendem Bedarf wieder einstellen werden, wenn seitens derselben bedingungslos die von diesen ausgeübte Sperre über die vorgenannten Betriebe gleichzeitig aufgehoben wird.

Sollte die Aufhebung der Sperre bis zum 18. cr. nicht erklärt sein, so erklären die vorerwähnten Firmen, bis auf weiteres keinen der Feiernden einzustellen, während die übrigen 181 Firmen, welche zum Verbande gehören, sich ebenfalls verpflichten, keinen der jetzt Streikenden zu beschäftigen. Folgt die Unterschrift der schon vorher genannten Firmen.

Vertrauens-Kommission des Verbandes Berliner Metall-Industrieller.

Fritz Kühnemann, königl. Kommerzienrath, i. F.: Röffemann u. Kühnemann. — Ernst Behrens, i. F.: „Cyklop", Mehlis u. Behrens. — Isidor Löwe, i. F.: Ludwig Löwe u. Cie. — Dr. jur. E. Lachmann, i. F.: Neue Berliner Messingwerke W. Borchert jun. — Ernst Borsig, i. F.: A. Borsig und Borsig's Eisenwerk. — R. Henneberg, königl. Kommerzienrath, i. F.: Rietschel u. Henneberg. — Generaldirektor E. Rathenau, i. F.: Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft. — Direktor H. Krätke, i. F. Aktiengesellschaft vorm. Spinn u. Sohn. — Paul Heckmann, i. F.: C. Heckmann. — E. Kaselowsky, königl. Kommerzienrath, i. F.: Aktiengesellschaft, vormals L. Schwarzkopff. — R. Pintsch, königl. Kommerzienrath, i. F.: Julius Pintsch. — Direktor E. Kohlert, i. F.: Aktiengesellschaft H. F. Eckert. — F. Gebauer, Fabrikbesitzer, i. F.: F. Gebauer, Charlottenburg. — Paul Hoppe, i. F.: C. Hoppe.

Die Former und Gießerei-Arbeiter haben bereits an demselben Tage die Antwort darauf gegeben. Wie in der am 15. stattgefundenen Versammlung festgestellt wurde, hat dieses Plakat das Gegentheil dessen erzielt, was wohl eigentlich dadurch beabsichtigt worden ist. Der staunenden Mitwelt wird verkündet, daß die Forderungen der Arbeiter durchaus unberechtigt sind, und deshalb abgelehnt werden. Die stolzen Herren „Kühnemänner" sind zu dieser Einsicht 6 Wochen zu spät gekommen, die Arbeiter wissen dies bereits seit dem 1. Mai — und früher. Das Schrecklichste ist jedenfalls die Drohung, sofern die Aufhebung der Sperre bis zum 18. cr. nicht erfolgt ist, werde keiner der jetzt Streikenden „bis auf weiteres" in den gesperrten Werkstätten als auch in den übrigen 181 Firmen beschäftigt. Das sind doch schon zu „alte Kamellen", Herr Kühnemann. Das ist ja heute bereits der Fall, denn seit dem 1. Mai zirkuliren ja in allen Verbandswerkstätten die schwarzen Listen.

Aus dem ganzen Anschlag spricht die helle Verlegenheit. Die paar Mann, die einzelne Gießereien nach 1½ Monaten endlich aufgetrieben haben, sind garnicht in der Lage, den Anforderungen zu genügen.

Die kleinen Gießereien stocken im Betrieb und gehen ihrer Lieferungen verlustig.

Die großen Gießereien machen dabei ihren Profit. Daran wird auch durch die Thatsache nichts geändert, daß die „Großen" in einer Anwandlung von zärtlichem Wohlwollen für die „Kleinen", ihren Einfluß geltend zu machen versuchen, um den Kredit derselben bei den Metalllieferanten zu erhöhen.

Die Situation ist nach alledem eine außerordentlich günstige. Die Streikenden sind nicht gewillt, auch nur ein Jota ihrer Forderungen abzulassen, vielmehr nahm die überaus stark besuchte Versammlung der Former und Gießerei-Arbeiter einstimmig folgende Resolution an:

In anbetracht des rigorosen Vorgehens der Metallindustriellen erklären die heute, am 15. Juni versammelten streikenden Former und Gießerei-Arbeiter mit Zustimmung ihrer nichtstreikenden Kollegen, daß sie nunmehr ihre Forderungen ausdehnen auf die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und 10 pCt. Lohn- und Verdienstzuschlag. Sie verpflichten sich, nur unter dieser Bedingung durch die Kommission zu verhandeln. Die zur Zeit nichtstreikenden Kollegen werden zu geeigneter Zeit den Metallindustriellen die Antwort auf das Pamphlet geben.

Alle Fälle, in denen die Kollegen angehalten werden sollen, Arbeiten für gesperrte Firmen zu liefern, sind sofort der Kommission, Skalitzerstr. 11, anzuzeigen.

Kollegen! Der Kampf geht weiter! An Euch ist es, die Ausständigen, die bisher tapfer ausgehalten haben, in jeder Weise wirksam zu unterstützen. Sorgt deswegen dafür, daß die Sammlungen zum Unterstützungsfonds in allen Werkstätten in energischer Weise durchgeführt werden. Montag, den 22. Juni, findet im Feenpalast eine Metallarbeiter-Versammlung statt, welche sich mit den weiteren Maßnahmen zu beschäftigen haben wird.

Haltet den Zuzug fern und unterstützt Eure Kollegen.

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter: Otto Raether, N., Auklamerstr. 44.

Der Zuzug von Hutarbeitern und -Arbeiterinnen nach Berlin ist streng fernzuhalten. — Die Sammellisten 669, 670 und 671 sind verloren gegangen. Wir bitten, dieselben an uns abzuliefern. Die Lohnkommission.

Achtung, Putzer! Der Bauunternehmer Müller hatte in der Möckernstr. 92 die Putzarbeiten an den Putzer Lünow übertragen, der gleichzeitig die Lieferung des nöthigen Rüstzeuges übernommen hat. Als nun zwei Kollegen um Arbeit anfragten, wurde ihnen durch einen schon anwesenden Kollegen eröffnet, anfangen könnten sie, doch würde die Löhnung erst in der zweiten Woche erfolgen. Als die Arbeiter eine Sicherung des Arbeitslohnes forderten, erhielten sie die Antwort, daß sie sich alsdann mit ihren Lohnforderungen an den Putzer Lünow zu halten hätten. Der Bauunternehmer Müller ließ sich zu keiner Sicherung des Arbeitslohnes herbei und erklärte, die Putzer hätten sich nur an Herrn Lünow zu halten. Daß auf diese Weise es die Kollegen vorzogen, nicht anzufangen, ist begreiflich. Die unterzeichnete Lohnkommission warnt deshalb alle Kollegen, auf diese Bedingungen, welche den aufgestellten Forderungen nicht entsprechen, einzugehen, und ersucht, den Bau als gesperrt zu betrachten. Der Putzer Lünow ist als früherer Bauunternehmer bei der Orts-Krankenkasse der Maurer als insolvent bezeichnet. — Die Lohnkommission der Putzer Berlins und der Umgegend.

Die Differenzen in der Küchenmöbelfabrik, von F. König, Neu-Weißensee, Generalstr. 92, sind durch gegenseitige Vereinbarungen beigelegt und somit die Sperre aufgehoben.

Zur Buchdruckerbewegung. In Bielefeld nahm eine stark besuchte Verbandsversammlung einstimmig — bei 4 Stimmenthaltungen — eine Resolution an, in welcher die Tarifgemeinschaft, insbesondere die fünfjährige Dauer des Tarifs, abgelehnt und der Gehilfenvertreter aufgefordert wird, sein Mandat niederzulegen. Ferner wurde zwar bedauert, daß der Redakteur Gasch erst so spät mit seiner Agitation gegen die Tarifgemeinschaft hervorgetreten sei, jedoch erklärte sich die Versammlung mit der jetzigen Haltung des „Correspondent" vollkommen einverstanden.

Die Frankfurter Buchdrucker faßten folgende Resolution: „Die heutige Versammlung des Bezirks Frankfurt erkennt die Resultate der Tarifverhandlungen an, soweit sie sich auf Arbeitsverkürzung und materielle Besserstellung beziehen, erblickt aber in der fünfjährigen Giltigkeitsdauer und langen Kündigungsfrist einen bedeutenden Nachtheil für die deutsche Kollegenschaft und stellt deshalb beim Zentralvorstand den Antrag auf Urabstimmung über diese Frage. Weiter erklärte die Versammlung sich mit der Schreibweise des „Correspondent" und dem Verhalten des Kollegen Gasch vollständig einverstanden, ist dabei aber der Meinung, daß nunmehr von beiden Seiten, Hauptvorstand und Redaktion des „Correspondent", der Weg friedlicher dauernder Verständigung gesucht werden muß und beide Theile künftig wieder einig zum Wohle des Verbandes sich bethätigen."

In einer allgemeinen Versammlung der Mainzer Buchdrucker wurde am 14. Juni nach einem Referate des Herrn Dominé aus Frankfurt eine Resolution, welche die Tarifgemeinschaft verwarf, abgelehnt und mit Mehrheit folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Buchdruckerversammlung erkennt die Thätigkeit der Gehilfenvertreter an, bedauert jedoch, daß trotz der großen Bemühungen derselben nicht mehr erreicht worden ist, verlangt aber jetzt auch von dem Prinzipalverein, daß derselbe Sorge trägt, daß seine Mitglieder den auf dessen Generalversammlung angenommenen Tarif unverzüglich einführen. Ferner verlangt die Versammlung von der Generalversammlung des Verbandes der Buchdruckergehilfen die Ablehnung der Dauer des Tarifes auf fünf Jahre und verzichtet lieber auf Schaffung eines Tarifamtes, dessen Thätigkeit sie im Interesse der Verallgemeinerung des Tarifes keineswegs verkennt."

Eine in Zwickau am 13. Juni abgehaltene Mitgliederversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker nahm nach lebhafter Debatte folgende Resolution an: „Die heutige Versammlung der Zwickauer Einzelmitglieder des Verbandes der deutschen Buchdrucker erklärt sich ganz entschieden gegen die Berliner Tarifabmachungen und besonders gegen die fünfjährige Tarifgemeinschaft, hierbei gleichzeitig den Gehilfenvertretern ihre schärfste Mißbilligung ausdrückend, weil selbige den Willen der Gehilfenschaft nicht respektirt haben. Die Versammlung spricht weiter ihr tiefstes Bedauern darüber aus, daß die außersächsischen Gehilfenvertreter auf Verlangen der Kollegen ihrer Kreise ihre Mandate nicht niederlegten, ferner erklärt sich die Versammlung mit den Maßnahmen des Zentralvorstandes im Einvernehmen mit den Gauvorständen nicht einverstanden und erwartet, daß die demnächstige außerordentliche Generalversammlung hierin endgiltig Wandel schaffen wird, um Wiederholungen vorzubeugen. Dem Kollegen Gasch drückt sie für sein mannhaftes Auftreten ihre Sympathie aus.

Zur Buchdruckerbewegung in Deutschland nehmen nun auch die in der Schweiz beschäftigten Buchdrucker deutscher Nationalität Stellung. In einer Versammlung deutscher Buchdrucker in Zürich, in der die Vorgänge in der deutschen Buchdruckerschaft zur Sprache kamen, wurde gegen die Tarifabmachungen Stellung genommen und Herrn Gasch ein Vertrauensvotum ausgestellt. Das Verbandsorgan des schweizerischen Typographenbundes, die „Helvetische Typographia", stellt sich entschieden auf Seite des „Correspondent" und warnt unter Hinweis auf deutsche Vorkommnisse die schweizerischen Buchdruckergehilfen vor Annahme eines schweizerischen Normaltarifs, einer sogenannten schweizerischen „Tarifgemeinschaft" aufs eindringlichste.

Setzerstreik in Bockwa (Zwickau). Seit Montag früh ist das gesammte Setzer- und Druckerpersonal der Papierwaaren-Fabrik Bockwa (Druckerei des „General-Anzeiger") ausständig.

Die Brandenburger Steinsetzmeister setzen alle Hebel in Bewegung, um Streikbrecher heranzuziehen; bis jetzt ist zum Glück aber nur ein Mann sitzen geblieben, dessen Arbeit dazu regelmäßig wieder aufgebrochen werden muß. Trotzdem aber ist es dringend geboten, streng auf Fernhaltung des Zuzuges zu achten, da bereits sehr viel Geld für Zugereiste ausgegeben werden mußte. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Die Zwickauer Maurer beschlossen gestern, noch diese Woche den Meistern die Forderung der 10½stündigen Arbeitszeit pro Tag vorzulegen und auch einen das Akkordsystem regelnden Tarif auszuarbeiten. Gegen mehrere Maurer und Zimmerer ist die Untersuchung wegen „Verrufserklärung" (Verstoß gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung) eingeleitet worden.

Der Streik in der Bürstenfabrik von Peusberger in München dürfte bald beigelegt sein. Der Fabrikant sträubt sich noch, den Polirerinnen die verlangten Lohnaufbesserungen zu bewilligen. Die männlichen Arbeiter wollen aber nicht eher zur Arbeit zurückkehren, als bis auch ihren Kolleginnen, die während des Streiks so treu zu ihnen gestanden, alle Forderungen bewilligt sind.

Der Müncheuer Böttcherstreik ist zwar beendet, doch sind noch 180 Gehilfen außer Arbeit. Obwohl die Meister in ihrer Zuschrift an die Streikenden versprochen haben, von Maßregelungen abzusehen, scheint es doch, daß ein Theil, namentlich der älteren Arbeiter, von den Meistern auf die schwarze Liste gesetzt worden ist. Zuzug von Böttchern ist daher immer noch fern zu halten.

Von den 200 Arbeitern der Seidenfabrik Henneberg in Zürich hatten, dem Berner „Bund" zufolge, am Sonntag 194 beschlossen, gestern die Arbeit niederzulegen, wenn nicht die zehnstündige Arbeitszeit bewilligt und die zwei mit Hilfe der Polizei aus der Fabrik entfernten Agitatoren wieder eingestellt würden.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Hamburg, 16. Juni. (W. T. B.) Das Landgericht verurtheilte den Bauunternehmer Classen, der wegen wiederholter Untreue und Hehlerei angeklagt war, zu 9 Monaten Gefängniß.

Bremen, 16. Juni. (W. T. B.) Der frühere Redakteur und Geschäftsführer der „Bürgerzeitung" Gottlieb wurde heute vom Schwurgerichte wegen betrügerischen Bankrotts zu 1 Jahr und 5 Monaten Zuchthaus und zu zweijährigem Ehrverlust verurtheilt.

Madrid, 16. Juni. Heute wurde das Bureau der Kammer gebildet. Pidal wurde mit 282 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Die Karlisten weigerten sich, den Abgeordneteneid zu leisten.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder, Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 139. Mittwoch, den 17. Juni 1896. 13. Jahrg.

Reichstag.

106. Sitzung vom 16. Juni, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Bronsart v. Schellendorff, Graf Posadowsky, v. Stephan.

Den Vorsitz führt heute Vizepräsident Schmidt-Elberfeld.

Die zweite Berathung des Nachtragsetats wird fortgesetzt und zwar bei den Ausgaben für das Reichsheer.

Die Forderungen werden meist ohne Debatte genehmigt.

Gestrichen wird entsprechend dem Antrage der Kommission die Forderung für eine Artilleriekaserne in Itzehoe. Bezüglich einer Infanteriekaserne in Wiesbaden beantragt die Kommission ebenfalls die Streichung, während Abg. Lieber (Z.) die Bewilligung beantragt.

Die Forderung für Wiesbaden wird nach längerer Debatte bewilligt. Für eine Kavalleriekaserne in Darmstadt werden 180 000 M. bewilligt.

Bei der Forderung für eine Infanteriekaserne in St. Avold tritt Abg. **Colbus** (Elsaß-Lothringer) für die Verlegung einer Garnison nach Forbach ein.

Die Ausgabe für St. Avold wird nach einigen unwesentlichen Reden genehmigt.

Im württembergischen Etat beantragt Abg. **Rembold** (Z.) von den verlangten 600 000 M. 229 000 M. zu streichen und auf den Erweiterungsbau eines Barackenkasernements auf dem Festungswerk Wilhelmsburg zu Ulm zu verzichten und ein Bataillon Infanterie anderweitig unterzubringen. Redner empfiehlt besonders die Unterbringung eines Bataillons in Weingarten.

Geheimer Kriegsrath **v. Horion** widerspricht dem Antrage.

Der Titel wird nach einigen Bemerkungen der Abgg. Lieber und Gröber genehmigt.

Im übrigen werden die Forderungen des Militäretats ohne Debatte genehmigt; ebenso ohne Debatte die Summe von 1 288 000 M. zur Herstellung einer vierten Telegraphenverbindung zwischen Deutschland und England und die Forderung von 50 000 M. zur Erweiterung des Bahnhofes in Groß-Hettingen.

Zur Deckung des Nachtragsetats soll eine Anleihe von 8 805 564 M. aufgenommen werden.

Die Abgg. v. Leipziger u. Gen. beantragen, diese Anleihe nur insoweit aufzunehmen, als der Bedarf nicht durch Mehrerträge bei den außer den Matrikularbeiträgen zur Reichskasse fließenden regelmäßigen Einnahmen seine Deckung findet.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** spricht sich gegen den Antrag aus.

Abg. **v. Leipziger** (f.) empfiehlt trotzdem den Antrag.

Nachdem Abg. **Lieber** (Z.) den Antrag ebenfalls empfohlen, wird derselbe angenommen und mit ihm das Etats- und Anleihegesetz.

Der zweite Nachtragsetat (betreffend einige Etatsüberschreitungen beim Artillerie- und Waffenwesen) wird ohne Debatte erster und zweiter Lesung erledigt.

Es folgt die dritte Berathung der Uebersicht der Reichs-Ausgaben und Einnahmen für 1894/95.

Auf eine Anregung des Abg. v. Gültlingen (Rp.), daß den Unteroffizieren nach zwölfjähriger Dienstzeit die Prämie gewährt werden soll, erklärt Generallieutenant **v. Falkenhausen**, daß die Unteroffizier-Dienstprämien gezahlt werden, wenn die Unteroffiziere aus dem Dienste ausscheiden, um ihnen den Uebergang in das bürgerliche Leben zu erleichten. Es liege nicht im Interesse der Heeresverwaltung, die Unteroffiziere über 12 Jahre hinaus im Dienste zu behalten.

Vorbehaltlich der Rechnungslegung werden in der dritten Lesung die außeretatsmäßigen Ausgaben und Etatsüberschreitungen nachträglich genehmigt.

In bezug auf die allgemeine Rechnung für 1894/95 wird in dritter Lesung Entlastung ertheilt.

Darauf wird in dritter Berathung der Gesetzentwurf enthaltend Aenderungen des Gesetzes betreffend die Friedenspräsenzstärke endgiltig genehmigt.

Vor der nunmehr auf der Tagesordnung stehenden Gesammtabstimmung über die Novelle zur Gewerbe-Ordnung werden erst einige Petitionen berathen.

Verschiedene Petitionen betreffend den Befähigungsnachweis für das Baugewerbe sollen der Regierung als Material für die Gesetzgebung überwiesen werden.

Abg. **Fischbeck** (frs. Vp.) beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. **Bouvit** (frs. Vg.) spricht sich gegen den Befähigungsnachweis aus, während Abg. **Euler** (Z.) dafür eintritt.

Damit schließt die Debatte. Vor der Abstimmung bezweifelt Abg. **Fischbeck** die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Abg. **v. Bennigsen** beantragt, den Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen.

Auch bezüglich dieser Abstimmung bezweifelt Abg. **Fischbeck** die Beschlußfähigkeit des Hauses. (Große Unruhe.)

Es wird der Namensaufruf vollzogen, welcher die Anwesenheit von 176 Mitgliedern ergiebt; das Haus ist also nicht beschlußfähig, die Verhandlung muß abgebrochen werden.

Schluß gegen 5 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Jesuitenantrag des Zentrums; Antrag wegen des Vereins- und Versammlungsrechts, Gesetz betreffend die Schutztruppe und Nachtragsetat.)

Der Anregung des Abg. Gamp, den Antrag der Reichspartei wegen der Pfandbriefe auf die Tagesordnung zu setzen, giebt der Präsident keine Folge, dagegen setzt er die 2. Lesung des Depotgesetzes auf Anregung des Abg. Grafen Oriola und verschiedener anderer Abgeordneten auf die Tagesordnung.

Parlamentarisches.

Vereinsnothgesetz. Als Abänderungsanträge zur dritten Berathung des Gesetzentwurfs betr. das Vereins- und Versammlungswesen ist dem Reichstag vom Abg. Bassermann und Genossen das Vereinsnothgesetz in folgender Fassung zugegangen: Der Reichstag wolle beschließen: anstelle des in zweiter Lesung beschlossenen Textes des Gesetzentwurfs zu beschließen: 1. Einziger Artikel. Inländische Vereine jeder Art dürfen miteinander in Verbindung treten. Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben. 2. In der Ueberschrift die Worte: „Vereins- und Versammlungswesen“ zu ersetzen durch das Wort: „Vereinswesen.“

Lokales.

Aus den Kreisen der Gewerbegerichts-Beisitzer ist uns gegenüber vielfach der Wunsch geäußert worden, daß die Berichterstattung über ihre Thätigkeit beim Gewerbegericht nur in der Form einer Rechtsbelehrung geschehen möge und die Besprechung interner Angelegenheiten gänzlich vermieden werde. Wir können uns diesem Wunsch nur anschließen und glauben, daß wohl im allgemeinen dieser Standpunkt gewahrt wurde. Da, wo einige Abschweifungen vorgekommen sind, wird der Prozeß Wegener unseren Genossen eine Warnung gewesen sein. Es entspricht auch nur unserer Auffassung vom Wesen der Rechtsprechung, wenn die von Arbeitern gewählten Richter auch den Schein meiden, daß sie unzulässigen Einflüssen unterliegen. Es kann deshalb nicht gefordert werden, daß sie über ihre Rechtsprechung in einzelnen Fällen Rechenschaft ablegen, sondern sie haben ein Gesammtbild der Thätigkeit am Gewerbegericht zu entwerfen.

Die Parteigenossen im dritten Reichstags-Wahlkreise werden ganz besonders auf die am Donnerstag, abends 9 Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstr. 20/22, stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht, in welcher Reichstags-Abgeordneter Vogtherr über die Handlungsgehilfen und die neueste Gesetzgebung sprechen wird.

Die Zentralmeldestelle für Wohlthätigkeitspflege, die die städtische Stiftungsdeputation eingerichtet hat, wird ihre Thätigkeit am 1. Juli beginnen. Sie wird von Vereinen, Stiftungen, Anstalten und Behörden, welche Unterstützungen vertheilen, Nachricht über Unterstützte erhalten und ihrerseits Auskunft über Unterstützungssuchende geben. Die meisten in betracht kommenden Vereine u. s. w. sollen sich der Zentralstelle angeschlossen haben, während die übrigen sich noch abwartend oder ablehnend verhalten. Ob damit die seit langem angestrebte Zentralisation der Wohlthätigkeit gesichert ist, möchten wir zunächst noch bezweifeln. Wir haben zu der Frage bereits früher Stellung genommen. Heute gestatte man uns einen kleinen Rückblick auf die Bestrebungen, die Wohlthätigkeit zu zentralisiren, die in Berlin nicht neu sind. Die königliche Kabinetsordre vom 8. Mai 1819, die die Armenverwaltung der Kommune übergab, schrieb vor, daß das noch zu entwerfende Geschäftsregulativ bestimmen soll, wie die von der Armenverwaltung unabhängigen öffentlichen Armenanstalten und privaten Wohlthätigkeitsvereine mit der städtischen Armendirektion in Verbindung zu setzen seien: „Jedenfalls sollen die Vorsteher jener Anstalten und Vereine gehalten sein, sich solchen Einrichtungen zu unterziehen, daß die Armendirektion von den durch dieselben bewirkten Unterstützungen in ununterbrochener Kenntniß bleibe.“ Demgemäß wurde eine entsprechende Bestimmung in die Armenordnung aufgenommen, aber die Armendirektion hat von der ihr ertheilten Ermächtigung niemals rechten Gebrauch machen können. In dem von den städtischen Behörden herausgegebenen großen „Bericht über die Verwaltung der Stadt Berlin in den Jahren 1829—40“ wird geklagt, daß nur wenige Vereine Listen der Unterstützten eingereicht hätten, und in den Berichten über 1841—50 und 1851—60 findet sich dieselbe Klage. Zur Beleuchtung der Gründe, aus denen die Zentralisation der Wohlthätigkeit gewünscht wurde, dient folgende Stelle im Bericht über 1829—40: „Es ist zum öfteren und in der neueren Zeit auch in den öffentlichen Blättern zur Sprache gebracht, ob und inwiefern die Menge der sich hier gebildeten Wohlthätigkeitsvereine nicht auch Nachtheil mit sich führt. . . . Wir können im Grunde dem nichts entgegensetzen, wenn angeführt wird, daß durch die Vereine oftmals neue Arten von Ansprüchen hervorgerufen würden, indem, wenn die Mittel nicht weiter ausreichen, bei der sich unterdessen gebildeten Gewohnheit, derartige Bedürfnisse befriedigt zu sehen, der Kommunal-Armenfonds zuletzt herhalten müsse.“ Durch die Vereine, heißt es weiter, würden die Armen verwöhnt, ein anderer Begriff als der gesetzliche über Armuth gebildet, die Spenden zersplittert u. s. w. Genau dieselben Gründe werden noch heute für den Anschluß der Privatwohlthätigkeit an die kommunale Armenpflege angeführt. Die Vereine stöbern eben noch manche Noth auf, für die die Armenverwaltung weder Auge noch Ohr hat; aber sie wissen meist nicht, woher sie das Geld nehmen sollen, um all das Elend zu lindern. Mehrere haben deshalb das Prinzip, das neuerdings immer mehr Anklang findet, den Begriff „bedürftig“ nach den verfügbaren Mitteln zu bestimmen. Vielleicht wird die Zentralstelle diesem Radikalmittel, die Noth zu „beseitigen“, noch weitere Verbreitung verschaffen. Das dürfte ihr Hauptzweck sein.

Zur unentgeltlichen Lieferung von Lehrmitteln an arme Gemeindeschulkinder hatte die Stadtverordneten-Versammlung im März eine Resolution gefaßt, in der der Magistrat ersucht wurde, das Bewilligungsrecht, das bisher den Schulkommissionen zustand, den Lehrerkollegien zu übertragen. Die Schulkommissions-Vorsteher haben in ihrer letzten Versammlung diese Resolution erörtert und sich einstimmig dahin ausgesprochen, daß die Bewilligung der Lehrmittel auch fernerhin den Schulkommissionen verbleiben solle. In der Debatte wurde von den Vertretern zweier Kommissionen ausgeführt, daß, wenn die Entscheidung den Rektoren und Lehrern übertragen würde, die für die Lehrmittel-Lieferung bestimmte Summe verdoppelt werden könnte; auch wurde von einer Kommission unter allseitiger Zustimmung verlangt, die Rektoren möchten „nur die absolut nothwendigen Bücher“ fordern. Diese Ausführungen lassen darauf schließen, daß zwischen den Lehrerkollegien und den Schulkommissionen eine starke Meinungsverschiedenheit über die Grenze der Bedürftigkeit und das Maß des Nothwendigen herrscht. Wir glauben, daß man in diesem Punkte sich besser auf das Urtheil der Lehrer verläßt; die Schulkommissionen dürften mehr, als sich mit den Interessen der Schule verträgt, darauf bedacht sein, daß die ausgeworfene Summe nicht ganz verbraucht wird. Für die Uebertragung des Bewilligungsrechtes an die Lehrer spricht auch der Umstand, daß bei dem bisherigen Verfahren mit seinem umständlichen Geschäftsgange die Bewilligung oft erst nach mehreren Wochen erfolgen kann. Von Lehrern ist darüber viel geklagt worden und sogar in der Vorsteherversammlung wurde es zugegeben. Die Entscheidung in dieser Sache ist übrigens noch nicht erfolgt; sie steht der Schuldeputation zu.

Mit welcher geradezu „affenartig“ schnellen Geschwindigkeit die hiesige Privatpost- und Spedition-Aktien-Gesellschaft Expreßbriefe zu befördern pflegt, dafür geht uns aus unserem Leserkreise ein Beispiel zu, welches verdient, der Vergessenheit entrissen zu werden. Am vergangenen Dienstag, nachdem die Anschlagssäulen und die bürgerlichen Blätter in fetter Schrift die Anzeige der Direktion gebracht hatten, daß „der gesammte Postbetrieb einschließlich des Expreßverkehrs wieder in vollem Umfange im Gange sei“, wurde in den am Hause Schillerstr. 1 (am Lützowplatz) angebrachten gelben Briefkasten für den Expreßverkehr, 10 Minuten vor 5 Uhr nachmittags ein nach Flensburgerstr. 8 (am Bahnhof Bellevue) gerichteter Expreßbrief gelegt, welcher bereits 5 Minuten vor ½9 Uhr nachmittags in den Besitz des Empfängers gelangte. Der Brief hatte somit — „nur“ 3½ Stunde Zeit für eine Strecke gebraucht, welche man per pedes bequem in 20 Minuten erreichen kann.

Würde es sich nicht empfehlen, wenn die Direktion anstatt der Aufschrift am Briefkasten: Abholung: An Werktagen 8 Uhr vormittags bis 9 Uhr nachmittags halbstündlich, Bestellung innerhalb einer Stunde, anbringen würde:

Abholung: Bei passender Gelegenheit, Bestellung: Garantie innerhalb 3 bis 4 Stunden?

Bezeichnend für den erbärmlichen Philistersinn des Berliner Bürgerthums ist die Hetze gegen die Radfahrer, die zur Zeit in fast allen Blättern getrieben wird. Vor einigen Monaten war die Polizei über den grünen Klee gelobt worden, weil sie die meisten Berliner Straßen endlich für den Radfahrverkehr freigegeben hatte. Dann fuhren die Radler in allen Straßen, und ganz selbstverständlich war es, daß nunmehr selten ein Tag verging, an dem nicht von irgend einer Kollision, die ein Fahrer mit einem Fußgänger hatte, berichtet werden konnte. Das war ebenso unvermeidlich, aber bei weitem gefahrloser, als die fast apathisch hingenommene Thatsache, daß tagtäglich Personen von Pferdebahnen und Lastfuhrwerken getödtet oder mindestens zum Krüppel gefahren werden. Aber die Radfahrkunst war neu im Straßenbilde, und was der Bauer nicht kennt, das ißt er nicht. Es dauerte nicht lange, bis jeder Schaden, den ein tölpelhafter Radler angerichtet hatte, in den Blättern zu einem heillosen Geschrei herhalten mußte, und gegenwärtig kann man fast in der ganzen Presse ein ebenso inbrünstiges, wie possirliches Flehen nach dem Schutze der Polizei vernehmen, die energisch gegen die „Radfahrer-Lümmel“ einschreiten müsse. Das ist der echte Reichsphilister: In allen seinen Thaten läßt er den Schutzmann rathen. Während ganz selbstverständlich die Polizei auch bei verzehnfachtem Eifer es kaum dem Philister wird recht machen können, benutzen wenigstens die Rowdies die gegenwärtige Preßhetze als Freibrief, um radfahrende Damen zuweilen auf die erbärmlichste Weise zu insultiren.

Vom preußischen Eisenbahnskandal. Zu ganz fürchterlichen Szenen kam es am Sonntag auf den Bahnhöfen der Vororte im Süd-Osten Berlins, besonders in Grünau und Johannisthal. Fast sämmtliche Züge waren überfüllt; jedoch wurde dieser Uebelstand bei der Hinfahrt noch mit einigem Humor ertragen. Als aber die Hoffnung, daß die Bahnverwaltung bei der Rückfahrt wenigstens dem ungeheuren Andrange mehr Rechnung tragen werde, getäuscht wurde, bemächtigte sich eines großen Theils des Publikums eine nichts weniger als friedliche Stimmung. Auf dem Bahnhof Johannisthal mußte die Menge von 10 Uhr abends bis ½2 Uhr früh warten, da die von Grünau kommenden Züge derartig überfüllt waren, daß sie in Johannisthal überhaupt nicht hielten. Als endlich ein leerer Zug anlangte, wurden die Wagen geradezu gestürmt, Frauen und Kinder zu Boden getreten. Mehrere Frauen wurden von rohen Patronen, die ja bei solchen Gelegenheiten nie fehlen, blutig geschlagen. Infolge dieses Kampfes um die Plätze zogen es viele Personen vor, den Weg nach Berlin zu Fuß anzutreten, wo sie zum theil früher ankamen, als ihre mit der Bahn fahrenden Angehörigen.

Bezeichnend für die Stellung der Behörden in dieser brennenden Frage ist eine Auslassung der amtlichen Berliner Korrespondenz, die nach der Meldung, daß der Minister die Eisenbahndirektionen angewiesen habe, schleunigst zu prüfen u. s. w., darauf hinauskommt, daß vorab die — Polizei helfen muß! Es müsse nämlich „groben Ausschreitungen, wie sie vorgekommen sind, nöthigenfalls mit Hilfe der örtlichen Polizei-Organe, mit Nachdruck entgegengetreten und die Strafverfolgung, soweit irgend thunlich sichergestellt werden.“ Das ist so echt preußisch gedacht, daß nur der verblüfft sein kann, der nicht weiß, nach welchem Rezept namentlich in den letzten 25 Friedensjahren in dem sogen. Staate der Intelligenz regiert worden ist.

Pferdebahn-Kuriosum. Die Neue Berliner Pferdebahn-Gesellschaft, die innerlich mit der Großen Berliner Pferdebahn vollständig verschmolzen ist, hat, wie man uns schreibt, auf ihrer Weißensee Linie eine Einrichtung getroffen, deren Zweck dem fahrenden Publikum vollständig unerforschlich bleibt und wahrscheinlich auch den Rechenkünstlern im Verwaltungsbureau der Gesellschaft als ein unlösbares Räthsel erscheint. Die Strecke von Weißensee bis zum Molkenmarkt hat nämlich zweierlei Preise, zweierlei Theilstrecken und demgemäß auch zweierlei Fahrscheine, je nachdem, ob man zur Fahrt einen großen oder einen kleinen Wagen benutzt. Die eine Art von Wagen hat nämlich Theilstrecken von 10 und 15 Pf., die andere Art nur Theilstrecken à 10 Pf. In großen Wagen zahlt man 15 Pf. für eine Tour, welche beim kleinen Wagen 20 Pf. kostet. Die 15 Pfennig-Tour ist dem Publikum meist sehr gelegen, weil sie das nothwendige Mittelglied bildet. Merkwürdig bleibt es aber, daß das, was auf dem einen Wagen möglich ist, auf dem anderen Wagen zu den Unmöglichkeiten gehört.

Die Direktion der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn-Gesellschaft hat dem Magistrat gegenüber die Erklärung abgegeben, bis zum 1. Oktober 1897 den elektrischen Betrieb herzustellen. Voraussichtlich wird der Verkehr durch Akkumulatorenwagen bewerkstelligt werden.

Die Polizei in Bordeaux hat den „B. N. N.“ zufolge Befehl erhalten, nach den Abzügen des Friedmann'schen Buches zu recherchiren, die nach Bordeaux geschickt waren. Eine Haussuchung hat in der Wohnung der Merten stattgefunden, jedoch ohne Ergebniß. Man vermuthet, daß weitere Haussuchungen in den Wohnungen zweier deutscher „Unterthanen“, die in Bordeaux ansässig und die während Friedmann's Aufenthalt im Fort du Hâ lebhaftes Interesse an ihm genommen haben, angeordnet worden sind. — Friedmann wird sich freuen, daß auf solche Weise für sein Buch Reklame gemacht wird.

Pferdefleischwurst versendet, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ berichtet, ein „Fabrikant“ in der Manteuffelstr. 13, der mit Dampfkraft arbeitet, in großen Quantitäten besonders an Bahnhofs-Restaurants. Das Blatt fügt hinzu: Zweifellos würden letztere die Wurst nicht bestellen und annehmen, wenn sie wüßten, daß die Wurst aus Pferdefleisch hergestellt ist. Dieser Irrthum der Bahnhofs-Restaurateure ist um so erklärlicher, als der Lieferant in der Manteuffelstraße im Adreßbuch nicht als Pferdeschlächter, sondern einfach als Wurstfabrikant aufgeführt ist. Gegen solche Täuschung muß das Publikum, das auch in Berlin fortgesetzt in dieser Hinsicht getäuscht wird, geschützt werden — jede Pferdefleischwurst muß also jedem Laien kenntlich gemacht werden. Es könnte dies leicht geschehen, wenn das Polizeipräsidium eine Verordnung erlassen würde, daß jede Pferdefleischwurst mit einem farbigen Bindfaden abgebunden werden muß.

Die Gemeindevertretung von Groß-Lichterfelde hat endgiltig beschlossen, eine Schwemmkanalisation einzuführen.

Frauenkrieg. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich am letzten Sonnabend im Passage-Panoptikum. Zwei Dahomeymädchen geriethen mit einander ist Streit, wobei sie gewohnter Weise zu den Waffen griffen und die eine von ihnen — Jelly — der anderen, Meßi, die Spitze des Bajonetts durch das linke Bein stieß. Die letztere befindet sich in ärztlicher Behandlung, irgend eine Gefahr ist nach Aussage des Arztes nicht vorhanden. Infolge dieses Vorfalls hat die Direktion des Passage-Panoptikums angeordnet, daß sämmtliche Bajonette der Dahomeytruppe stumpf geschliffen werden.

Bei dem Krieg im Frieden, der sich am Sonnabend auf dem Tempelhofer Felde abspielte, ging es, wie der „Berl. Abendpost“ nachträglich gemeldet wird, ohne Unfälle wieder nicht ab. An der Ecke der Haide hatte sich von dem vielen Regen ein mehrere hundert Meter langer See gebildet, auf den bei den Attacken keine Rücksicht genommen wurde. Diesen hatten die Garde-Kürassiere in der Karriere zu durchreiten und mehrere Reiter und Pferde bleiben in dem Wasser liegen; von den Thieren sah man anfangs nur die Köpfe und von den Kürassieren die Helmspitzen. Es lag die Gefahr des Ertrinkens nahe. Mit Mühe arbeiteten sich die Mannschaften unter den Pferden hervor und suchten sich im Wasser aufzurichten, das ihnen bis an den

Leib reichte, und hatten dann noch die große Anstrengung, die Pferde wieder auf die Beine zu bringen. Säbel und Lanzen blieben einstweilen auf dem Grunde liegen.

Selbstmord hat ein früherer Millionär Namens v. Lange in seiner Wohnung, Bernburgerstr. 34, verübt. Der Mann schoß sich am Sonnabend eine Kugel in die Schläfe, wodurch er tags darauf in einem Krankenhause starb.

In einem Anfalle von Geistesgestörtheit hat am Montag Nachmittag die 48 Jahre alte Frau des Arbeiters Diederich aus der Kleinen Andreasstraße Nr. 7 Hand an sich gelegt. Ihre Schwiegertochter fand sie gegen 2 Uhr in der Wohnung erhängt als Leiche auf.

Unter Anzeichen von Vergiftung wurde Dienstag früh das Hausmädchen Valeska Hein aus einem Gasthofe am Potsdamer Platze in ein Krankenhaus gebracht. Bei seiner Einlieferung um 2 Uhr morgens gab das Mädchen an, es habe in einer Apotheke für 50 Pfennige ein Mittel gegen Zahnkrämpfe gekauft und davon einen großen Schluck genommen. Heute Vormittag war die Kranke in Schlaf verfallen und nicht vernehmungsfähig. Man hat daher noch nicht feststellen können, was es mit diesem Mittel und seinem Zusammenhange mit der Vergiftung auf sich hat.

Durch Sturz aus dem Fenster tödtete sich Montag Nachmittag der in der Waßmannstraße Nr. 8 wohnende Gürtler Reinhardt. Der vierzigjährige Mann, der schon seit längerer Zeit kopfleidend war, verfiel gestern Nachmittag plötzlich in Verfolgungswahn.

Die Gerichtsstraße von der Kolbergerstraße, ausschließlich Kreuzdamm, bis zur Pankstraße, ausschließlich Kreuzdamm, die Charlottenburger Chaussee von der Siegesallee bis zum Platz vor dem Brandenburger Thor ausschließlich der Kreuzung der Siegesallee, die Büschingstraße von der Mehnerstraße bis zur Barnimstraße einschließlich der Verbindungsstraße am Büschingplatz und die Kl. Rosenthalerstraße von der Linienstraße bis zur Mulackstraße einschließlich des Kreuzdammes werden wegen Asphaltirung bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Ein roher Bubenstreich ist in der Nacht zum Montag in Treptow verübt worden. In der Neuen Krugallee in dem Hause des Restaurants Neu-Tivoli wohnen die in der „Welt-Musik" angestellten Münchnerinnen sowie die Mitglieder einer im Vergnügungspark der Ausstellung konzertirenden Kapelle. Kurz nach 12 Uhr fielen in der erwähnten Nacht hintereinander mehrere Revolverschüsse, deren Kugeln in der Nähe der Fenster, welche zu den Schlafräumen der Münchnerinnen gehören, einschlugen. Eine sofort vorgenommene Untersuchung ergab leider kein Resultat.

Aus dem Polizeibericht vom 16. Juni. Am Montag Morgen wurden der 78 Jahre alte geistesschwache Dachdeckermeister Karl L. in der Wohnung seines Sohnes, und nachmittags die ebenfalls geisteskranke 47jährige verehelichte Auguste D. in ihrer Wohnung erhängt aufgefunden. — Durch einen aus einem Fenster des Hauses Koppenstr. 9 herabfallenden Tassenkopf wurde der Maurer August Fischer aus Fredersdorf am Kopfe arg verletzt. Es konnte bisher nicht ermittelt werden, von wem die Tasse hinabgeworfen worden ist. — Mittags stürzte die von ihrer 13jährigen Schwester beaufsichtigte 3jährige Tochter des im 2. Stocke des Hauses Brunnenstr. 28 wohnenden Weißgerbers Striem aus dem offenen Küchenfenster auf den Hof hinab, erlitt jedoch außer einer leichten Verletzung am Kopfe nur eine Verstauchung des rechten Fußes. Das Kind wurde nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht. — An der Jannowitz-Brücke wurde nachmittags durch eine übermäßig schnell fahrende Droschke die 77 Jahre alte Wittwe Christian nebst ihren beiden kleinen Enkeln umgestoßen und leicht verletzt. — Abends geriethen in der Alexanderstraße die Arbeiter Max Wemuth und Adolf Bartsch unter die Räder eines von dem Kutscher Gustav Mücke geführten übermäßig schnell fahrenden Arbeitswagens. Hierbei erlitt Wemuth eine leichte Verletzung an den Unterschenkeln, Bartsch dagegen eine schwere Quetschung des linken Fußes. — Beim Besteigen seiner Droschke fiel in der Großbeerenstraße der Kutscher Hermann Künzel durch das zu frühe Anziehen des Pferdes hin, wurde überfahren und an beiden Beinen schwer gequetscht, daß er in die Unfallstation in der Wilhelmstraße gebracht werden mußte. — Heute Nacht fiel der 35jährige Arbeiter Friedrich Olschewski im Hause Elsasserstr. 6, in das er sich in der Trunkenheit verirrt hatte, von der Treppe, zog sich dabei eine Verletzung am Hinterkopfe zu und blieb bewußtlos liegen. Durch einen Schutzmann wurde er nach der Sanitätswache in der Artilleriestraße gebracht, wo er sich bald so weit erholte, daß er sich nach seiner Wohnung begeben konnte. — Heute Vormittag gegen 11 Uhr stürzte der 20jährige Schuhmacher Franz Schwarze, der einem Klempner bei der Ausbesserung des Daches auf dem Hause Zimmerstr. 69 behilflich war, herab und starb auf der Stelle.

Witterungsübersicht vom 16. Juni 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeresflp.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0° C. = 4° R.)
Swinemünde	764	SO	2	heiter	21
Hamburg	762	OSO	5	wolkenlos	20
Berlin	762	SO	4	wolkenlos	21
Wiesbaden	759	NO	2	halb bedeckt	21
München	760	W	1	halb bedeckt	19
Wien	763	SO	3	wolkenlos	17
Haparanda	758	S	2	halb bedeckt	14
Petersburg	—	—	—	—	—
Cork	757	SW	2	Regen	16
Aberdeen	755	SSO	1	halb bedeckt	17
Paris	759	SSO	1	heiter	19

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 17. Juni 1896.
Zunächst noch heiteres, sehr warmes Wetter mit mäßigen südlichen Winden; nachher zunehmende Bewölkung und etwas Gewitterneigung. Berliner Wetterbureau.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Die Besucher der Ausstellung machen wir auf die Blumenhalle von J. C. Schmidt aufmerksam, welche sich am nördlichen Wandelgange gleich hinter dem Pavillon des „Lokal-Anzeigers" befindet. Außer schön arrangirten Blumen befinden sich in derselben eine Reihe von Stereoskopen. In diesen Apparaten befinden sich, wie man ohne weiteres sehen kann, je zwei Bilder ein und desselben Gegenstandes, welche jedoch bei näherem Zusehen kleine Abweichungen von einander zeigen; die Bilder entsprechen eben denjenigen, welche von dem Gegenstande auf den Netzhäuten der beiden Augen entstehen würden. Kann man bewirken, daß jedes Auge auch nur eines dieser Bilder sieht, so ist zu erwarten, daß die beiden Eindrücke, wie beim Sehen wirklicher Körper, den Eindruck des Körperlichen hervorrufen. Nimmt man den frei auf dem Tische liegenden Apparat auf und hält ihn vor die Augen, so wird dies thatsächlich erreicht; denn vor jedem Auge befindet sich dann ein Glas, durch welches nur das vor ihm befindliche Bild im Auge abgebildet wird. Beim Durchsehen durch den einfachen Apparat ist man aufs höchste überrascht, statt der zwei einfachen Bilder, welche man soeben noch sah, einen Raum mit prachtvollen Blumen in plastischer Schärfe zu erblicken. So ist dort ein schönes Azaleenhaus zu sehen, ein Garten mit schönen Beeten und andere reizende, mit Blumen gefüllte Häuser und Plätze. Der Eintritt in die Halle steht jedem kostenlos frei, was auf der Berliner Gewerbe-Ausstellung, wo man auf Schritt und Tritt von neuem bezahlen soll, sehr merkwürdig ist; wir rathen unseren Lesern daher, falls sie die Ausstellung besuchen, an diesen zwar nicht ganz neuen, aber doch sehr schönen Apparaten nicht vorbeizugehen.

Ueber Schulgesundheitspflege sprach Professor Baginski vor einigen Tagen im Hörsaal in der Gewerbe-Ausstellung. Nach einer einleitenden geschichtlichen Betrachtung über die schulhygienischen Bestrebungen schilderte er kurz die Gefahren, welche die Schule für die Kinder mit sich bringen kann und häufig genug mit sich bringt, z. B. das Zusammenhäufen vieler Kinder in fehlerhaft geheizten und gelüfteten Räumen, die geistige Ueberbürdung bei ungeschickter Anordnung der Stundenpläne, wobei auch der Nachmittagsunterricht und der zu frühe Beginn der Lehrstunden eine Rolle spielen. Eingehender wandte sich der Vortragende dann einer bestimmten, durch die Schule verursachten Krankheit zu, der Verkrümmung des Rückgrats, welche so häufig bei Schulkindern zu finden ist. Er zeigte an einer Reihe von Bildern, wie das richtige Sitzen, namentlich während mehrerer Stunden, schon an sich eine nicht unerhebliche Muskelanstrengung erfordert, und wie dann beim Schreiben, besonders bei dem sogenannten Schönschreiben in schiefer Schrift, das Kind allmälig eine Haltung annimmt, in welcher das Rückgrat in eine ganz eigenthümlich gekrümmte Lage geräth. Als er dann die Bilder einiger Kinder mit Rückgratsverkrümmungen vorführte, war der Zusammenhang zwischen der schlechten Haltung und der Verkrümmung ganz augenscheinlich; zum besseren Verständniß führte er noch eine Reihe von Bildern vor, welche den allmählichen Uebergang von dem gesunden Kinde zu dem mit ausgebildeter Rückgratsverkrümmung veranschaulichten. Er schloß seine interessanten und belehrenden Vorführungen mit der Mahnung an die Lehrer und Eltern, speziell diesem Punkte eine größere Aufmerksamkeit als bisher angedeihen zu lassen. Wenn die Forderung unserer Stadtverordneten, besondere Schulärzte anzustellen, welche trotz der Unterstützung auch des vernünftigeren Theiles unserer Gegner bisher noch stets an der Engherzigkeit der städtischen Behörden scheiterte, erfüllt sein wird, so läßt sich hoffen, daß diese und andere Schulkrankheiten, deren Vorkommen weit häufiger ist, als man gewöhnlich annimmt, verschwinden werden.

Der Direktor des American-Theaters auf der Ausstellung, Herr August Reiff, hat am 15. Juni seinem sämmtlichen Personal erklärt, daß er „infolge angegriffener Gesundheit auf Anrathen der Aerzte" sofort seine Direktion niederlege. Wegen ferneren Engagements habe sich die Künstlerschaft an seinen Nachfolger Herrn Franz Lange zu wenden. Herr Franz Lange erklärte den aufs höchste erschrockenen Artisten, daß sie an seinem Institut weiter wirken könnten, wenn sie sich eine bedeutende Verkürzung der Gage gefallen lassen wollten. Die Künstler waren selbstverständlich gezwungen, auf die von dem neuen Direktor gestellten Bedingungen einzugehen, wenn sie nicht in der nächsten Zeit hungern wollten. Dieser Fall wirft abermals ein betrübendes Licht auf die schlimmen Gepflogenheiten, die an überaus vielen Bühnen höherer und niederer Gattung üblich sind. Wann werden die Artisten trachten, sich durch Organisation ihr Recht zu sichern?

Von einem Besucher der Kolonialausstellung wird uns geschrieben: Eine besondere Ueberraschung bietet die Kolonialausstellung denen, welche sich nach acht Uhr abends ein Billet lösen. An der Kasse werden um diese Zeit ohne weiteres Eintrittskarten verkauft soviel gefordert werden und dieselben werden den Besuchern von den Kontrolleuren mit der harmlosesten Miene von der Welt abgenommen. Kaum hat man jedoch die Ausstellung betreten, so wird man durch die Mittheilung überrascht, daß die Neger bereits ihre Hütten aufgesucht hätten und daß daher nichts mehr zu sehen sei. Beschwerden sind völlig fruchtlos, ja es passirt, daß man auf weitere Einwände in der ungehörigsten Weise behandelt wird. Es wird anzunehmen sein, daß die Direktion von solchem Gebahren eines Theiles ihrer Beamten keine Kenntniß hat und daß es nur einer öffentlichen Anregung bedarf, um sie zu veranlassen, daß nach Schluß der „Vorstellung" keine Billets mehr verkauft werden.

Auf Wunsch der Aussteller will der Arbeitsausschuß — wie es heißt — die elektrische Beleuchtung der Industriehalle aufheben. Es sollen sich in den Abendstunden fast gar keine Besucher in der Halle aufhalten.

Damit die Schuljugend die Sitten und Gebräuche in den Kolonien kennen lerne, sollen sämmtliche Gemeindeschüler auf Anregung des deutschen Kaisers die Kolonialausstellung besuchen, deren Direktion den Kindern freien Eintritt zugesichert hat. Es ist merkwürdig, daß es immer erst einer Anregung von oben bedarf, um die Leiter irgendwelcher öffentlicher Unternehmungen zu einer Liberalität zu veranlassen. Vielleicht erlebt Berlin sogar noch einmal das Schauspiel, daß der geschäftsführende Ausschuß der Hauptausstellung sich einem Druck von oben fügt und der großen Masse der Berliner Bevölkerung den Besuch des Unternehmens möglich macht.

Kunst und Wissenschaft.

Im Schiller-Theater findet heute die letzte Aufführung von „Viel Lärm um Nichts" mit Frau Klara Meyer als Beatrice statt. Als nächste Gastrolle wird Frau Klara Meyer die Adelheid von Runeck in Gustav Freitags „Die Journalisten" spielen.

Das Drama „Eleazar" von Louise Gutbier war vor einiger Zeit vom Direktor Sauft dem Polizeipräsidium vorgelegt worden; die Behörde hatte jedoch die Erlaubniß zur öffentlichen Aufführung des Stückes versagt. Als auch eine spätere Umarbeitung des Bühnenwerks von der Polizeizensur beanstandet worden war, erhob der Direktor des National-Theaters Klage beim Oberverwaltungsgericht. In der gestrigen Verhandlung wurde das Drama zur Aufführung freigegeben. Es behandelt in einer anscheinend die Gegenwart wenig interessirenden Weise die religiösen Konflikte, welche am Ausgange des Mittelalters zwischen Juden und Christen ausgefochten wurden.

Das neueste über die Röntgen-Strahlen wurde, wie die „Nordd. Allg. Ztg." meldet, Freitag Abend vom Ingenieur Lewy der Berliner Physiologischen Gesellschaft mitgetheilt. Der Redner ging auf die Verbesserungen an der Crookes'schen Röhre ein, die nicht allein haltbarer gestaltet wurde, sondern auch durch Benutzung einer Platin-Anode intensivere Strahlen ergiebt. Die Expositionszeit ist geringer geworden, und wie die ausgelegten Photographien zeigten, sind alle Gelenke mit Ausnahme des noch Widerstand leistenden Hüftgelenks von Prof. Goldstein in kurzer Zeit fixirt worden. Man ging auch an die inneren Organe und Weichtheile des Kopfes, der Brust und des Bauches heran und suchte deren Funktionen zu erlauschen, wie sie sich in ihren Bewegungen kundgeben. Den jüngsten Bemühungen ist es gelungen, mit Hilfe des Fluorescenzschirmes ein Abbild der inneren Organe in bezug auf ihre Lage, Größe und mechanische Arbeitsleistung zu gewinnen, indem der ganze Mensch durchleuchtet wird, die Schatten der verschiedenen dichten Körpertheile auf den Schirm fallen und hier von mehreren Beobachtern gleichzeitig wahrgenommen werden können. Dr. Lewy erwähnte zugleich ein Verfahren, nach welchem man direkt und ohne sonderliche Mühe die Größe der Organe auf dem Schirme messen kann, was namentlich bei Magen und Herz von Bedeutung ist. Dr. Dubois-Reymond und Prof. Grunmach, die den Redner bei seinen Arbeiten unterstützten, berichteten ferner, daß es gelungen sei, die Halsorgane, wie Kehlkopf, Zungenbein und auch den Magen zu sehen. Die verschiedenen Darmabschnitte sind zu wenig different, um sich deutlich zu präsentiren. Bei einem 15jährigen Mädchen wurde der Magen durch eine Brausemischung angefüllt, und dadurch gelang es, das Organ mit allen seinen Theilen sichtbar zu machen. Professor Grunmach hatte aber auch pathologische Zustände am Menschen sich zugänglich zu machen gesucht. Bei einem früher an Schwindsucht und Lungenblutungen erkrankten Menschen sah er an einzelnen Stellen, wo die wegen ihrer Lichtdurchlässigkeit unsichtbaren Lungen liegen sollen, drei bis vier dunkle Partien, welche Verkalkungen der früher tuberkulösen Lungentheile darstellen. Im Herzen eines Mannes fanden sich da, wo die Kranzarterien liegen, dunkle Strichelungen, die sich von der dunkelen Herzmasse scharf abhoben; sie deuten auf eine Verkalkung der betreffenden Herzgefäße hin, verursachten aber bisher keine Erscheinungen und waren deshalb klinisch noch nicht diagnostizirt. An der Richtigkeit dieser Auffassung war um so weniger zu zweifeln, als auch die Pulsadern am Handgelenk fühlbar hart waren und sich als sichtbare Linien neben der Elle und Speiche auf der Photographie erkennen lassen. Hiermit ist die Entdeckung der Röntgen-Strahlen in ein zweites Stadium ihrer medizinischen Verwendbarkeit getreten, indem man sie als diagnostisches Hilfsmittel nicht mehr auf die Knochenerkrankungen zu beschränken braucht, sondern ihre Anwendung auf lebenswichtigere Organe auszudehnen gelernt hat.

Die russische Gewerbe-Ausstellung in Nischny Nowgorod ist am 9. Juni eröffnet worden. Seit der letzten russischen Gewerbe-Ausstellung, welche vor 14 Jahren in Moskau stattfand, hat die russische Industrie riesige Fortschritte gemacht. In dieser Zeit sind ganze neue Industriezweige entstanden, welche damals garnicht oder nur im Keime vorhanden waren. Vor allem muß die großartige Entwickelung der Montanindustrie erwähnt werden. Im Dongebiet hat sich die Bearbeitung des Braunsteines, die Gewinnung von Quecksilber und von Steinkohle entwickelt. Die Gewinnung von Naphta, welche in den 80er Jahren kaum begonnen hatte, hat jetzt Dimensionen angenommen, welche diejenigen der berühmten amerikanischen Produktion überragen. Seitdem die Verwendung der Steinkohle bei Bereitung des Gußeisens sich eingebürgert hat, ist die Eisenindustrie in eine neue Phase ihrer Entwickelung getreten. Die alte russische Baumwollenindustrie ist zum Verbrauch der russischen Baumwolle übergegangen und hat sich derart entwickelt, daß sie der Quantität des verbrauchten Rohstoffes und der Zahl der Spindeln nach die erste Stelle in Europa einnimmt. In allen Industriezweigen werden jetzt ausschließlich russische Rohstoffe bearbeitet und ist die Beschränkung auf Umarbeitungsprozesse, welche gewöhnlich die Industrie in ihren ersten Anfängen charakterisirt, verschwunden.

Das Ausstellungsgebiet in Nischny-Nowgorod ist entsprechend der Entwickelung der Industrie auch dreimal größer, als dasjenige der Moskauer Ausstellung im Jahre 1882. (Es ist auch größer, als dasjenige der Berliner Ausstellung, wobei noch zu bemerken ist, daß auf der russischen Ausstellung im Gegensatz zur Berliner dem Vergnügungstheil eine ganz bescheidene Rolle zugewiesen ist.) Eine ganze Reihe neuer Abtheilungen, welche in Moskau fehlten, sind in Nischny-Nowgorod errichtet, so die Abtheilungen für den Fischfang, die Jagd, die Pelzwaarenindustrie, die Forstwirthschaft, die Pferdewirthschaft, die Architektur, das Ingenieurwesen und die Schifffahrt. Spezielle Abtheilungen sind auch errichtet worden für die Aussteller Sibiriens, Mittelasiens und des nördlichen Rußlands, und diese Abtheilungen gehören zu den interessantesten, weil sie uns mit Gegenden von riesigen Dimensionen bekannt machen, in welchen die Industrie im Begriffe ist, einen gewaltigen Aufschwung zu nehmen.

Der Finanzminister Witte meinte in seiner Rede, mit welcher er die Ausstellung eröffnete, eine patriotische Freude müsse das Herz der Russen erfüllen, welche auf der Ausstellung die Fortschritte verfolgen, welche die russische Industrie in kurzer Zeit gemacht hat. Am meisten Grund, sich zu freuen über die bisherigen Fortschritte der russischen Industrie und die künftigen, zu welchen auch die Ausstellung in Nischny Nowgorod einen mächtigen Anstoß geben wird, haben aber gewiß die Sozialdemokraten. Denn mit der Industrie muß die Bildung und das Selbstbewußtsein der Arbeiter wachsen, folglich auch ihr Verständniß für die politischen Verhältnisse Rußlands und ihr Bestreben, dem schmachvollen russischen Absolutismus ein möglichst baldiges Ende zu bereiten.

Eine telegraphische Leistung. Lord Kelvin (Sir William Thompson feierte gestern sein fünfzigjähriges Jubiläum als Professor an der Glasgower Universität. Wie von dort depeschirt wird, wurde am Abend eine ganz außerordentliche telegraphische Leistung ausgeführt: Es wurde ein telegraphischer Glückwunsch der Glasgower Universität um die Welt gesandt und schon nach sieben Minuten Lord Kelvin ausgehändigt. Die Antwort des Jubilars, welche auf demselben Wege erfolgte, trat schon nach vier Minuten ein.

Gerichts-Zeitung.

Die Privatklage des Bäckermeisters Petzold zu Löbtau gegen den Redakteur der „Kreuz-Zeitung" Kropatscheck wurde am 15. d. M. beim Schöffengericht I zu Berlin verhandelt. Es handelte sich um die bekannte falsche Nachricht, die aus der „Bäcker-Zeitung", Organ des Verbandes Germania, stammte, aber in die „Kreuz-Zeitung" aus den „Dresdener Nachrichten" übernommen worden war, und worin Petzold als „sozialdemokratischer Muster-Bäckermeister" bezeichnet, mit bezug auf seine Thätigkeit in der Kommission für Arbeiter-Statistik verspottet und schließlich beschuldigt worden war, mit Hinterlassung bedeutender Schulden und nach Hineinlegung der „Genossen" flüchtig geworden zu sein.

Der Kläger wurde durch Rechtsanwalt Wolfgang Heine, Kropatscheck durch den aus dem Hammerstein-Prozeß bekannten Rechtsanwalt Eschenbach vertreten. Rechtsanwalt Heine wies auf den großen Schaden hin, den Petzold erlitten habe und auf die noch viel größere Gefahr, in die er gerathen sei, und beantragte eine Buße von 500 M. und eine erhebliche Geldstrafe. Rechtsanwalt Eschenbach führte aus, daß Herr Kropatscheck und die „Kreuz-Zeitung" selber die Forderungen verträten, die die Reichskommission aus den Bekundungen des Herrn Petzold gefolgert habe und daß er deshalb milder zu beurtheilen sei. Dem widersprach Rechtsanwalt Heine, indem er betonte, daß gerade dadurch das Verhalten der „Kreuz-Zeitung" in noch schlimmerem Lichte erscheinen müßte. Sie hätte nicht einmal sachliche Gründe gegen das gehabt, was Petzold vertreten hätte, und trotzdem druckte sie diese von persönlicher Gehässigkeit strotzende Notiz ohne jede Prüfung nach, lediglich weil dann einem Sozialdemokraten etwas angehängt wurde. Das sei eine höchst tadelnswerthe Art des politischen Kampfes. Wenn ein Sozialdemokrat so verführe, so würde sicher gegen ihn Anklage von Amts wegen erhoben werden und er würde einige Monate Gefängniß bekommen.

Das Gericht verurtheilte Kropatscheck zu 100 M. Geldstrafe, sehnte aber die Buße ab, weil es sehr zweifelhaft sei, ob der entstandene Schaden gerade auf die „Kreuz-Zeitung" und ob er nicht vielmehr auf die sächsische Lokalpresse zurückzuführen sei. Bei der Geldstrafe sei erwogen worden, daß Dr. Kropatscheck zwar vielleicht die Strafe nicht aus eigenen Mitteln zahle, (eine Frage, die übrigens Rechtsanwalt Heine gar nicht angeregt hatte), daß dies aber nicht in betracht kommen könnte.

Eine Pfändung mit Hindernissen spielte sich am 17. August vorigen Jahres in dem Wartesaale zweiter Klasse des Bahnhofes Friedrichstraße ab. Der Bauunternehmer Wilhelm Kulisch war einer Baufirma eine Summe von 1117 M. schuldig und die Gläubigerin hatte gegen ihn ein vollstreckbares Urtheil erstritten, welches sie dem Gerichtsvollzieher Gutke übergeben hatte. Am 17. August wurde Kulisch von dritter Seite angeblich zur Besprechung eines Geschäfts nach dem Wartesaale des Bahnhofes Friedrichstraße bestellt. Er erschien auch dort und trug ein mit 3400 M. beschwertes Portefeuille bei sich. Das Geld war Eigenthum des Tischlers Natusch, in dessen Auftrage es durch Kulisch an einige Handwerker ausgezahlt werden sollte. Kaum hatte sich Kulisch mit einigen Bekannten an einem

Tische niedergelassen, da erschien der Gerichtsvollzieher Gutke auf der Bildfläche und verlangte von ihm die Herausgabe des baaren Geldes, welches er bei sich trüge. Kulisch warf schleunigst die Brieftasche dem anwesenden Natusch zu, dann übergab er seine Geldtasche, in welcher sich sein eigenes Geld in Höhe von einigen hundert Mark befand, dem Kaufmann Schnücke mit der Aufforderung, seine Zeche davon zu bezahlen. Der Gerichtsvollzieher forderte Schnücke auf, ihm das Portemonnaie herauszugeben, erhielt aber von diesem die Antwort, daß er es nur an denjenigen zurückgeben würde, von dem er es erhalten. Der Gerichtsvollzieher nahm Kulisch alsdann mit zur Polizei, da er aber zugeben mußte, den K. persönlich zu kennen, wurde letzterer alsbald wieder entlassen. Aus diesem Vorgange entwickelte sich gegen Kulisch und Schnücke eine Anklage wegen Pfandbruchs, die vor dem Schöffengericht mit Freisprechung endete. Das Schöffengericht hatte als wahr angenommen, daß die 3400 Mark in der That nicht dem Angeklagten K., sondern dem Tischler Natusch gehörten und hielt die Behauptung beider Angeklagten nicht für widerlegt, daß Schnücke dem Kulisch in Gegenwart des Gerichtsvollziehers das Portemonnaie zurückgegeben habe. Der Staatsanwalt legte Berufung ein und beantragte gestern gegen Kulisch 10 Tage, gegen Schnücke 4 Tage Gefängniß. Der Gerichtshof beließ es bei der Freisprechung des letzteren, verurtheilte dagegen den Angekl. Kulisch zu einem Monat Gefängniß. Er war der Meinung, daß Kulisch bei der strikten Aufforderung des Gerichtsvollziehers, sein baares Geld herauszugeben, nicht mehr berechtigt gewesen sei, das Portemonnaie einer dritten Person zuzustecken.

Versammlungen.

Etwa 1000 Maurer hatten sich am 15. Juni im Feenpalast versammelt, um den Bericht ihres Kollegen Silberschmidt über den Stand der Lohnbewegung entgegenzunehmen. Der Redner führte aus, es stände nach dem bisherigen Ergebniß der Bewegung fest, daß der Neunstundentag den Berliner Maurern gesichert sei; wieder könnten diese eine Reihe von Erfolgen verzeichnen. Seit dem letzten Freitag wären auf annähernd dreißig Bauten mit ca. 1000 Maurern die Forderungen bewilligt worden, abgesehen von solchen, wo der Erfolg ziemlich sicher sei, das Resultat aber noch nicht authentisch feststehe. Im ganzen seien bis jetzt die Forderungen 6202 Kollegen auf 474 Bauten bewilligt, während sich noch 994 im Ausstande befänden und zu den alten Bedingungen 1482 arbeiteten. Die meisten Bauten, die hier noch in betracht kämen, seien solche, wo sozusagen die letzte Hand ans Werk gelegt werde; wenn dort noch die alten Bedingungen maßgebend seien, falle dies also nicht sehr ins Gewicht. Zu berücksichtigen sei noch, daß zu den Kollegen, welchen nicht bewilligt sei, auch solche gerechnet würden, die wohl 9 Stunden arbeiteten, jedoch nicht den Stundenlohn von 55 Pf. erhielten; es kämen hier gegen 10 Bauten in Frage. Bei fast sämmtlichen Innungsmeistern werde 9 Stunden gearbeitet, nur auf den Bauten nicht, wo es die Kollegen an der Forderung fehlen ließen, wie das leider mehrfach der Fall gewesen sei. Noch ein energischer Vorstoß und der Sieg auf der ganzen Linie sei unausbleiblich. Vor allem müßte den neu angefangenen Bauten volle Aufmerksamkeit geschenkt werden. Im Laufe der äußerst lebhaften Debatte gaben mehrere Streikende ihre Erlebnisse zum besten, bei denen die Polizei eine große Rolle spielte. Zum Schluß wurde ein Antrag angenommen, wonach in den Zahlstellen der Filialen von 6 Uhr abends Material entgegenzunehmen ist und Marken auszugeben sind.

Eine öffentliche Klempner-Versammlung, die am Montag bei Henke tagte, nahm zunächst einen Vortrag der Frau Rohrlack mit lebhaftem Beifall entgegen und verhandelte dann über eine Angelegenheit der Werkstatt von Karnei. Es wurde mitgetheilt, daß daselbst nur noch 40 Pf. Stundenlohn, anstatt des im letzten Streik festgesetzten Lohnsatzes von 45 Pf. gezahlt würden. Auch wurde die bei Karnei bestehende Werkstattordnung als in manchen Punkten unzulässig bezeichnet. Zwei Kollegen, die nicht für 40 Pf. arbeiten wollten, sind entlassen worden. Es fragt sich nun, ob die beiden als gemaßregelt anzusehen sind. Da die Meinungen darüber getheilt waren, wurde diese Angelegenheit dem Vertrauensmann der Klempner zur Untersuchung überwiesen. Zum Schluß wurden die Kollegen ersucht, sich rege an den Gewerbegerichtswahlen zu betheiligen.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin. Mittwoch, den 17. Juni 1896, abends 8½ Uhr: Versammlung der Schleswig-Holsteiner mit Frauen im Vereinslokal „Kommandanten-Garten", Kommandantenstr. 10–11. Aufnahme neuer Mitglieder. Letzte Ausgabe der Fahrkarten zur Dampferpartie am Sonntag, den 21. Juni, nach dem „Neuen Krug". Landsleute sind willkommen.

Vermischtes.

Vom preußischen Eisenbahnelend entwirft jemand in den „B. Neuesten Nachr." folgendes Bild: „Wir fahren in jeder Woche z. B. von Eschwege nach Leinefelde, die Wagen 3. Klasse starren von Schmutz und sehen schandmäßig kaput, geflickt u. s. w. aus, man fürchtet sich, auf der Bank Platz zu nehmen, dagegen sind die Berliner Wagen noch elegant."

In Wangerin (Kreis Thorn) tödtete am Sonnabend der Blitz 2 Arbeiter und verletzte einen dritten schwer. Die Arbeiter hatten unter einer Pappel Schutz gesucht.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 6–7 Uhr statt.

Der Arbeiter-Radfahrerklub Berlin wird gebeten, der Redaktion seine Adresse mitzutheilen.

Civis. Warum anonym?

Velten. Die Lokalkommission hat dafür zu sorgen, daß uns für Versammlungen Lokale zur Verfügung stehen. Ihre weitergehenden Pläne kann der „Vorwärts" nicht unterstützen.

R. S., Gera. Würden Sie die Verhältnisse der Großstadt kennen, so kämen Sie leicht zu dem Schluß, daß eine Redaktion sich unmöglich auf die von Ihnen gewünschten Kommissionen einlassen kann. Vielleicht hilft Ihnen das offizielle Verkehrsbureau von Karl Stangen, Berlin W., Mohrenstr. 10.

M. T. 54. Die erste elektrische Bahn ist 1879 auf der Berliner Gewerbe-Ausstellung im Betriebe gewesen.

Zwei Wettende. Da keine amtlichen Angaben über den Besuch der Ausstellung während der Pfingsttage vorhanden sind, so muß ihre Wette füglich unentschieden bleiben.

Sprottau. 1. Ja. 2. Gütertrennung. 3. Ja. — **M. 10.** Der Begriff einer Fabrik läßt sich nicht in dem knappen Rahmen des Briefkastens darlegen. Eine Darlegung hierüber finden Sie in Stadthagen's „Arbeiterrecht", S. 150. — **Agnes 10.** 1. Klosterstraße 41. 2. Bis spätestens am 3. Juli müssen Sie den Antrag eingereicht haben. Ihm sind die Heirathsurkunde, die Bescheinigungen über den Umtausch früherer Karten und die jetzige Invaliditätskarte beizufügen. Ein Recht auf Rückerstattung der Beiträge steht Ihnen zu, wenn Sie vor Ihrer Heirath mindestens 235 Marken geklebt hatten. — **R.** Sie haben recht. — **Dorfstr. 10.** 1. Nein. 2. Wenn Sie als Preuße naturalisirt sind, so gebrauchen Sie die theuere Einwilligung Ihrer bayerischen Heimathsbehörde nicht. 3. Nein. — **A. S. 100.** Nicht Sie, sondern nur Ihre Frau ist zur Zahlung verpflichtet. — **M. W. 11.** 1. Ja. 2. Nein. — **H. G. 3.** Die Beantwortung Ihrer Fragen hängt von dem uns unbekannten Wortlaut und Inhalt des Vertrages ab. — **Schmidt 57.** 1. und 2. Nein. — **M. 24.** Wenn nichts anderes vereinbart ist, können Sie an jedem beliebigen Tage unter Einhaltung der 14tägigen Kündigungsfrist kündigen. — **W. 100, Görlitzerstr.** 1. Das ist möglich. 2. Für die letzten 5 Jahre ja. — **Volkmann.** Sie sind an den Vertrag gebunden und können Schadensersatz nicht begehren. — **K. K.** 1. und 2. Nein. — **E. P.** 1. Ja. 2. Giebt es noch nicht. 3. Nein. — **99 F. B.** 1. Dem Wirth steht ein Retentionsrecht an den der Ehefrau gehörigen, in die Miethswohnung gebrachten Sachen auch dann zu, wenn nur der Mann den Miethsvertrag geschlossen hat. 2. Ja.

Achtung! Parteigenossen Berlins. Achtung!

Sonntag, den 12. Juli cr.:

Großes Volks-Fest

im Schloß Weißensee (früher Sternecker),

arrangirt von Genossen des

5. und 6. Wahlkreises.

Großes Instrumental-Doppel-Konzert,

ausgeführt von zwei Kapellen der **Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker** unter Leitung des Dirigenten Herrn **Schonert.**

Theatersaal. In demselben findet von vormittags 10 Uhr ab halbstündlich eine Vorstellung statt. Zur Aufführung gelangt:

Weltenwende.

Fest-Schauspiele in 1 Aufzuge von **C. M. Scävola.** Dargestellt von Mitgliedern Berliner Volksbühnen unter Leitung von **Julius Türk.**

Singspielhalle. In derselben findet von vormittags 10 Uhr ab halbstündlich ein **Vortrags-Zyklus** von echt humoristisch-satirischen Gegenwarts-Bildern statt. Dargestellt von Mitgliedern Berliner Volksbühnen, verfaßt und geleitet von **C. M. Scävola.**

Großes venetianisches Kostüm-Schwimmfest,

veranstaltet vom Schwimmklub **„Nord".**

Gesangs-Aufführungen von 50 Gesangvereinen des Arbeiter-Sänger-Bundes.

500 Sänger.

Triumphzug des Arbeiter-Radfahr-Vereins **„Berlin".**

Kinder-Festspiele mit großartigen Ueberraschungen.

Grosses Brillant-Wasser-Feuerwerk,

ausgeführt vom Pyrotechniker Herrn **Bock.**

Zum Schluß:

Lebende Bilder auf einem Schiffsdeck unter **feenhafter Beleuchtung** des ganzen Sees.

Großer Ball

im **Bal champêtre** von 4 Uhr ab. Herren, welche am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf.

Die Kaffeeküche ist von früh 8 Uhr an geöffnet. à Liter Milch 60 Pf.

Anfang präzise 8 Uhr. Billets 20 Pf.

Textbücher zu der **Theater-** und **Singspiel-Halle** mit **Programm** sind für 10 Pf. an der Kasse zu haben.

Für Fahrgelegenheit ist bestens gesorgt.

Das Komitee.

220/13

Herm. Ramlow's
Weiss- u. Bairisch-Bierlokal.
Zwei renovirte Kegelbahnen.
135 Vereinszimmer **Schönhauser Allee** 135.

Vereinszimmer m. Piano noch frei.
Paul Obiglo, Hussitenstr. 26.

Altes Schützenhaus
Linienstr. 5 [2131b*
empfiehlt seine Säle mit schönem Naturgarten. Sonnabends noch frei.

Vereinszimmer, 20–60 Personen, auch Sonntags noch frei. 2214b*
Gold, Gr. Frankfurterstr. 133.

Richard Thate
Dresdenerstraße 110.
Weiß- u. Bairischbier-Lokal
empfiehlt sich den Parteigenossen.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Putzger, Steglitzerstr. 65.

Unserem Freund und Genossen **Alb. Schley** zum heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hoch, daß gleich die 5000 Röcke und Westen zum Teufel gehen. Wer ist das? Früher waren es die Schweinetreiber, heute stehen sie ganz links in der Naunynstraße. 2228b

---

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.

Am 15. d. M. verstarb nach längerem Leiden unser Kamerad, der Zimmerer

Arthur Bahr.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Pücklerstr. 54, nach dem Emmauskirchhof in Britz statt.

2220b **Der Vorstand.**

Hiermit nehme ich die Beleidigungen, die ich Reichenbergerstraße gegen den Ferdinand Schilke ausgestoßen habe, zurück. **Carl Malitzky.**

Kleines Zigarrengeschäft,

5 Jahre bestehend, was sich zum Nebenerwerb der Frau eignet, ist mit schöner Wohnung billig zu verk. Adr. unter 400 L., Postamt 59. 2210b

---

Danksagung.

Für die herzliche Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben unvergeßlichen Mannes, des Holz- und Kohlenhändlers 2226b

Bernhard Heinrich

sage ich allen Verwandten und Bekannten und dem Verein der vereinigten Berliner Holz- und Kohlenhändler des Nordens meinen tiefinnigsten Dank.

Wwe. Anna Heinrich,
Stettinerstr. 49a.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Zigarrenmachers

Max Schultze

sage ich hiermit allen Verwandten, Freunden und Kollegen, besonders seinem Chef Herrn Gustav Kaphun und Herrn Rath Paschke meinen innigsten Dank. 2224b

Auguste Schultze.

Die Beleidigung, die ich gegen den Bierverleger Schindler nebst Frau gethan habe, nehme ich hiermit zurück.

2219b **Karl Strupat.**

Bellealliance-Theater

Bellealliancestr. 7/8.

Sonntag, den 21. Juni 1896, nachmittags 3 Uhr:

Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.

Auf vielfaches Verlangen von proletarischen Frauen Berlins.

Nora

Schauspiel in drei Akten von Henrik Ibsen.

Eintrittskarten an der Kasse 75 Pf., im Vorverkauf 60 Pf.

Eintrittskarten sind zu haben bei:

Alb. Böttger, Zossenerstraße 31. **Gottfried Schulz,** Admiralstraße 40a. **Wilh. Börner,** Ritterstr. 15. **Reddemann,** Pritzwalkerstr. 8. **Aug. Hintze,** Pankstr. 14a. **Winkelmann,** Ackerstr. 153. **Vogel,** Demminerstr. 62. **Beyer,** Veteranenstr. 13. 296/2

Den Besuchern dieser Vorstellung steht das Recht zu, abends der Vorstellung im Garten ohne Nachzahlung beizuwohnen.

Achtung! Achtung!

J. Haase's Salon und Garten

zur **„Königsbank",** Große Frankfurterstraße 117.

Sonnabend, den 20. Juni 1896:

Großes Sommer-Fest

arrangirt vom

Verein der Plätterinnen und verw. Berufsgen. Berlins

zum Besten unterstützungsbedürftiger Mitglieder.

Grosses Gartenkonzert u. Sommernachts-Ball

mit Unterstützung eines Gesangvereins des A.-S.-B. und div. Spezialitäten.

Eröffnung 6 Uhr. Entree 30 Pf. Anfang 7 Uhr.

Herren, die am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

251/10 **Der Vorstand.**

Neue Welt, Hasenhaide.

Jeden Mittwoch: Großes Kinderfest

mit Gratisverloosung, Marionetten-Theater u. Kinderbelustigungen aller Art.

Entree 15 Pf. — Vorverkauf 10 Pf. — Anfang 4 Uhr.

Jeden Donnerstag: Monstre-Gala-Feuerwerk

5388L* und Spezialitäten-Vorstellung. — Anfang 5 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 17. Juni.

Opernhaus. Fra Diavolo.
Neues Opern-Theater. (Kroll.) Hänsel und Gretel. Die Puppenfee.
Schauspielhaus. Doktor Klaus.
Deutsches Theater. Lumpacivagabundus.
Lessing-Theater. Waldmeister.
Berliner Theater. Soldatenherzen. Der Schlagbaum.
Neues Theater. Tata-Toto.
Residenz-Theater. Der Stellvertreter. Vorher: Erlauben Sie Madame!
Theater Unter den Linden. Das Sonntagskind.
Schiller-Theater. Viel Lärm um Nichts.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Belle-Alliance-Theater. Der Fall Clemenceau.
National-Theater. Das Käthchen von Heilbronn.
Friedrich-Wilhelmstädt. Konzertpark. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)

Mittwoch, abends 8 Uhr: **Viel Lärm um Nichts.** (Beatrice: Frau Clara Meyer a. G.)
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Vergnügte Flitterwochen.**

Adolph Ernst-Theater.

Anfang 8 Uhr.

Charley's Tante.

Schwank in 3 Akten von Brandon Thomas. Repertoirestück des Globe-Theaters in London.
Vorher (Anfang 7½ Uhr):
Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson und Bemmo Jacobson. Musik von F. Roth.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Theater Alt-Berlin.

Abends 7½ Uhr.

Meister von Berlin.
Unsere Viktoria.
Märkisches Ringelstechen.

Alt-Berlin.

Bei günstiger Witterung nachmittags 3 Uhr: Wendischer Jagd- u. Beutezug.
Nachmittags 6 Uhr:
Aufzug zum Ringelstechen.
Zwei Musikkorps.
Zaubertheater; Diorama; Altdeutscher Irrgarten. Rembrandtmühle. Reise in die Unterwelt.
Eintritt: 25 Pfg.
Donnerstag — bis 6 Uhr — 50 Pf., später 25 Pf.
Passepartouts à 4 Mk.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Volksvorstellung zu bedeutend ermässigten Preisen.
Gastspiel des Herrn Robert Hartberg vom Stadttheater zu Düsseldorf.
Das Käthchen von Heilbronn.
Mit einem Vorspiel von Kleist.
Morgen:
Die Grille.

National-Theatergarten.
Heute: Großes Konzert. Spezialitäten ersten Ranges. Theaterstücke.

Passage-Panopticum.

42 wilde Weiber aus Dahomey.

Puhlmann's Vaudeville-Theater.

Schönhauser Allee 148.
Heute Mittwoch, den 17. Juni:
Großer Gesellschaftsabend.
Große Extra-Vorstellung.
Von 3 Uhr ab: Familien-Kaffeekochen.
Entree 30 Pf.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.

Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.

Wissenschaftl. Theater
abends 8 Uhr.
Invalidenstr. 57/62, Lehrt. Stadtbahnh.
Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr abends ab. **Eintritt 50 Pf.**

KAIRO von 7 Uhr abends ohne Gewerbeausstellungs-Billet zugänglich.

KAIRO von 10 Uhr vorm. geöffnet. I. Eingang: Ausst.-Bahnh, II. Eing.: Köpnick. Landstr.

KAIRO Waffensamml. d. Chediwe; Samml. d. egypt. Behörden, Schwert des Mehomet-Ali.

KAIRO Salon bedeutender **Orientmaler.**

KAIRO Riesen-Arena mit Monstre-Aufführungen v. 500 Pers. m. Pferd., Dromedaren etc.

KAIRO Leibkapelle d. Chediwe 60 Mann in Uniform, 3 Hauskapellen,

KAIRO Arena: Beduinenkämpfe und Reiter-Fantasias um 5 und 8½ Uhr nachm.

KAIRO **Cheops-Pyramide** mit Königsgräbern.

KAIRO **Entree 50 Pf.** Elitetag (Dienstag) 1 Mk.

KAIRO Dauerkarten: Erwachsene 15 Mark, Kinder 8 Mark, im **Bureau Kairo** und bei **C. Stangen**, Mohrenstrasse 10.

Dost & Hilpert

S., Kottbuser Damm 10.
Fabrik für Restaurations-Artikel.
Billigste Bezugsquelle für Restaurateure.
Bitte Preiskurante zu verlangen.

Apollo-Theater

und Konzert-Garten
Friedrichstraße 218. Dir. J. Glück.

Die Spree-Amazone

Posse mit Gesang und Tanz in 1 Akt v. A. Sennfeld. Musik v. Paul Limeke.

Anton Emil Pummel	Henry Bender.
Wanda Kiesel . . .	Else Linda.
Carl Schwemmke . .	Fedor Markow.
Tilli	Clara Antonie.
Clemens Stempel .	Robert Steidl.
Guido Sturm . . .	Hedw. Döring.
Hellmuth Wirbillini .	Josef Armin.

Zum Schluß:
Große Ausstellungs-Apotheose.
Ferner Auftreten von
20 Kunstkräften 1. Ranges.
Kassenöffnung 6½ Uhr. Konzert 7 Uhr. — Anf. der Vorstellung 8 Uhr.

Viktoria-Brauerei

Lützowstrasse 111/112
(nahe Potsdamer-Platz).
Heute sowie täglich (außer Sonnabends):

Stettiner Sänger
(Meyzel, Pietro, Britton, Steidl, Krose, Röhl und Schrader).
Anfang präz. 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Im Vorverkauf sind Billets à 40 Pf. und Familienbillets à 1 M. (für 3 Personen giltig) zu haben. Siehe Plakate!
Bei schönem Wetter im herrlichen Konzertgarten, bei schlechtem Wetter im großen Konzertsaal.

Castan's Panopticum.

165 Friedrichstrasse 165.

Das Bärenweib

phänomenales Naturspiel aus den Felsenbergen New-Mexico's! Illusionen — Kasperle-Theater — Damen-Kapelle — Irrgarten.

Ostbahn-Park

Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Park.

Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Garten-Konzert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimscheck.
Kaffeeküche 3—5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis
Volksbelustigungen jeder Art. 4 Kegelbahnen zur Verfügung.
Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.
Sonntags Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf. **H. Jmbs.**

Größtes Schaustück der Welt. — Sensationellster Erfolg der Saison.

2 Vorstellungen täglich

Bolossy Kiralfy's „Orient"

im

Olympia-Riesentheater.

Alexanderstr., Ecke Magazinstr.

Nachmittags 5—7 Uhr, Abends 9—11 Uhr.

Ca. 1000 Mitwirkende. — 500 Mal im Olympia-Theater zu London ohne Unterbrechung gegeben.

Übertrifft alles bisher Dagewesene. — Von Publikum u. Presse einstimmig anerkannt.

Schweizer Garten

Am Königsthor. Am Friedrichshain.

Täglich:
Konzert. Theatervorstellung.
Spezialitäten-Revue. — Volksbelustigungen.
Im großen Saale während und nach der Vorstellung **Ball.** Freier Damentanz.
Billets à 25 Pf. sind vorher in den Handlungen zu haben.
Entree 30 Pf.

Achtung! Achtung!

Musikinstrumenten-Arbeiter.

Mittwoch, den 17. Juni, abends 8 Uhr, in Keller's großem Saal, Koppenstraße Nr. 29:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
Die Maßnahmen der Fabrikanten nach Beendigung des Streiks und unser Verhalten hierzu.
Kollegen, thut Eure Pflicht, erscheint zahlreich wie bisher in der Versammlung. — Die gestrige Versammlungsanzeige beruhte auf Irrthum.
286/15 **Die Lohnkommission.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Heute, Mittwoch, den 17. Juni, abends 8½ Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstraße 20—22:

Vertrauensmänner-Versammlung sämmtlicher Bezirke.

Tages-Ordnung:
1. Unsere Agitation und die ferneren Aufgaben der Vertrauensmänner.
2. Die Drechsler-Lohnbewegung.
3. Der Streik bei Virgens (Bautischlerei) in Rixdorf und die Lohndifferenzen in der Bautischlerei von Knorr, Blumenthalstr. 5.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Achtung! In der Versammlung werden die Formulare zur Eintragung in die Wählerlisten zu den Gewerbegerichtsbeisitzer-Wahlen ausgegeben.
211/10 **Die Ortsverwaltung.**

Metallarbeiter!

Da am Sonnabend, den 13. Juni cr., infolge des Sommerfestes das Kassiren der eingegangenen Unterstützungsgelder ausgefallen ist, so werden die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß diese Abrechnung

heute, Mittwoch Abend

stattzufinden hat. 300/4

Sämmtliche **Branchen-Vertrauensmänner** sowie der **Vertrauensmann** vom **Süden** kassiren bei **Henke, Naunynstraße 27.**

Alle übrigen Vertrauensmänner kassiren in ihrer Wohnung.

Kollegen! Wir erwarten, daß das neueste Vorgehen der Kühnemänner nur dazu dient, Euern Opfermuth zu stählen!

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.
Otto Naether, N., Anklamerstraße 44.

Metallschleifer!

Mittwoch, den 17. Juni, abends 8 Uhr, im Louisenstädt. Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Was gedenken die Metallschleifer zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu thun?
2. Wahl eines Vertrauensmannes. 300/3

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.
Otto Naether, N., Anklamerstr. 44.

Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirthe

Berlins und Umgegend

Freitag, den 19. Juni, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Brüder, Waldemarstr. 75:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtv. Dr. Zadek über: Gesundheitspflege. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Der Vorstand. J. A.: C. Behrend.

W. Noack's Sommer-Theater.

Brunnenstr. 16.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag:
Im Saal: **Gr. Ball.**
Das Königreich der Weiber.
Operette in 3 Bildern von Millöcker.
Julius Ernest, Liedersänger.
Franziska Wünsch, Kostüm-Soubrette.
Willi Reuschel, Gesangs-Humorist.
Janka Ros'l, Opernsängerin.
Geschw. Romany, Gesangs-Duettisten.

Feldschlößchen

142 Müllerstraße 142.
Telephon: Amt Moabit 1213.
Täglich:
Konzert, Theater.
Spezialitäten-Vorstellung.
Robert u. Bertram. Posse m. Gesang.
Sonntags: **Großer Ball.**
Mittwochs: **Tanzkränzchen.**
Theodor Boltz, Oekonom.

Ausschank!
Berl. Gewerbe-Ausstellung 1896
Kosthalle
Berliner Großdestillateure.
Abtheilung Nr. 12:
Julius Abraham
empfiehlt seine bekannten Spirituosen und Spezialliköre. [5209L*

Reichshallen

Im prachtvollen Garten, Leipzigerstraße, am Dönhoffsplatz.
Täglich:

Norddeutsche Sänger
Ganz neu!
La puce (Der Floh).
Alle fünf Barrisons
Anfang 8 Uhr.
Entree 30 Pf., reserv. 50 Pf.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.

Für Landpartien und Sommerfeste

empfehlen wir in großer Auswahl:
Stocklaternen, Lampions, Fahnen, Papier-Mützen, Papier-Schärpen, Radau-Flöten, sowie Verloosungsgegenst.
Neu! Stocklaternen u. Fahnen mit Ansichten d. Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896! **Neu!**
Händler und Arbeitervereine erhalten die billigsten Fabrikpreise. 5335L*
S. & G. Saulsohn, Berlin C.
Kaiser Wilhelmstr. 19a.
Papiergroßhandlg. Papierwaarenfabr.

4 Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten unentgeltlich zu vergeben.
„Englischer Garten",
5262L*] Alexanderstr. 27c.

Milch-, Obst- und Materialwaaren-Geschäft verkaufe billig, da selbiges für mich zu schwer ist. Holz- und Kohlen können eingeführt werd. Beusselstr. 44b.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder, Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 139. Mittwoch, den 17. Juni 1896. 13. Jahrg.

Abgeordnetenhaus.

81. Sitzung vom 16. Juni. 11 Uhr.

Am Ministertische: Kommissarien.

Die Berathung des Antrages der Abgg. Arendt u. Gen., betreffend die Bestimmungen über den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien, wird fortgesetzt.

Abg. **Möller** (natl.) verwahrt sich zunächst gegen die Annahme, von welcher der Handelsminister ausgegangen sei, daß es dem Parlament mit den Bestimmungen des 120e der Gewerbe-Ordnung nicht ernst gewesen sei. Diese Behauptung könne nur zum Zweck der Wirkung nach außen aufgestellt sein, sie treffe aber niemand in diesem Hause. (Zustimmung.) Seine Partei stimme dem Antrage Arendt in dem Sinne zu, daß sie damit der scharfen Mißbilligung Ausdruck geben wolle, daß diese Verordnung erfolgt ist, weil sie meine, daß dieselbe dem Arbeiterschutzgesetz nicht entspricht. (Beifall.) Der Gesundheitszustand in den Bäckereien sei nicht schlechter, die Sterblichkeitsziffer sogar günstiger als in anderen Gewerben. Trotz des Mehlstaubs seien die Bäcker weniger von Lungenkrankheiten heimgesucht als andere im Staube thätigen Arbeiter. Redner verliest statistische Nachweisungen über die Krankheiten im Bäckergewerbe. Wolle man auf diesem Wege weitergehen, so geschehe es wenigstens im Wege der Gesetzgebung, nicht durch eine Dilettanten-Kommission, welche am Leibe des Handwerks herumexperire. (Zustimmung.) Die Nachtarbeit in den Bäckereien lasse sich nicht ausschließen, da wir gewöhnt sind, des Morgens frisches Brot zu essen. In anderen Ländern, wie in England, wo die Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren überhaupt ausgeschlossen sei, herrschen ganz andere Verhältnisse, die nicht als Beweis für unsere Verhältnisse gelten können. Wir bedauern die Verordnung des Bundesraths, sie wird in Kraft treten, aber unter voller Verantwortung der preußischen Regierung. Ueber die Zweckmäßigkeit der Verordnung würden sich immer mehr Zweifel erheben, wenn erst die Gerichte zu urtheilen haben werden. Wir müssen die Arbeiterschutzgesetzgebung von 1891 strikte ausführen, aber in vernünftigen Grenzen, und nicht überall Weltverbesserung treiben wollen. Diese Gesetzgebung ist noch garnicht völlig verdaut worden.

Regierungsassessor **v. Meyeren** als Kommissar: Es ist die Rechtsgiltigkeit der Verordnung des Bundesraths in Zweifel gezogen worden. Preußisches und Reichs-Verfassungsrecht sind in diesem Betracht identisch. Nach beiden haben gehörig verkündigte Gesetze unbedingte Gesetzeskraft. Hier handelt es sich um die Frage, als was eine solche Bundesraths-Verordnung anzusehen ist. Positive Bestimmungen darüber giebt es nicht (Aha!), aber die meisten Theoretiker sind der Ansicht, daß derartige Bundesraths-Verordnungen vollkommen gleichwerthig sind den Reichsgesetzen (lebhafter Widerspruch); sie können daher von niemand angefochten werden. (Oho!) Aber selbst wenn man sie als Reichs-Polizeiverordnung ansehen wollte, so steht dem Richter nicht zu zu prüfen, ob eine Nothwendigkeit vorgelegen hat, eine solche Verordnung zu erlassen. Eines solchen Rechtes hat sich selbst der Reichstag begeben. Er ist nur befugt, von dieser Verordnung Kenntniß zu nehmen, darüber zu diskutiren, sie zu tadeln, aber irgend welche rechtliche Bedeutung hat eine solche Diskussion nicht.

Abg. **Stötzel** (Z.): Die Antragsteller sind sich wohl selbst nicht über den Eindruck im Lande klar, wenn sie die Ausführung der Gesetze verhindern wollen, welche sie selbst seinerzeit mit gemacht haben. Dieses Vorgehen ist nur geeignet, die Masse der Sozialdemokraten zu vermehren. Von einer Beschränkung der Arbeitszeit haben nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber Vortheil, weil dadurch der unlautere Wettbewerb beseitigt wird. Wer sich noch nicht von der Gesundheitsschädlichkeit der Bäckerarbeit überzeugt hat, dem wünsche ich drei Tage lang je 14 Stunden Aufenthalt in der Backstube. Wir stimmen gegen den Antrag nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch der Gewerbetreibenden, welche den Arbeiterschutz durchgeführt wissen wollen.

Abg. **Brütt** (frk.) bestreitet die Gesetzmäßigkeit der Verordnung und bemängelt die Thätigkeit der Reichskommission für Arbeiterstatistik. Der frühere Vorsitzende der Kommission, Herr v. Rottenburg, weiß nicht, wie es bei uns im Lande aussieht; das haben die Verhandlungen über den Achtuhr-Ladenschluß gezeigt. Die Arbeiten der Reichskommission seien minderwerthig und bieten nicht die geeignete Grundlage für einen Ausbau der Arbeiterschutz-Gesetzgebung, den wir alle wollen. (Beifall rechts.)

Abg. **Bachem** (Z.): Im Prinzip muß man die Verordnung des Bundesraths als Konsequenz der Arbeiterschutz-Gesetzgebung billigen. Wenn die Kommission nur eine Dilettanten-Kommission ist, dann hätte Herr Möller auch nicht sprechen dürfen, denn man hat noch nicht gehört, daß er als Bäckermeister groß geworden ist. (Heiterkeit.) Und wie will man dann den Reichstag und dieses Haus hier nennen? (Zustimmung im Zentrum.) Das frische Brot können wir des Morgens entbehren. Wenn Herr Möller seiner Frau sagt, es gehe nicht anders, dann wird sie gern auch ein Brot nehmen, das zwei Stunden älter ist, und so werden alle christlichen Hausfrauen denken. Was soll denn die Frau des Bäckergesellen sagen, wenn der Mann 18 Stunden arbeiten muß? Dabei ist doch ein christliches Familienleben ganz unmöglich. Die Gerichte haben nicht zu prüfen, ob die Verordnung angebracht ist oder nicht, sondern nur, ob der Bundesrath die erforderliche Vollmacht zum Erlaß dieser Verordnung hatte. Diese Verordnung ist ohne richterliche Nachprüfung giltig, darüber ist kein Zweifel. Die Ausnahmen von der Sonntagsruhe sind durch ebensolche Verordnungen zu stande gekommen; diese ganzen Verhältnisse würden unterminirt werden, wenn der Richter eine Nachprüfung über die Gesetzmäßigkeit dieser Verordnungen vornähme. Mit demselben Unrecht hat man einmal gesagt, Steuern dürfen nur nach dem Bedürfniß erhoben werden, also habe der Richter zu prüfen, ob ein Bedürfniß vorliegt. Lachen würde ich, wenn recht viele Bäckermeister infolge der Rede des Herrn v. Zedlitz es auf Prozesse ankommen ließen und dann die Prozeßkosten bezahlen müßten, zu welchen Herr v. Zedlitz sie eingeladen hat. (Heiterkeit.) Wie eine Arbeiterschutz-Gesetzgebung so müssen wir auch eine Handwerkerschutz-Gesetzgebung machen. Hätten wir den Arbeiterschutz schon vor 50 Jahren gemacht, so hätten wir keine Sozialdemokratie. Auch eine Verordnung für das Buchdruckereigewerbe, richtig gefaßt (Aha! rechts, Zwischenrufe), würde die sozialen Verhältnisse verbessern können. Wie eine solche richtig zu fassen ist, darüber können wir ja mit einander verhandeln, aber Sie wollen im Prinzip diese Gesetzgebung nicht, die ein Segen für das ganze Land ist. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **v. Brockhausen** (k.) ist erstaunt über die juristischen Ausführungen des Regierungskommissars und meint, daß der Richter die Gesetzmäßigkeit der Verordnung und deren Anwendbarkeit auf den einzelnen Fall zu prüfen habe. Die Verordnung wolle alles über einen Kamm scheeren, während die Verhältnisse im Lande ganz verschieden seien.

Abg. **Stöcker**: Ich stehe auf einem anderen Standpunkt als der Vorredner. Die Zurückziehung der Verordnung vierzehn Tage vor dem Inkrafttreten würde die Autorität der Regierung nur schwächen. Man würde sagen, gewisse Einflüsse, die sich gegen die Sozialpolitik richten, seien durchgedrungen. Auf diesem Gebiete still stehen, hieße wieder zurückgehen, die Sozialdemkratie ist durch die Sozialpolitik nicht beseitigt, aber geändert, zurückgedrängt worden. Es war ein Fehler, der großen sozialdemokratischen Bewegung so lange Jahre hindurch nichts entgegenzusetzen. Man will die Reichskommission beseitigen. Ist es nicht ein Glück, daß wir eine Stelle haben, wo Mißstände vorgebracht werden können? Wollen wir das immer der Sozialdemokratie überlassen, die dadurch die Autorität zur Verzauberung des Volkes gewinnt? Um die Einführung eines Maximalarbeitstages handelt es sich hier nicht. Ich bin jüngst im Westen gewesen und habe überall nur Zustimmung zu der Verordnung gefunden, auch bei den Bäckermeistern. Wer nur einen Schatten von Sympathie für Sozialreform hat, muß hier zugreifen, wo eine vierzehn- und sechzehnstündige Arbeitszeit in Frage kommt. Man hat jetzt keine Lust mehr zur Sozialpolitik, weil sie auch störend wirkt. Gewiß, das ganze wirthschaftliche Leben soll geordnet werden. Ich bin auch ein Freund patriarchalischer Verhältnisse, wir müssen aber in die wirthschaftlichen Verhältnisse eingreifen, wenn wir Ordnung schaffen wollen. Wenn wir auf der einen Seite so scharfe Reformen machen, wie mit dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, so dürfen wir nicht still stehen auf der anderen Seite in der Arbeiterschutz-Gesetzgebung, sonst heißt es, man wolle für die arbeitende Bevölkerung nichts mehr thun. Die Verordnung entspricht den Forderungen der kaiserlichen Botschaft, sie ist gesetzmäßig, zweckmäßig und zeitgemäß. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Schall** (k.) weist die Annahme zurück, daß die Konservativen in der Sozialpolitik lässig geworden seien; sie wollten nur nicht einseitig sein und wollten, daß der Arbeitgeber mit dem Arbeiter gleichberechtigt sei. Er müsse ferner die Unterstellung des Ministers zurückweisen, daß die Opposition der Konservativen erst begonnen habe, als die Bäckermeister sich rührten und den politischen Parteien mit Entziehung ihrer Kundschaft drohten. Damit thue der Minister den Konservativen bitter Unrecht, und ein solcher Vorwurf sei nicht staatsmännisch. Das habe der Minister wohl selbst gefühlt und sei heute nicht hierher gekommen, weil er wohl selbst glaubte, daß sich eine Reaktion gegen diesen Vorwurf erheben würde. Warum sollte diese Verordnung nicht zurückgezogen werden können, die Zurückziehung des Schulgesetzes sei ein viel bedeutenderer Akt gewesen. (Zustimmung rechts.) Die Sozialpolitik habe ihren Zweck nicht erreicht, sondern nur die Begehrlichkeit der Arbeiter erweckt. Diese sagen sich, wenn sie nur ihre Forderungen recht unverschämt stellten, müsse die Gesellschaft ihnen Konzessionen machen. Und diese Forderungen erstreckten sich auch auf das Wahlrecht und das mache ihn besonders bedenklich. Der Aufenthalt in der Backstube sei nicht so gesundheitsschädlich, auf dem Lande sei die Backstube im Winter ein Lieblingsaufenthalt der Frauen. Das gute Einvernehmen zwischen den Bäckermeistern und ihren Gesellen, die patriarchalischen Verhältnisse sollen gestört werden; die Sozialdemokraten haben diese ganze Agitation angefangen, weil noch so wenig Sozialdemokraten unter den Bäckergesellen seien. Nun sollen die Bäckergesellen plötzlich die Arbeit einstellen und sagen können: „Nu, Meester, backen Se man alleene!“ Wir treten für die Bäckermeister ein, weil der Mittelstand die Grundlage des Staates ist.

Unterstaatssekretär **Lohmann** theilt mit, daß der Handelsminister zu seinem Bedauern verhindert sei, der heutigen Sitzung beizuwohnen, weil er vom Kaiser nach Potsdam befohlen sei.

Abg. **Pleß** (Z.) spricht sich für die Verordnung aus und erhebt auch seinerseits den Vorwurf gegen die Konservativen, daß sie den Boden der Sozialpolitik verlassen.

Abg. **Möller** bestreitet dem Abg. Bachem, daß er, Redner, die Kommission für Arbeiterstatistik eine dilettantische genannt habe; er habe nur bedauert, daß die Kommission, welche aus hohen Beamten und gesetzgeberischen Dilettanten bestehe, über den Rahmen ihrer Befugnisse hinausgehend, dem Bundesrath eine Verordnung unterbreitet habe. Er wolle keineswegs etwa eine Aufhebung der Kommission, wie sie Herr v. Zedlitz zu wünschen scheine, er wünsche aber, daß sie sich mit Dingen beschäftige, welche innerhalb ihrer Kompetenz liege, also mit statistischen Erhebungen über die Wirkungen der Arbeiterschutzgesetze, die Lebenshaltung und die Lohnverhältnisse der Arbeiter u. s. w. Herr Bachem habe selbst anerkennen müssen, daß die Verordnung noch geändert werden müsse. Es werde hier ein Maximalarbeitstag indirekt eingeführt. Für jugendliche Arbeiter wolle er selbst eine Beschränkung der Arbeitszeit, aber nur im Wege der Gesetzgebung.

Damit schließt die Debatte. In seinem Schlußwort bemerkt Abg. **v. Kardorff** (fk.), daß ihm nichts ferner liege, als ein Feind der Arbeiterschutz-Gesetzgebung zu sein. Bezüglich der Gesetzmäßigkeit der Verordnung schließe er sich den klaren Ausführungen seines Freundes v. Zedlitz an. Verordnungen der preußischen Regierung habe der Richter materiell nicht zu prüfen, wohl aber Verordnungen des Bundesraths. § 120e verlange als Voraussetzung für das Eingreifen eine Kumulation der Arbeitszeit und Gesundheitsschädlichkeit derselben. Das letztere müsse man hier bestreiten, und deshalb rathe er den Bäckermeistern, es auf Prozesse ankommen zu lassen. Was würde Herr v. Berlepsch sagen, wenn man von ihm behauptete, seine Ausführungen im Reichstage seien nur darauf berechnet gewesen, den Beifall der Sozialdemokratie zu finden? (Zustimmung rechts.) Herr Stöcker sei ein gefährlicher Idealist, der sich die Verhältnisse nach seiner Phantasie gestalte. Wenn man den großen Zug der Bismarck'schen Sozialpolitik bedenke, müsse man sich wundern, daß seit den letzten Erlassen nur diese kleine elende Verordnung gegen das Bäckergewerbe herausgekommen sei. Wenn die Regierung zu dem früheren Weg der Bismarck'schen Sozialpolitik wieder zurückgehe, werde sie auch wieder Vertrauen im Lande finden. (Beifall rechts.)

Nachdem der Antrag auf Ueberweisung an eine Kommission von 28 Mitgliedern unter der Heiterkeit der Rechten gegen die Stimmen des Zentrums abgelehnt ist, wird der Antrag Arend durch die Stimmen der beiden konservativen Parteien und der Nationalliberalen angenommen.

In dritter Berathung wird der Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung von Amtsgerichtsbezirken ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Verlesung der Interpellation der Abgg. Albers (Z.) und Genossen, die von Mitgliedern aller Parteien mit Ausnahme der Nationalliberalen und der freisinnigen Volkspartei unterstützt ist:

Die Unterzeichneten erlauben sich an die königliche Staatsregierung die Frage zu richten:

1. ob der Kohlenbedarf der königlichen Staats-Eisenbahnen soweit derselbe aus dem westfälischen Kohlenrevier entnommen wird, für die Zeit vom 1. Juli 1896 bis dahin 1898 zum Preise von 9 M. pro Tonne verschlossen worden ist;
2. im Falle der Bejahung ad 1 — welche Gründe die königliche Staatseisenbahn-Verwaltung zur Bewilligung dieses erhöhten Preises bestimmt haben.

Auf die Frage des Präsidenten erklärt Ministerialdirektor **Brefeld**, daß die Regierung bereit sei, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Graf **Kanitz** (k.) begründet die Anfrage mit dem Hinweise auf die Nachtheile, welche die Steigerung der Kohlenpreise für die gesammte Industrie zur Folge hat. Auch die Landwirthschaft leidet darunter, denn von den Bergarbeitern im Westen stammen 25 pCt. aus den Ostprovinzen, wo großer Arbeitermangel herrscht. Außerdem verkauft das Kohlensyndikat, dem die hohen Preise von der Staatsbahnverwaltung zufließen, zu ganz verschiedenen Preisen. Industrielle, die durch ihre Lage auf diese Kohlen angewiesen sind, müssen dieselben theurer bezahlen, damit das Syndikat an andere billiger verkaufen kann. Es wäre wichtig, hierüber näheres zu erfahren. Jedenfalls solle man den Wettbewerb der englischen Kohle nicht ganz ausschließen.

Geh. Rath **Brefeld**: Ein förmlicher Vertrag ist bisher nicht geschlossen; es hat nur eine mündliche Verständigung über die Lieferung bester Lokomotivkohlen stattgefunden, für welche ein Höchstpreis von 9 M. vorgeschlagen ist. Die Modalitäten des Vertrages sind noch nicht vereinbart. Die Verhandlungen hat der Minister persönlich geführt und dabei die Meinungen Großindustrieller und auch des Herrn Finanzministers eingeholt, und nach Lage der Sache ist der Preis als annehmbar erklärt, da keine Gelegenheit vorhanden ist, anderweit billigere Preise zu beschaffen. Die Gefahr einer Uebertheuerung ist nicht vorhanden, denn die rheinische und oberschlesische Kohle konkurriren mit einander; sobald die rheinische Kohle zu theuer wird, dürfte nur die oberschlesische Konkurrenz weiter hervorrücken. Der beste Auftraggeber der Bahnen ist das Kohlensyndikat und dieses und der Staat haben alle Ursache, sich mit einander zu vertragen. Daß eine unnatürliche Preissteigerung nicht stattfinden kann, dafür liegen genügende Garantien in einer ausgiebigen Konkurrenz.

Ein Antrag auf Besprechung findet nicht die nöthige Unterstützung.

Morgen (Mittwoch) 12 Uhr: Kleinere Vorlagen (Arbeiterwohnungen, rheinische Hypothekenämter).

Schluß 3¼ Uhr.

Versammlungen.

Die Putzer hielten am Montag in Keller's Saal eine sehr gut besuchte Versammlung ab, wo zunächst seitens der Kommission über die Resultate der Lohnbewegung Bericht erstattet wurde. Der Streik der Putzer ist bereits am 20. April, nachdem die Forderungen auf 187 Bauten bewilligt worden waren, für beendet erklärt. Eine Kommission von drei Mann wurde beauftragt, darüber zu wachen, daß die Bewilligungen nicht wieder rückgängig gemacht würden, und auf den später angefangenen Bauten nicht unter dem Tarif gearbeitet werde; auch wurden die Sammlungen zum Streikfonds fortgesetzt, um noch ferner nothwendig werdende Arbeitseinstellungen wirksam unterstützen zu können. Der Referent Dietrich hob hervor, daß betreffs der Sammlung die Kollegen vollauf ihre Schuldigkeit gethan hätten, jedoch erscheine manchem die von der Kommission über die Bauten ausgeübte Kontrolle unbequem. Diese sei aber durchaus nothwendig, wenn man die errungenen Erfolge auf die Dauer erhalten wolle. Die Versammlung möge also entscheiden, ob die Kommission bestehen bleiben und ihre bisherige Thätigkeit fortsetzen solle. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen: „Die Kommission von drei Mann bleibt bestehen, die Sammlungen, zu denen jeder Kollege wöchentlich 50 Pf. beizutragen hat, werden fortgesetzt.“ Bezüglich der Kassenabrechnung, die gedruckt vorlag, wurde auf Antrag der Revisoren der Kommission Decharge ertheilt. Ein Beschluß der Baudeputirten, den streikenden Hutmachern 150 M. zu bewilligen, fand die einmüthige Billigung der Versammlung. Ferner wurde die Kommission auf Antrag Grothmann's ermächtigt, sowohl den Hutmachern als auch den Maurern soweit als möglich auch ferner Geldmittel zuzuwenden. Als Kandidaten für die Gewerbegerichts-Wahl wurden Grothmann und Vogel aufgestellt.

Die Herrenkonfektionsschneider (lokaler Richtung) hatten für Montag Abend 2 Versammlungen einberufen mit der Tagesordnung: „Der verlorene Streik und wann gedenken wir Forderungen zu stellen.“ Die erste Versammlung in Bötzow's Brauerei konnte nicht stattfinden, da bis 10 Uhr kaum 30 Personen erschienen waren. Dagegen wurde die zweite Versammlung im „Englischen Garten“ abgehalten, trotzdem kaum 40 Theilnehmer anwesend waren. Hier referirte Herr Wiesemann, indem er auf den Verlauf der Bewegung bis in sein jetziges Stadium hinwies und die Mitglieder der Fünfer-Kommission, insbesondere Timm, sowie die Leitung des Zentralverbandes mit den bekannten Vorwürfen und Schmähungen überhäufte und einzelne der Bestechung beschuldigte. Trotz der geringen Anzahl der Zuhörer zog sich die Diskussion bis lange nach Mitternacht hin; als eine Frau die Kommission zu vertheidigen suchte, wurde sie in erregter Weise von einigen Rednern und der unvermeidlichen Frau Gubela „zurechtgewiesen“. Das Ergebniß der langathmigen Zänkereien war die Annahme einer Resolution des Inhalts: einen bestimmten Lohntarif auszuarbeiten und in „nächster Zeit“ mit den Forderungen von neuem an die Konfektionäre heran zu treten, um das Versäumte im Frühjahr nachzuholen.

Charlottenburg. Eine vom sozialdemokratischen Wahlverein einberufene Versammlung tagte am 10. Juni im Saale Bismarckshöhe. Infolge der am Tage herrschenden großen Hitze war die Versammlung zuerst schwach besucht, weshalb man von dem Vortrag des Genossen Wagner Abstand nahm und zur Debatte über ein vom Vorstande in Aussicht genommenes Sommerfest überging. Nach langem für und wider wurde beschlossen, dasselbe am Sonntag, den 5. Juli, im Lokal Bismarckshöhe zu feiern. Genosse Prill giebt seinem Bedauern über den winzigen Besuch der vom Wahlverein veranstalteten Lese- und Diskutirabende Ausdruck. Die Versammlung beschloß deshalb, die Lese- und Diskutirabende in den Monaten Juni, Juli, August ausfallen zu lassen.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch Abend von 9—10½ Uhr: Südostschule, Waldemarstraße 14: Geschichte. (Neuere Geschichte von der Reformation bis zur Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung der Entwickelung des Sozialismus und der politischen Parteien Deutschlands.) Herr Dr. G. Minn. — Nordschule, Müllerstraße 170a: Deutsch. (Literatur des neunzehnten Jahrhunderts. Aufsatzlehre.) Herr Heinrich Schulz. Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr an geöffnet.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Potsdamerstr. 8. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortman, Mantenffelstr. 49, v. 2 Tr.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Otto Schulz, Kottbuserdamm 79.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften den Bund betreffend sind zu richten an: Hermann Jahn, Schönhauser Allee 177c.

Warenhaus A. Wertheim

Nur für 3 Tage giltig Ausnahme-Preise

Mittwoch 17. Donnerstag 18. Freitag 19. Juni.

Die Sommer-Preisliste ist erschienen.
Versand-Abtheilung Berlin W., Leipziger-Strasse 111.

Glas.

Weingläser, glatt oder gemustert 12 Pf.
Champagnergläser, glatt und gemustert 12 Pf.
Bierservice, farbig, Kanne und 6 Gläser 1 Mk.
Bierkannen, mit Sprüchen oder Figuren 1,50 Mk.
Selterbecher, weiss 8 Pf.
Milchgläser mit Fuss, Eckenmuster, 12 Pf.
Butterglocken mit Teller 30 Pf.
Pfeffer- u. Salzgefässe 4 Pf.

Steingut.

Milchtöpfe mit Streublumen 24 Pf.
Salatschalen, blau Zwiebelmuster 38 Pf.
„ „ weiss 12 u. 15 Pf.
Näpfe, weiss 15 Pf.
Brotplatten, blau Zwiebelmuster, viereckig 18 Pf.
Vorrathstonnen, blau Zwiebelmuster verschiedene Aufschriften 35 Pf.
Flaschen für Essig u. Oel, blau Zwiebelmuster 35 Pf.
Mesten mit Holzdeckel für Mehl und Salz, blau Zwiebelmuster 38 Pf.
Eimer, blau Zwiebelmuster 1,90 Mk.
Waschgarnitur, verschiedene Formen und Muster, 5 Theile 2,60, 5,50, 7 Mk.
Majolika-Aschschalen farbig, elegante Formen 15 Pf.

Porzellan.

Kaffeetassen, weiss 15 Pf.
Speiseteller, gerippt, tief und flach 18 Pf.
Kompotteller, gerippt, tief und flach 10 Pf.
Dessertteller, fein bemalt 20 Pf.

Kaffeeservice
kleine Rokokoform 5 Theile (2 Pers.) 95 Pf.
8 Theile (6 Pers.) 2,50, 16 Theile (12 Pers.) 7 Mk.
Leuchter mit Streublumen 28 Pf.

Giesskannen, grün lackirt, 5 Grössen 23, 40, 48, 60 u. 75 Pf.
Gazeglocken, blau lackirt, Durchm. ca. 21 26 32 cm. 34 42 cm.
rund 30, 40, 55, oval 55, 70 Pf.
Kleiderbürsten 40, 60 Pf., reine Borste 80 Pf. | **Kopfbürsten** 40 Pf., reine Borste 80 Pf. u. 1,20 Mk.

Gegründet 1880.

Möbel direkt aus der Fabrik

Wohnungseinrichtungen zu Werkstattpreisen
verkauft direkt an das Privatpublikum 5345L*
G. A. Noack, Tischlermeister, Berlin, Luisen-Ufer 22, Ecke Dresdenerstraße, am Oranien-Platz.
Garantie für gediegene und dauerhafte Ausführung.
Kataloge franko!

Für Hausfrauen.

Annahme alter Wollsachen
aller Art gegen Lieferung von Kleider-, Unterrock-, Mantelstoffen, Damentuchen, Buckskins, Strickwolle, Portieren, Schlaf- und Teppichdecken in den neuesten Mustern, zu billigen Preisen durch **R. Eichmann, Ballenstedt a. H.** — Leistungsfähigste Firma! 5376L*

Annahmestelle und Musterlager bei: Fr. A. Strehlow, N., Wiesenstraße 29a; Frl. L. Gohr, S., Bärwaldstr. 3; Fr. Körnig, S., Britzerstr. 21; Fr. H. Zacher, W., Charlottenstr. 31, II; Fr. Jakobi, N., Elsasserstraße 97; Frl. Lück, N., Weißenburgerstr. 30, part.; Fr. Rentwig, N., Fransecki str. 15; Hrn. Wasilewski, O., Krautstr. 55a.

„UBRIGIN"

Pflanzenfaser-Seife

ohne jeden schädlichen Zusatz.
Wirksamste und billigste Seife der Welt.
Entfernt sofort alle
Schmutz-, Fett- und Farb-Stoffe.
Erhält und erzeugt eine milde Haut.
Lindernde und heilkräftige Wirkung bei Rauhheit und Ausschlägen der Haut, aufgesprungenen Händen.
Das Stück 10 Pfennige
Zu haben in allen mit Plakaten versehenen Handlungen.
Abgabe an Verbände nicht unter 100 Stück mit bedeutender Preis-Ermässigung direkt ab Versandstelle.

„Ubrigin" Westend-Berlin, Ulmen-Allee 2.

Frischen Maitrank à Flasche 50 Pf. exkl. (Sehr fein im Geschmack.)
Moselwein . . . . . à Flasche von 65 Pf. an
empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus
Fruchtwein- und Fruchtsaft-Niederlage von
Eug. Neumann & Co., Berlin SW.
Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraße 48.

Für Kranke! Für Kranke!

Echt Cognac

Original-Abzug von Gergonne & Cie.
per Flasche 1,50—5,00 Mark.
Medizinal-Ungarweine, franz., Rhein-, Moselweine.
Neustädtische Kirchstrasse 12
am Bahnhof Friedrichstrasse.
5305L*

Aluminium-Gebisse, Zahn 3 Mk., vollk. schmerzloses Zahnziehen 1 Mk.
Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstrasse 22. Sprechstunden 9—6 Uhr.

Möbel-Ausverkauf,

passendste Gelegenheit für Brautleute. In meinem größten Möbelspeicher, Neue Königstraße 69, sollen ca. 200 Wohnungseinrichtungen, verliehen gewesene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große, billige Gelegenheitseinkäufe ist es mir möglich, schon ganze Wirthschaften für 90, 100, 200 Mark abzugeben. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderspind 16 Mark, Kommoden, Küchenspind 12, Nußbaum-Kleiderspinden, Vertikows 30 Mark. Muschelspinden 35, Bettstellen mit Matratzen 16 Mark, Sopha 18, Säulenspinden, Kleiderspind, hochelegant 56, Trümeaux mit Säulen und Krystallglas 60, Herrenschreibtisch, Plüschgarnituren 60 Mark, Paneelsophas 75 Mark. Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 Mark. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei auf meinem Aufbewahrungsspeicher lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt, auch nach außerhalb. 4581L*

Fahrräder! Wenn Sie ein Fahrrad wünschen, so erhalten Sie dasselbe 50—60 M. bill. als b. Händler direkt i. d. Fabr., Prinzenstr. 86. Kaul. Theilzhlg. Gr. u. leistungsf. Fabr. Berl.

M. J. Hahlo,
Patentanwalt,
Berlin NW., Karlstrasse 8.
Patentnachsuchung und Verwerthung. [5014L*
Rath, Auskunft und Konferenzen kostenfrei.
Erste Referenzen im In- u. Auslande.

Sophaplüsch-Reste
in **glatt, gepreßt** und **gewebten Qualitäten,** auch **echt Frisé** und **Moquet,** enthaltend **6 bis 22 Meter,** spottbillig! **Muster franko!**
Abgepaßte hochelegante **Satteltaschen** sehr billig.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158

66. Resterhandlung. 66
billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an, bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoff., sowie zu Mänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide. [4991L*
Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.
66. Karle, Waldemarstrasse 66.
Teleph. Amt IV. 1597.

Kinderwagen Kranken-, Sport- und Leiterwagen Kinderklappstühle, 2c. Theilzahl. gest. **A. W. Schulz,** 1. Geschäft: **Brunnenstr. 95,** gegenüber Humboldhain. 2. Geschäft: **Brunnenstr. 145,** Ecke Rheinsbergerstraße. Musterb. grt. u. frk. Fernspr. Amt III. Nr. 1767.

Fritz Eiermann, Volks-Café u. Speisehaus, **Rosenthalerstr. 60, Ecke Steinstr.**
Größte Auswahl schmackhaft bereiteter Speisen; täglich 8 bis 10 Gerichte von 10—30 Pf. **Bier** 4/10 10 Pf., 2/10 5 Pf. aus der **Brauerei Müggelschlösschen.**

„Schlafe patent"
in **Jaekel's Patent-Bett-Schränken**
in einfacher und reicher Ausstattung, mit und ohne Schlafzimmer-Einrichtung.
Preis von **40 M.** an. Preislisten gratis und franco.
R. Jaekel's Patent-Möbel-Fabrik
Berlin, Markgrafenstrasse 20, Ecke Kochstrasse.

Zahnärztliche Klinik Wedding, Müllerstr. 1. Zahnziehen unentgeltl. Lachgas, **schmerzlos 2,50 M., Plomben 1 M., künstl. Zähne, bestes Material, 2 M.**

Zähne v. 2 M. ev. Theilz.
Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145

Achtung! Achtung!
Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervtödten bei Bestellung umsonst.
Guckel, Lausitzerplatz 2, Elsasserstr. 12

Große Betten 12 M.
(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigten neuen Federn bei Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46. Preisliste kostenfrei. Viele Anerkennungsschreiben.

Kinderwagen, großart. Auswahl, billigst, viele Anerkennungen, Musterbuch gratis und franko. Theilzahlung gestattet. **Max Brinner, Jerusalemerstr. 42** und **Brunnenstr. 6.**

Knaben-Stoff- und Wasch-Anzüge sehr billig.
Hoffmann, Veteranenstr. 14

Portièren
Restbestände
2 bis 8 Chals, à 2,50, 3, 4, 6 bis 15 Mark.
Probe-Chals bei näherer Angabe **franco** zu Diensten.
Pracht-Katalog mit Portièren-Abbildungen gr. u. fr.
Teppich-Fabrik Emil Lefèvre,
Berlin S., Oranienstraße 158.

Theilzahlung. Monatl. v. 10 M. an liefert **elegante Anzüge nach Maaß**
Tomporowski, Schneidermeister, Berlin C., Jüdenstr. 37, 1 Tr.

Mühlenstraße 8,
nahe Oderbaum, ist ein freundlicher Laden nebst Stube und Zubehör, für jedes Geschäft passend, billig zu vermiethen. 5285L*

Gesunde Wohnungen im SO.,
Elsenstraße, 5 Minuten vom Bahnhof Treptow, an der Pianofabrik, im neu erbauten Eckhause per Oktober ev. auch früher preiswerth zu vermiethen. Näheres daselbst auch Sonntags von 9 bis 11 Uhr vorm. Besichtigung.

Stube und Küche Umst. halber sofort billig zu verm. bei Haller, Urbanstr. 36.

Arbeitsmarkt.

Versilberer verlangt **Aug. Werkmeister jr.,** Brunnenstr. 194. 2222b

Hartgummi-Schleifer verlangt **Loewenstein,** Gr. Hamburgerstr. 3.

Kartonarbeiterinnen verlangt sof. 2223b **Berger,** Koppenstr. 60.

Für Zeitungen!
Parteigenosse, der schriftstellerisch u. kaufmännisch befähigt ist, ein Blatt **vorwärts** zu bringen, und der ein solches mit **außergewöhnlichem** Erfolge gründete, sucht hauptsächlich **dauernde** Verwendung. Off. unt. E. 31 an die Exp. d. Bl.

Achtung! Achtung!
Holzarbeiter!
In der **Bautischlerei von Knorr,** Blumenthalstr. 5, haben die Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt. 291/11
Zuzug fernhalten.
Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Achtung! **Putzer.** Achtung!
Auf dem Bau des Bauunternehmers Müller, Möckernstr. 92, hat der Putzer Lünow, Stettinerstr. 1, die Putzarbeit mit Rüstunglieferung übernommen. Da die Löhnung erst nach 14tägiger Arbeit ohne genügende Sicherheit erfolgen soll, warnen wir alle Kollegen, unter dieser Bedingung anzufangen und bitten, nach dem Bau Zuzug fernzuhalten. 140/11
Die Lohnkommission der Putzer Berlins und Umgegend.

Ein Bureau-Hilfsarbeiter,
der mit Bureauarbeiten vollständig vertraut ist, wird von der Orts-Krankenkasse der Drechsler 2c. mit monatlichem Gehalt von 100 M. zum 1. Juli 1896 gesucht. Schriftliche Offerten werden bis 23. d. M. im Bureau der Orts-Krankenkasse der Drechsler 2c. an der Stralauerbrücke 4 entgegengenommen.

Wickelmacherinnen verlangt Juhl, Pankow, Berlinerstr. 29.

Tüchtige **Schildermaler** verlangt Matthies, Wilhelmstr. 130. 2209b

Schuhmachergeselle, Besohl. rep verl. Kurfürstenstr. 26. 2211b

Lehrmädchen f. Kinderhütchen verl 2212b Lewin, Kronenstr. 39.

Karton- Arbeiterinnen u. Lehrmädchen verl. A. Eisenstädt, Beuthstr. 5.

Karton- Arbeiterinnen verlangt Alb. Erdmann, Beuthstraße 3.

Karton- Arbeiterinnen, geübte, verl. M. Wolff, Neue Friedrichstr. 48.

Kinderhütchen-Arbeiterinnen in u. auß. Hause verl. **Levin,** Kronenstr. 39.

Firnisser verlangt Anklamerstraße 32.

Hefterinnen, 2215b die schon in Fantasie-Wollwaaren-Geschäften am Lager arbeiteten, finden Stellung Neue Friedrichstr. 22, 2 Tr.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder, Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.